

Patrice Arnaud, Fabien Théofilakis (dir.), Gestapo et polices allemandes. France, Europe de l'Ouest, 1939–1945, Paris (CNRS Éditions) 2017, 277 p. (Seconde Guerre mondiale), ISBN 978-2-271-08945-8, EUR 25,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Corinna von List, Berlin

Dieser Sammelband fasst die Beiträge verschiedener Spezialisten zum Einsatz der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (Sipo-SD) in den von den Deutschen besetzten Ländern Frankreich, Belgien und Griechenland zusammen. Das Ziel der Herausgeber ist es, anhand ausgewählter Themenschwerpunkte mit dem noch immer weit verbreiteten Bild einer allgegenwärtigen und allmächtigen »Gestapo« aufzuräumen. Den Auftakt hierfür bildet die Einleitung von Patrice Arnaud. Sie umfasst sowohl einen gelungenen Überblick zum aktuellen Forschungsstand als auch eine kurze Bewertung der bisher einschlägigen Forschungsliteratur.

Im ersten Kapitel untersucht der im Sommer dieses Jahres leider viel zu früh verstorbene Patrice Arnaud anhand der Prozessakten der französischen Militärjustiz, die zwischen 1946 und 1954 entstanden sind, die persönliche Verantwortung von Karl Oberg und Helmut Knochen beim Aufbau des deutschen Repressionsapparates in Frankreich. Den Wendepunkt bildete dabei die Ernennung Obergs zum Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) in Frankreich im Juni 1942. Von diesem Zeitpunkt an wurde ihm die Geheime Feldpolizei unterstellt, sodass die exekutive Polizeigewalt vom Militärbefehlshaber in Frankreich auf Oberg und alle ihm unterstellten Sipo-SD-Kommandos überging.

Ferner untersucht Arnaud das persönliche Verhältnis zwischen Knochen und Oberg, das durch Eifersüchteleien und Neid gekennzeichnet war, weil beide um die Gunst Himmlers in Berlin buhlten. Demnach hatten die einzelnen Abteilungsleiter in Paris wie Kurt Lischka oder Hans Kieffer große Handlungsspielräume und waren die eigentlichen Architekten des Repressionsapparates. Zwar weist Arnaud darauf hin, dass Oberg und Knochen im Rahmen des gegen sie geführten Strafprozesses ausschließlich in eigener Sache agierten. Dennoch entsteht beim Lesen latent der Eindruck, dass diese beiden Hauptakteure des NS-Verfolgungsapparates in Frankreich ihre Rolle im Geflecht der Kompetenzüberschneidungen der verschiedenen deutschen Dienststellen nur zu leicht minimieren konnten.

Der HSSPF in Paris war jedoch nicht die einzige Instanz, die in Frankreich auf deutscher Seite die Polizeigewalt innehatte. So gehörte die Region Nord-Pas-de-Calais zum Befehlsbereich des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich (MBB) mit Dienstsitz in Brüssel. Als einer der besten Kenner der Materie zeichnet Laurent Thiery nach, wie verschieden sich die Strukturen der Sipo-SD im Befehlsbereich des MBB im Vergleich zu jenen beim Militärbefehlshaber in Frankreich entwickelt haben. Der entscheidende Unterschied bestand darin, dass beim MBB erst in der Schlussphase der deutschen Besatzung ein Höherer SS- und Polizeiführer eingesetzt wurde. Bis August 1944 behielten die Militärbehörden die Polizeigewalt und den Einsatz der Geheimen Feldpolizei in ihren Händen, was jedoch keineswegs die Zusammenarbeit mit der Sipo-SD ausschloss. Insbesondere die Bekämpfung des sehr aktiven kommunistischen Widerstands im nordfranzösischen Kohlebecken fiel in deren



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Ressort, wozu sie in Lille über eine eigene Dienststelle verfügte und eng mit der dortigen Oberfeldkommandantur zusammenarbeitete.

Dem Sonderstatus des Departements Moselle, das de facto vom Deutschen Reich annektiert wurde, widmet sich Cédric Neveu. Er arbeitet präzise die Entwicklungsstrukturen der Sipo-SD vor Ort heraus und legt mit diesem Aufsatz eine lesenswerte Synthese seines im Jahre 2012 erschienenen Buches »La Gestapo en Moselle« vor. Mit Anton Dunckern wurde bereits unmittelbar nach Abschluss des Waffenstillstandsvertrages im Juni 1940 ein überzeugter Nationalsozialist und enger Vertrauter Himmlers nach Metz entsandt. Ihm gelang es in kurzer Zeit im gesamten Departement personell gut ausgestattete Sipo-SD-Dienststellen einzurichten. In zwei Drittel der Fälle handelte es sich um Polizeibeamte, die bereits Ende der 1930er Jahre mit Dunckern beim Reichssicherheitshauptamt gemeinsam Karriere gemacht hatten. Infolge der guten personellen Ausstattung mit Spezialisten der Polizeiarbeit und überzeugten Nationalsozialisten gelang eine zügige Gleichschaltung des Departements, die besonders jene zu spüren bekamen, die sich dieser Politik widersetzen.

Die Situation in Belgien analysiert Robby Van Eetvelde anhand eines Vergleichs der Sipo-SD-Dienststellen in Antwerpen und Lüttich. Während es in der Region um Lüttich im wallonischen Landesteil bereits relativ früh eine organisierte Widerstandsbewegung gab, konnte die Sipo-SD in Antwerpen im flämischen Teil Belgiens auf eine gewisse Kollaborationsbereitschaft zählen. Im Wesentlichen unterscheiden sich diese beiden Dienststellen jedoch erst in der Endphase der deutschen Besatzung voneinander. Während die Dienststelle in Antwerpen angesichts der vorrückenden Alliierten nach Appeldorn in den Niederlanden verlegt wurde, ging ihr Pendant in Lüttich unter der Führung von Eduard Strauch zu blinder Vergeltung über, was schließlich in willkürlichen Erschießungen belgischer Widerstandskämpfer und der Deportation von 400 Zivilisten und Zivilistinnen gipfelte. In den 102 Fußnoten finden sich überwiegend Hinweise auf niederländische Publikationen. Obwohl der Aufsatz in sich gut strukturiert ist, hinterlässt der häufige Wechsel zwischen den Begriffen »Gestapo« und »Sipo-SD« beim Leser den Eindruck, dass es in Belgien außer den Sipo-SD-Dienststellen auch noch solche der Gestapo gegeben hätte.

Mit Fragen der Kollaboration, der Milice und ihr nahestehender Gruppierungen befassen sich die Kapitel 2 bis 4, die z. T. kürzer ausfallen als jene, die sich mit den Strukturen der Sipo-SD beschäftigen. So umfasst das Kapitel von Laurent Joly nur eine 7-seitige summarische Darstellung zum Einsatz der französischen Polizei bei den Pariser Judenrazzien, obwohl die Kapitelüberschrift »Entre collaboration d'État et collaborationisme« etwas anderes verspricht.

Pierre Clément untersucht für das Departement Rhône, wie sich im Verlauf der Jahre 1943 und 1944 die Zusammenarbeit zwischen dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lyon und der Milice entwickelte. Dabei bezieht er ihr nahestehende Kollaborationsgruppierungen wie den Parti populaire français (PPF) von Jacques Doriot oder den Mouvement national antiterroriste (MNAT) mit ein, auf deren Zuarbeit die deutsche Seite vor allem beim Einsatz französischer V-Leute angewiesen war. Clément diskutiert ferner die Frage nach einer Definition des Begriffs »milicien« und inwieweit dieser auch Mitglieder kollaborationistischer Gruppierungen einschließen sollte.

Philippe Leclerc untersucht den Einsatz französischer Hilfskräfte bei der deutschen Polizei anhand des Departements Ardennes, das anders als das in der unbesetzten Zone liegende Departement Rhône schon seit Beginn des Frankreichfeldzuges mit der Präsenz der Sipo-SD konfrontiert war. Es kam hinzu, dass dieses Departement durch seine Grenzlage zum Deutschen Reich besonders im Fokus der deutschen Germanisierungspolitik stand. Zwar griff

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43153

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

die Sipo-SD auch im Departement Ardennes auf kollaborationistische Kreise zurück, jedoch mit geringem Erfolg, weil 90% der Bevölkerung bereits im Juli 1941 die vom Vichy-Regime betriebene Kollaborationspolitik ablehnten. Da keine Vergleichswerte zu anderen Departements in der besetzten Zone angegeben werden, ist für den Leser nur bedingt erkennbar, inwieweit sich das Departement Ardennes tatsächlich von anderen unterscheidet.

Die Situation in Griechenland beleuchten Vaois Kalogrias und Stratos Dordanas. Sie haben für ihre Untersuchung die bisher in der französischen Forschung kaum genutzten Akten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg zugrunde gelegt, mit deren Hilfe sie die Entwicklung des deutschen Polizeiapparates in Griechenland präzise nachzeichnen. Zunächst wurden im Juli 1941 im Befehlsbereich des Wehrmachtbefehlshaber Südost, Wilhelm List – nicht Wilhelm *von* List wie fehlerhaft auf Seite 148 angegeben – verschiedene Gruppen der Geheimen Feldpolizei eingesetzt. Es folgten mit Hans von Doerhage und Walter Blume nacheinander zwei Höhere SS- und Polizeiführer, deren Hauptaufgabe die Endlösung der Judenfrage und die Partisanenbekämpfung in Griechenland mit allen Mitteln des Terrors war. Unterstützt wurden sie dabei von Angehörigen der Geheimen Feldpolizei, der 4. SS-Panzer-Grenadier-Division und des 18. Gebirgsjäger-Regiments. Dieser gut strukturierte Aufsatz kommt bei der Auswertung der strafrechtlichen Ermittlungen, die nach Kriegsende gegen die Akteure dieser Vernichtungspolitik eingeleitet wurden, zu einem sehr ernüchternden Ergebnis: Die Täter entwickelten auch nach 1945 keinerlei Unrechtsbewusstsein. Stattdessen hielten sie einen falschen Korpsgeist hoch und flüchteten sich in Schutzbehauptungen und falsche Sachverhalte, was vielfach zur Einstellung der Ermittlungen führte.

Mit diesem Sammelband räumen die Autoren nicht nur mit überkommenen Klischees der allmächtigen Gestapo-Agenten im Ledermantel auf, sondern verbannen auch die zahlreichen apologetischen Darstellungen hoher Wehrmachtsoffiziere zu ihren Handlungen während des Krieges in das Reich der Legende. Die Verfasser kommen aber auch zu dem Ergebnis, dass der deutsche Polizeiapparat in den von der Wehrmacht besetzten Ländern ohne die Unterstützung einheimischer Kollaborateure kaum hätte wirksam agieren können. Fast alle Beiträge beinhalten auch biografische Informationen zum Personal der verschiedenen Sipo-SD-Dienststellen, die mittels eines Personenverzeichnisses gut zu finden sind.

Kritisch anzumerken bleibt, dass statt des Kapitels zum Eichmann-Prozess in Jerusalem ein Kapitel zur Rolle des deutschen Repressionsapparates in Italien dieses Buch sich besser abgerundet hätte.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43153

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Christian Baechler, L'Allemagne et les Allemands en guerre. 1914–1918, Paris (Hermann) 2016, 572 p. (Hermann histoire), ISBN 978-2-7056-9285-8, EUR 42,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Michael Epkenhans, Potsdam

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
10.11588/frrec.2017.4.43154

Seite | page 1

Gute Überblicksdarstellungen sind eine hohe Kunst. Christian Baechler, Professor Emeritus an der Straßburger Universität, beherrscht sie, wie seine vorangegangenen Darstellungen über Wilhelm II., die Weimarer Republik oder Hitlers Krieg im Osten belegen.

Dieses Mal hat er sich einem nicht einfachen Thema gewidmet: Deutschland und den Deutschen im Ersten Weltkrieg. Bereits dieser Titel macht deutlich, dass es ihm sowohl um die politische als auch um die gesellschaftliche Entwicklung in den Jahren des Krieges geht. Die Operationen zu Lande als auch zur See behandelt er daher allenfalls am Rande. Dies ist verständlich, zumal die Bandbreite der Themen, denen er sich widmet, erstaunlich ist. Ausgehend von der »Julikrise« und dem Scheitern des Schlieffen-Plans beschreibt er in den folgenden acht Kapiteln den »Burgfrieden« (Kapitel II) und die damit verbundenen Herausforderungen (Kapitel III), das Verhältnis von Front und Heimatfront (Kapitel IV), die gesellschaftliche Entwicklung (Kapitel V), die Soldaten an der Front und in der Etappe (Kapitel VI), das Scheitern des Burgfriedens im Zeichen einer sich verschärfenden politischen und sozialen Krise (Kapitel VII), die militärische Niederlage (Kapitel VIII) sowie die Revolution und das Ende der Monarchie (Kapitel IX). Zum Schluss reflektiert er ausführlich über das »Erbe« des Krieges und der Niederlage.

Doch nicht nur die in einzelne Unterabschnitte gegliederte Darstellung ist beeindruckend. Kaum weniger beeindruckend ist die große Quellennähe. Im Gegensatz zu vielen Gesamtdarstellungen, die in erster Linie die vorliegende Literatur synthetisieren, greift Baechler an vielen Stellen auf Quellen zurück. Ob es nun die Tagebücher Riezlers, der Briefwechsel zwischen dem bayerischen Gesandten in Berlin und dem bayerischen Ministerpräsidenten oder die Kriegsbriefe der Generäle Lynker, Plessen und Wild von Hohenborn sind – er kennt sie und ordnet sie immer zutreffend in den Kontext ein. Auch die Briefsammlungen eher unbekannter Autoren sind Baechler ebenso geläufig wie die einschlägigen, für eine moderne Sozialgeschichte wichtigen statistischen Daten des Kaiserreichs.

Besonders hervorzuheben ist zudem nicht nur der gute Schreibstil, sondern auch die unaufgeregte Form der Darstellung. Im Gegensatz zu manchen Kollegen liegt es ihm fern, durch überzogene Kritik an anderen Darstellungen die eigene zu überhöhen.

Was die Vorgeschichte des Kriegsausbruchs betrifft, so folgt Baechler dem langjährigen Trend der Forschung: Auch wenn alle Mächte eine Mitverantwortung zu tragen haben, lässt er keinen Zweifel daran, dass Bethmann Hollwegs Politik des kalkulierten Risikos und deren Scheitern die eigentliche Ursache der dann folgenden Katastrophe ist (S. 13–54). Auch wenn diese Deutung dem Rezensenten durchaus sympathisch ist, so hätte er sich für ein Handbuch allerdings doch eine intensivere Auseinandersetzung mit den Thesen von Christopher Clark gewünscht als nur eine Fußnote (S. 12, Anm. 2). Es wäre allerdings »beckmesserisch«, dieses »Manko« überzubewerten. Gleiches gilt für andere Passagen wie z. B. die Ausführungen über den Schlieffen-Plan, die nicht mehr dem Stand der Forschung entsprechen.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

Die Stärken des Autors liegen jedoch ohnehin auf dem Feld der Innenpolitik im weitesten Sinne. Ob er nun die Mobilisierung der Intellektuellen für den Krieg, sprich die Kriegsziele, beschreibt oder die Lage an der Heimatfront bzw. das Leben der Soldaten an der Front – seine Darstellung und seine Analysen überzeugen. Besonders hervorzuheben ist dabei sein Einfühlungsvermögen in die handelnden Personen wie Kanzler Bethmann Hollweg (S. 132–136, 149–155, 378–385) oder auch die Frauen (S. 211–213, 248–268) bzw. die Entwicklung der Stimmung in der Heimat im Laufe des Jahres 1918 (S. 444–453). Der Kanzler erscheint dabei durchweg als ein »ehrlicher« Mann, bemüht, sich im Interesse möglicher Kompromisse alle Optionen offenzuhalten – oder zu laviere, wie man allerdings auch pejorativ sagen könnte. Der Verfasser plädiert für ein gerechtes Bild – zu Recht, wie er in Anlehnung an den damaligen bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld darlegt: »Par plusieurs aspects de son caractère, la vision à long terme, l'absence de préjugé, Bethmann se distinguait de la plupart des hommes de la caste à laquelle il appartenait par sa position et son éducation. Il n'était pas un Junker. [...] Bethmann a souvent voulu ce qui était juste, mais n'a pas imposé sa volonté.« (S. 385f.). Deutlich sind auch seine Ausführungen zum Verhältnis zwischen Front und Heimat. Deziert beschreibt er den Verfall der Stimmung in der Heimat im Sommer 1918, gleichermaßen deziert lehnt er aber die »Dolchstoßlegende« ab, deren Genese bereits während des Krieges er überzeugend beschreibt.

Dass diese »Legende« dann eine ungeheure Folgewirkung entfaltete, macht er in seinen Überlegungen über das »Erbe des Krieges und der Niederlage« noch einmal deutlich. Damit zusammenhängend thematisiert er die bereits während des Krieges entstandenen Mythen der »Frontkämpfergemeinschaft« bzw. der »Volksgemeinschaft«. Auch wenn es überzeugte Republikaner gegeben habe, die dagegen Front gemacht hätten: »À partir de 1929–1930, le discours nationaliste sur la guerre l'emporte de plus en plus avec l'exploitation de ces mythes par le parti nazi« (S. 542).

Diesem Urteil wird man zustimmen können. Es ist das Verdienst Christian Baechlers, den Weg dorthin durch Analyse der inneren Entwicklung während des Krieges ausführlich beschrieben zu haben. Für alle in Frankreich, die die Entwicklung jenseits des Rheins seit 1914 zu verstehen versuchen, ist dieses Buch daher eine unverzichtbare Lektüre.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43154

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Manuel Bragança, Peter Tame (ed.), *The Long Aftermath. Cultural Legacies of Europe at War, 1936–2016*, New York, Oxford (Berghahn) 2016, XVI–388 p., 4 ill. (Studies in Contemporary European History, 17), ISBN 978-1-78238-153-2, GBP 75,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Tatjana Tönsmeier, Wuppertal

Kaum mehr zu überblicken ist die Literatur zu »memory« und »Zweiten Weltkrieg«. Diesem ohnehin großen Corpus fügen nun Manuel Bragança und Peter Tame (beide Queen's University Belfast) einen weiteren Band hinzu, der sich zu geschichtspolitischen Intentionen bekennt. Zwar sei, so erläutern die Herausgeber eingangs, Erinnerung nationalstaatlich geprägt. Um jedoch europäische Solidarität und die Ausbildung eines *homo europeanus* zu befördern, halten sie es für notwendig, Wissen darüber zu vermitteln, wie der Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg, den sie als »our common scar« (S. 11) adressieren, bis heute nationale Identitäten und emotionale Verfasstheiten präge. Konkret streben sie einen transdisziplinären Zugang zu den kulturellen Vermächtnissen der sieben, gemessen an Bevölkerungszahlen, größten europäischen Nationen an. Zu Spanien, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen sowie der Sowjetunion bzw. Russland versammeln sie in ihrem Band je drei Aufsätze, wovon stets der erste eine historische bzw. historiografiegeschichtliche Einführung anbietet, die beiden weiteren dann kulturellen Repräsentationen gewidmet sind. Dabei steht die Populärkultur, vor allem der Film, im Vordergrund, doch kommen auch Gattungen wie die Poesie zur Sprache. Von den Beitragenden haben fast drei Viertel ihre akademische Heimat im englischsprachigen Raum, nur sechs kommen aus Spanien, Polen oder Finnland.

Wonach die sieben Länderkapitel sortiert sind, erschließt sich nicht recht, denn in der gewählten Reihenfolge bildet sich weder eine Chronologie im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg ab, noch folgt die Reihenfolge zum Beispiel den Größenverhältnissen. Eingerahmt sind diese 21 Beiträge durch zwei Texte von Richard Overy, der die Erinnerungskulturen, wie sie sich nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ausgeprägt haben, vergleicht, sowie von Jay Winter, der sich den *memory regimes* in West- und Osteuropa sowie im außer-europäischen Raum zuwendet und dabei vor allem Fragen nach der Existenz (oder Nichtexistenz) von »Martyriologien« adressiert. Solange entsprechende Narrative im Osten Europas verbreitet seien, aber nicht im Westen, könne es, so die Schlussfolgerung von Winter, keine gemeinsame europäische Erinnerung geben.

Angesichts der Fülle der Beiträge sollen hier vor allem die historiografiegeschichtlichen Einführungen näher beleuchtet werden, weil ihnen im Konzept der Herausgeber die Aufgabe zufällt, für jene Orientierung bereit zu halten, die keine ausgewiesenen Länderexpertinnen und -experten sind. Die gewählten Zugänge sind dabei durchaus unterschiedlich. Vielfach stehen prägende Narrative im Mittelpunkt. So beklagt Pablo Sánchez León für Spanien, dass der Bürgerkrieg auch in der Fachwissenschaft zum Teil immer noch gemäß einer Maxime »Kollektive Fehler, gleiche Verantwortung« behandelt werde, was den Blick auf reale Taten konkreter Individuen verstelle. Daniel Travers und Paul Ward nehmen das auf Winston Churchill zurückgehende Sprechen



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

vom Zweiten Weltkrieg als »People's War« zum Ausgangspunkt, um die Konstruktionen einer geeinten Nation, die geschlossen gegen die NS-Bedrohung zusammengestanden habe, als Mythos zu dekonstruieren. Dieser habe nur auf Kosten von regionalen Erinnerungen, unter anderem aus den verschiedenen Gebieten des Empire, bis in die jüngste Vergangenheit hinein überdauern können. Formen des Schweigens thematisiert auch Kirrily Freeman, die die (fehlende) Auseinandersetzung in der Stadt Vichy mit ihrer Vergangenheit adressiert, um – so das Anliegen – dem »Vichy-Syndrom« am gleichnamigen historischen Ort nachzugehen. Ein Indiz dafür sieht sie etwa in der Forderung des Bürgermeisters an die Académie française, »Vichy« nur als Namen eines herausragenden Kurortes zu verwenden, nicht jedoch für das gleichnamige Regime (S. 144). Wenn mit »Vichy-Syndrom« allerdings ein vermeintliches Nichtsprechen über ein dauerpräsenes Thema gemeint ist, dann hätte man sich dieses für den konkreten Ort präziser analysiert gewünscht, wozu auch eine stärkere Kontextualisierung des »störrische[n] Schweigen[s]« (ibid.) gehört, das die Verfasserin der Stadtgesellschaft attestiert.

Erstaunlich ist, dass die Einführung zu Deutschland von Harold J. Goldberg stammt, der vor allem mit militärhistorischen Arbeiten zum Pazifikkrieg hervorgetreten ist. Für einen einführenden Beitrag nimmt er sich eines eher speziellen Aspekts an: Er wendet sich der Erinnerung an die Landung der Alliierten in der Normandie zu und argumentiert, dass bei den Feierlichkeiten seit den späten 1980er Jahren die Thematisierung der deutsch-französischen Freundschaft und der europäischen Einigung sukzessive auf Kosten des eigentlichen Siegs der Alliierten in den Vordergrund getreten sei.

Stärker dem Anliegen der Herausgeber wird Andrzej Paczkowski gerecht, der die Zerklüftungen des kulturellen Gedächtnisses in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg in Polen beschreibt. Auf der Basis von Meinungsumfragen analysiert er vorherrschende Selbstbilder und verweist unter anderem darauf, dass auch in den letzten Jahren fast drei Viertel der Befragten angaben, stolz zu sein, weil in ihren Augen die überwiegende Mehrheit der polnischen Bevölkerung in den Jahren des Zweiten Weltkriegs nicht nur versucht habe, unter außerordentlich schwierigen und repressiven Bedingungen zu überleben, sondern auch aktiv die Besatzer zu bekämpfen (was er mit den konkreten Zahlen der Angehörigen des Widerstandes kontrastiert). In einem zweiten Teil verbindet der Verfasser dann diese Befunde mit einer Diskussion aktueller geschichtspolitischer Initiativen. Im Beitrag zu Russland von Markku Kangaspuro stehen einmal mehr die Feierlichkeiten zum Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im Mittelpunkt des Interesses und konkret die eigentlich schon gut bekannten Narrative des Großen Vaterländischen Kriegs sowie seine Aktualisierungen im heutigen Russland.

Insgesamt lassen sich viele Beiträge durchaus mit Gewinn lesen, etwa zum »People's War« in Großbritannien oder zu Konstruktionsmechanismen bei Patrick Modiano (Peter Tames). Anderes dagegen ist nicht neu, wie die Beobachtung, dass mit wachsendem zeitlichen Abstand eine zunehmende Differenzierung zwischen »Nazis« und »Deutschen« im britischen Film eingesetzt habe (Robert Murphy). Im Kern steht jedoch die Frage: Was hält den Band als solchen zusammen? Inhaltlich ist der Bogen weit gespannt, ohne dass eine (oder mehrere) zentrale forschungsleitende Fragestellung(en) wirklich erkennbar wären. Dies verweist die Rezensentin zurück auf die einführenden Überlegungen der Herausgeber und ihre geschichtspolitische Intention, über die »gemeinsame Wunde« des Zweiten Weltkriegs zu sprechen. Thematisieren die Beiträge »Wunden«? »Katyń« mag, zumal im nationalpolnischen Milieu als »Wunde« verstanden werden (Urszula Jarecka) – aber »Bitburg« (Harold J. Goldberg)? Daran darf man Zweifel haben. Ohne Zweifel verbanden sich mit dem Zweiten Weltkrieg und den in deutschem Namen begangenen Massen-

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43155

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

verbrechen Verletzungen. Bedenkt man aber, dass heute junge Menschen in die Universitäten strömen, die fünfzig Jahre nach Kriegsende geboren sind, dann könnte es sich analytisch als ertragreicher erweisen, ein Sprechen über »Wunden« zu kontextualisieren (auch generationell) und zu historisieren.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43155

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Hélène Camarade, Sibylle Goepper (dir.), Résistance, dissidence et opposition en RDA 1949–1990, Villeneuve-d'Ascq (Presses universitaires du Septentrion) 2016, 404 p. (Histoire et civilisations), ISBN 978-2-7574-1160-5, EUR 32,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Marie-Bénédicte Daviet-Vincent, Paris

Ce livre collectif important se présente comme à la fois un bilan historiographique et un ensemble d'études de cas inédites sur des manifestations de résistance, de dissidence et d'opposition en RDA. Ces trois termes ont été choisis pour indiquer et embrasser le champ large et graduel des refus face au régime, qui se sont exprimés diversement dans les sphères culturelles, intellectuelles, sociales et politiques et ont donné lieu à différentes typologies que présente la double introduction d'Hélène Camarade, Sibylle Goepper et de Bernd Lindner. Ayant une visée à la fois ambitieuse et pédagogique, l'ouvrage se distingue par trois apports principaux: l'introduction à une réflexion historiographique destinée à un public français, le tableau de synthèse qu'il dresse des phénomènes de refus entre 1949 et 1990 et la présentation d'outils et de sources permettant de les cerner et de les étudier.

Tout d'abord, le livre peut se lire comme un véritable essai d'histoire croisée, parce qu'il réfléchit aux possibilités de comparaison entre l'histoire du nazisme et celle de la RDA, tout en intégrant des questionnements venus d'historiens français. On sait que l'abondante historiographie sur la résistance au nazisme a beaucoup évolué depuis 1945 en Allemagne de l'Ouest et qu'elle a produit une riche réflexion sémantique sur les phénomènes à intégrer et les concepts à utiliser pour analyser et hiérarchiser les manifestations aussi diverses que la résistance armée, la dissidence politique ou intellectuelle et les formes plus diffuses ou partielles d'opposition à la dictature hitlérienne. L'historiographie sur le régime est-allemand étant postérieure (elle se développe à partir de 1990), elle a su tirer profit de la fécondité de ces questionnements et propositions conceptuelles. C'est pourquoi on peut lire le présent ouvrage en miroir des synthèses déjà parues sur la résistance au nazisme, comme l'explique d'ailleurs la contribution de Gilbert Merlio. Cet arrière-plan comparatif entre les deux dictatures allemandes a de fait structuré la recherche depuis 1990. Le décentrement par rapport à ce que serait une histoire de la RDA seule est complété par deux autres mises en perspective intéressantes pour un lectorat français: celle d'Olivier Wieviorka sur l'éventuelle transposition dans le cas est-allemand de questionnements provenant de l'histoire de la Résistance en France et celle de Jacques Semelin, qui propose une réflexion à l'échelle du bloc de l'Est sur les soulèvements et les oppositions survenus entre 1953 et 1989.

Au-delà de cet enjeu historiographique, le livre constituera vite une référence pour tous ceux qui s'intéressent au sujet même des refus multiformes exprimés face à la dictature est-allemande: il présente un maniement aisé, de par son découpage en grandes séquences chronologiques (1945–1961, les années 1970–1980, l'année 1989) ou thématiques (permettant alors de mettre l'accent sur des champs particuliers où la dissension a pu s'exprimer malgré la censure et le contrôle politique et social du régime). On pense notamment à l'espace de la culture, dessiné par des revues littéraires comme »Theater der Zeit« (Florence Baillet), des maisons de la culture notamment à Berlin-Est dans les années 1980 (Élisa Goudin-Steinmann), des artistes, des villes comme



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

Leipzig (Jacques Poumet), ou encore des milieux spécifiques comme ceux qui s'investissent dans la protection du patrimoine religieux (Sylvie Legrand). Une dissidence s'est aussi développée à l'intérieur du socialisme et de ses institutions. Des trajectoires d'intellectuels sont analysées comme celles, plus attendues, de Wolf Biermann, de Robert Havemann (Bernd Florath) ou de Rudolf Bahro (Anne-Marie Pailhès). Une réflexion est ici menée sur les facteurs conduisant de la dissidence à l'intérieur de la RDA à l'opposition comme trans-fuge en RFA et sur les moyens de rester alors en contact avec la population est-allemande. Dans ce panorama, les études de cas précises n'empêchent pas la mise en lumière de grandes tendances. Le livre fournit une bibliographie et un glossaire très utiles pour les Français. Il acquiert par là un statut d'outil de travail.

Enfin, l'ouvrage offre aux lecteurs français un regard sur les sources disponibles pour traiter ces sujets qui sont, par définition, difficiles à saisir puisque clandestins ou utilisant les marges d'action laissées par le régime malgré la surveillance parfois fatale des agents du ministère de la Sécurité d'État. Les archives de la Stasi constituent bien sûr une source majeure pour écrire l'histoire des oppositions à partir des rapports des collaborateurs non-officiels. Un entretien mené par Christian Wenkel avec Bernd Florath, historien et chercheur dans l'Administration fédérale chargée des archives de la Stasi (BStU), explique quels choix politiques lors de la réunification ont conduit à la réglementation archivistique actuelle et comment ils ont rencontré les attentes de la population est-allemande.

Florath a lui-même un passé d'opposant: étudiant, il a été renvoyé de la faculté d'histoire de l'université Humboldt en raison de ses activités lors de l'affaire Biermann en 1976 et a dû se racheter en travaillant comme ouvrier avant de reprendre ses études. Il s'est engagé dans le mouvement de défense des droits civiques Neues Forum entre 1989 et 1993. On lira également un entretien croisé avec deux autres témoins, Frank Ebert et Peter Grimm, membres de groupes d'opposition et auteurs de *samizdats* à Berlin-Est dans les années 1980, montrant aussi l'intérêt des sources orales pour écrire cette histoire du temps présent.

On ne saurait donc trop recommander ce livre pionnier abordant un sujet aussi majeur que passionnant.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43156

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Johann Chapoutot, La révolution culturelle nazie, Paris (Éditions Gallimard) 2017, 282 p. (Bibliothèque des histoires), ISBN 978-2-07-011769-7, EUR 21,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Liliane Crips, Paris

Après [«La loi du sang. Penser et agir en nazi»](#), paru en 2014, Johann Chapoutot publie un ouvrage consacré, cette fois, au grand chambardement identitaire qui affecte la société allemande et culmine dans les années 1930. Il ne s'agit plus, ici, de mettre en regard les mots et les actes, mais de montrer que penser la «race» signifie repenser la société, de fond en comble. Aucun domaine, aucun aspect de la vie collective comme de la vie individuelle, qu'ils soient passés, présents ou à venir, n'échappe à l'emprise de la nouvelle *Weltanschauung*, et c'est en ce sens qu'advient une véritable révolution culturelle.

Dans ce livre, qui propose une synthèse magistrale de plusieurs études de cas, l'auteur passe au crible de la critique les constructions élaborées par les principaux représentants de disciplines, toutes refondées dans la perspective nazie de la «lutte des races», et leur diffusion de haut en bas de la pyramide sociale. Sont notamment revus et corrigés la pensée platonicienne, le stoïcisme, et même le kantisme. L'auteur montre ainsi, dans le chapitre 5 intitulé «À l'école de Kant? Kant philosophe «nordique»», que le recours à divers subterfuges permet de métamorphoser le philosophe des Lumières et de l'universalisme en théoricien d'un particularisme radical. Un propos illustré, entre autres, par cette citation de «Die Technik des Staates» («La Technique de l'État»), un opus publié en 1942 par Hans Frank, alors gouverneur général de la Pologne occupée: «L'impératif catégorique de l'action dans le III^e Reich est: agis de telle sorte que le Führer, s'il prenait connaissance de ton acte, l'approuverait.»

Plus surprenante est la déclaration faite par Adolf Eichmann, en 1961, lors de son procès à Jérusalem, ainsi rapportée par Hannah Arendt: «Le juge« Raveh, intrigué ou indigné de ce qu'Eichmann osât invoquer le nom de Kant en liaison avec ses crimes, décida d'interroger l'accusé. C'est alors qu'à la stupefaction générale, Eichmann produisit une définition approximative, mais correcte, de l'impératif catégorique: «Je voudrais dire à propos de Kant, que le principe de ma volonté doit toujours être tel qu'il puisse devenir le principe de lois générales.»

En passant du «cas de Kant» au «cas Eichmann revisité», dans le chapitre 9, l'auteur se livre à une passionnante discussion des thèses sur «la banalité du mal» défendues par Hanna Arendt ou par des sociologues qui, tels Zygmunt Bauman, «développent l'analogie entre le crime industriel nazi et un capitalisme criminel, celui des plans sociaux, des licenciements et de la réification de l'humain, identifié à une «ressource» et subordonné aux impératifs du profit». Or, explique Chapoutot, de l'écoute des dizaines d'heures d'entretiens accordés par Eichmann entre 1956 et 1957, dans son exil argentin, à Willem Sassen, ancien volontaire hollandais de la Waffen-SS, il ressort que, loin du subordonné se bornant à obéir aux ordres, celui-ci est en réalité «un criminel idéologique qui embrasse pleinement les fins et les justifications nazies». En ce sens, poursuit l'auteur, accepter l'image que Eichmann veut donner de lui, c'est commettre «une erreur de perspective et de méthode, car, à Jérusalem, l'accusé joue sa vie et se défend comme il peut». Et de conclure que Eichmann est «pleinement *Weltanschauungstäter* ou *Überzeugungstäter*, criminel par



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](#)

conviction idéologique, combattant d'une guerre de races dont l'Allemagne doit sortir vainqueur».

Dans l'émergence et l'enracinement idéologique du nouveau régime, les juristes, comme le souligne Chapoutot, ont joué un rôle de tout premier plan. Depuis le début du siècle, en effet, nombre d'entre eux se sont attachés à combattre l'ordre existant, posé sur le socle d'un droit romain inspiré, selon eux, par l'esprit »judéo-matérialiste«. La principale critique qu'ils formulent est qu'en se substituant au »droit nordique«, le droit romain aurait coupé le lien unissant le »sang« (*Blut*) au »sol« (*Boden*). Dans leur démonstration, tout découle du fait qu'arrachée à la »communauté«, la propriété du sol a été attribuée à l'individu. Ainsi, dès les années 1910, Arnold Wagemann estime que seules des communautés (peuples, écoles, universités, fermes) peuvent être des titulaires de droits, parce que »l'intérêt commun passe avant l'intérêt particulier« (*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*). Si le droit romain est individualiste, affirmeront plus tard Roland Freisler, Alfred Rosenberg ou Hans Frank, c'est que, pour rassembler différentes races et cultures, l'Empire romain a dû élaborer un discours juridique accessible à tous, et que l'individu se révélait être le plus petit dénominateur commun. À rebours de cet impérialisme et de cet universalisme, »les nazis assument et revendiquent leur particularisme: le droit allemand (ou germanique) est une création de la race allemande (ou nordique – germanique). Il n'a de validité que circonscrite à cette race. Le droit, comme les langues, les arts, les cultures, est radicalement ethnocentré, et donc incommunicable«, conclut Chapoutot.

Les partisans d'un »droit allemand« restauré, poursuit l'auteur, soulignent l'impérieuse nécessité de se libérer des contraintes imposées par le droit international. Aussi Hitler décide-t-il, dès octobre 1933, de quitter la SDN et de déconstruire, méthodiquement, l'ordre issu des traités signés après la Première Guerre mondiale. Sont particulièrement contestées, les dispositions concernant la réduction des forces armées, les réparations, les découpages territoriaux et l'interdiction de l'Anschluss. Les critiques convergent toutes vers la politique menée par la France, considérée comme responsable de trois siècles d'humiliations infligées aux Allemands. C'est notamment la thèse que défend le juriste Friedrich Grimm en 1940, dans »Le Testament de Richelieu«: »Le Richelieu éternel, l'éternelle paix de Westphalie, voilà depuis des siècles, et jusqu'à aujourd'hui, le tragique destin du peuple allemand.«

Dernier exemple en date de cette malédiction, le traité de Versailles illustre la volonté constante de s'opposer à l'intérêt vital du peuple allemand (*Lebensinteresse*): il restreint l'espace vital (*Lebensraum*) auquel ce peuple proclame avoir un droit imprescriptible (*Lebensrecht*) pour garantir ses ressources et sa prospérité, et que seul le recours à la force lui permettra de conquérir (*Lebenskampf*). Quant à la France, elle est uniquement préoccupée de graver dans le marbre le *statu quo* du 28 juin 1919. Sa politique se caractérise par une vision du monde purement statique, matérialisée par la Ligne Maginot, et faisant fi de la puissante dynamique démographique, économique, sociale, politique et militaire. Inscrit dans une culture juridique et politique abstraite, pacifiste, libérale et démocratique, le respect du traité, prôné par certains, doit être combattu avec la plus grande vigueur. Cette conclusion s'impose à tout national-socialiste. Et Carl Schmitt ne manque pas à l'appel. Quelques mois à peine après la promulgation des lois de Nuremberg, il entreprend de dénoncer en 1936, dans l'ouvrage »Das Judentum in der Rechtswissenschaft« (Le judaïsme dans la science juridique), l'influence malfaisante du judaïsme qui serait à l'origine de tous les maux dont souffre l'Allemagne. Le juif serait en effet coupable, en raison de sa nature universaliste et de son nomadisme atavique, de son souci d'instaurer l'égalité des droits partout où il s'installe et

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43157

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

aussi de sa propension à se réfugier systématiquement dans l'abstraction, par incapacité d'affronter le réel.

Or penser le droit à partir d'une définition biologique d'un peuple allemand purifié de tout élément dégénéré et de toute souillure raciale, c'est précisément le postulat énoncé par le *Reichsrechtsführer* Hans Frank: «Est juste/est du droit ce qui sert le peuple allemand, qui lui bénéficie» («Recht ist, was dem Volke dient/frönt»). Une formulation qui remplit la double fonction de cimenter l'unité de la «race» («Ein Volk, ein Reich, ein Führer!») et de légitimer l'usage de la force, de la violence, du fanatisme.

Les hauts faits de cette «communauté imaginée» (Benedict Anderson) atteignent une ampleur cataclysmique lorsqu'à la fin des années trente, une entreprise est conçue, planifiée avec précision et mise en œuvre: la colonisation d'immenses territoires situés à l'est de l'Europe, essentiellement en Pologne et en Union soviétique. L'extension de l'«espace vital» jusqu'à l'Oural obsède autant les élites intellectuelles – géographes, démographes, économistes, historiens et géopoliticiens, comme Friedrich Ratzel –, que les industriels, les militaires et le monde politique. Ce thème du *Lebensraum* apparaît ainsi profondément ancré, écrit Chapoutot, dans le sentiment d'une germanité perdue et menacée, si elle ne parvient pas à régénérer et à implanter durablement (*tausendjähriges Reich*) la substance biologique de la «race» sur de nouvelles terres fertiles («Blut und Boden»). Celles-ci doivent être (re)conquises à l'Est, où vivent des peuples qualifiés de «primitifs» et «inférieurs» sur les plans matériel et culturel. Principale institution politico-militaire chargée de cette tâche immense, sous la houlette de Heinrich Himmler, le Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums (Commissariat du Reich pour le renforcement de la race allemande), est créé le 7 octobre 1939. Une équipe pluridisciplinaire, dirigée par le géographe Konrad Meyer, élabore plusieurs versions d'un «plan général pour l'Est» (Generalplan Ost). Les objectifs sont ambitieux. Il s'agit, tout d'abord, de faire place nette et de sécuriser de gigantesques territoires en exterminant et en déportant des millions de Polonais et de Soviétiques, juifs et non juifs, tout en les remplaçant par une nouvelle population racialement pure d'Allemands de «souche» (*Volksdeutsche*), mais il s'agit aussi de relier la périphérie au centre. C'est pourquoi ce plan comporte un important volet d'aménagement du territoire qui consiste à établir un maillage des infrastructures ferroviaires et routières nécessaires à la prospérité économique de ce «grand espace» (*Grossraumwirtschaft*).

En conclusion de ce passionnant essai, Johann Chapoutot s'interroge sur ce qui, aujourd'hui encore, demeure une énigme aux yeux des historiens: comprendre comment des projets aussi monstrueusement criminels ont pu mobiliser des centaines de milliers d'hommes et de femmes. Et d'avancer une double hypothèse. Le nazisme n'est-il pas seulement pure négativité, pure opposition, pure destruction, mais aussi porteur de réponses, de «solutions» aux divers maux de la société? À une histoire séculaire de malheur, d'aliénation et d'acculturation de la «race» germanique, inlassablement dénoncée, le nazisme opposerait une promesse: celle d'accéder enfin à un avenir de liberté et de prospérité. En ce sens, le nazisme ne serait «ni projection vers l'utopie d'un homme nouveau, ni réaction souhaitant le retour à un stade antérieur de l'histoire», mais la promesse eschatologique d'une sortie de l'histoire.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
10.11588/frrec.2017.4.43157

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Nicole Colin, Corine Defrance, Ulrich Pfeil, Joachim Umlauf (dir.), Le Mur de Berlin. Histoire, mémoires, représentations, Bruxelles (Peter Lang Edition) 2016, 323 p. (L'Allemagne dans les relations internationales/Deutschland in den internationalen Beziehungen, 10), ISBN 978-2-8076-0141-3, EUR 38,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Agnès-Sophie Vollmer, Tübingen

Der vorliegende Sammelband ist aus der Tagung »Ciel partagé/Geteilter Himmel – Mémoire commune?« im Dezember 2014 zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer hervorgegangen. Der Band widmet sich der Frage nach der Erinnerung an die Berliner Mauer sowie an ihren Fall im November 1989 als ein gemeinsames deutsches, europäisches und weltweites Erbe. Er fragt nach den Ausdrucksformen der mit der Mauer verbundenen Emotionen seit ihrem Bau im Jahr 1961 bis zum heutigen Tage und wie diese kanalisiert und instrumentalisiert wurden, aber auch wie sie sich in den unterschiedlichen Erinnerungsformen widerspiegeln. Die 16 Beiträge, analysieren hierzu die Geschichte und die Wahrnehmung der Mauer aus einer politischen und ideologischen, sozialen und kulturellen Perspektive, wodurch insbesondere die Vielschichtigkeit der Berliner Mauer als historische Quelle verdeutlicht wird.

Die Beiträge des Sammelbandes sind in drei Teile gegliedert. Der erste Teil ist dem historischen Kontext der Mauer und ihrer Rolle im Systemkonflikt des Kalten Krieges gewidmet. Ulrich Pfeil beleuchtet hierzu die Vorgeschichte der Mauer und sieht ihren Bau 1961 als Ausdruck einer systemischen Krise der DDR während der 1950er Jahre. Bernard Ludwig analysiert die Verwendung der Mauer in der Propaganda während des Kalten Krieges. Er zeigt, dass die Mauer schließlich nicht nur für die Teilung Deutschlands stand, sondern zu einem Symbol für den grundlegenden Konflikt zwischen den zwei konkurrierenden Systemen wurde. Corine Defrance geht in ihrem Beitrag auf die Mauer als Symbol für Gewalt ein, dabei zeichnet sie die verschiedenen Ebenen der Gewalt nach, die während und nach der Errichtung der Mauer an der Grenze ausgeübt wurde. Sie unterscheidet dabei zwischen materiellen, physischen und emotionalen Formen der Gewalt. Jérôme Vaillant diskutiert die politischen und sozialen Hintergründe des Untergangs der DDR. Hierbei betont er die Entkoppelung der DDR Führung von der Ostdeutschen Bevölkerung und deren Rolle beim Sturz des Regimes. Andreas Wilkens geht der Frage nach den Konsequenzen des Falls der Mauer sowie des Niedergangs der DDR für Deutschland und die internationale Gemeinschaft nach. Dabei erarbeitet er die diplomatischen Auseinandersetzungen und den Umgang mit der plötzlich aufkommenden und brisanten Frage um die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit verschiedenen Ebenen und Formen der Erinnerung an die Mauer sowie mit der Mauer als Erinnerungsort, dabei wird zeitlich ein Schwerpunkt auf die Erinnerung nach ihrem Fall gelegt. Axel Klausmeier und Gerhard Sälter stellen die Gedenkstätte Bernauer Straße und deren Konzept der Erinnerung dar. Die Berliner Mauer und die Teilung Deutschlands soll hier dem Besucher »mit ihren sozialen Konsequenzen für Gesamtdeutschland, der Ostdeutschen Gesellschaft sowie auf der lokalen und individuellen Ebenen« (S. 141) nähergebracht werden. Marie Müller-Zetzsche erörtert den Umgang mit der Mauer in Deutschen und Französischen Schul-



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

büchern in den Fächern Geschichte und Deutsch (in Frankreich) ab dem Jahr 1990. Dabei zeigt sie, in welchem Kontext die Berliner Mauer im Unterricht thematisiert wird und welche der gängigen Interpretationen den Schülern präsentiert werden. Anna von Arnim-Rosenthal analysiert anhand des Projekts »chronik-der-mauer.de« die Möglichkeiten einer virtuellen Erinnerungskultur an die Mauer. Sie stellt fest, dass das besondere Potential der digitalen Formen der Erinnerung zum einen darin liegt, dass sie einen autodidaktischen, individuellen und interaktiven Charakter haben und zum anderen die Vielfalt der Quellen demonstrieren können. Nach ihrem Fall wurden Teile der Mauer weltweit als Symbol der Freiheit verteilt. Ronny Heidenreich zeigt, wie diese Mauerstücke an den jeweiligen Orten wieder in einen neuen Kontext gesetzt werden müssen, um dem Betrachter eine Interpretation zu ermöglichen. Dadurch verdeutlicht er, dass die Berliner Mauer über die deutschen Grenzen hinaus als Kulturgut wahrgenommen wird und unterstreicht überdies die Pluralität der Erinnerungen und Interpretationen die weltweit mit ihr in Verbindung stehen.

Im dritten Teil wird anhand ausgewählter Beispiele die Rolle der Mauer in der Kunst, dargestellt. Hierzu widmen sich die Beiträge unterschiedlichen Darstellungsformaten und analysieren, inwiefern die Mauer zugleich Kunstobjekt als auch Rezeptionsfläche künstlerischer Darstellung ist und welche Aussagen durch sie transportiert werden. Nicole Colin verweist darauf, dass durch den Fall der Mauer nicht nur die DDR niedergegangen ist, sondern in gewisser Weise auch das Westberlin des Kalten Krieges mit seiner ganz eigenen Kunstszene, die sich im »Schatten der Mauer« und durch die spezielle Situation der »Splendid Isolation« (S. 197) entwickelt hatte. Diane Barbe analysiert filmische Darstellungen der Mauer und die dadurch transportierten Positionen im Diskurs über die Teilung Berlins und Deutschlands. Jean-Louis Georget geht auf die Bedeutung der Fotografie als historische Quelle über die Mauer ein und zeigt ihre Verwendung in den Diskursen in Ost- und Westdeutschland, aber auch auf der internationalen Ebene. Élise Petit zeigt die verschiedenen Formen, in denen die Mauer auf beiden Seiten besungen wurde. Dabei beobachtet sie, dass weder der Bau noch ihr Fall im deutschen Liedgut aus der Zeit Erwähnung finden. Daniel Argelès analysiert anhand des Werks und der Biografie des Autors Klaus Schlesinger, wie die Mauer und das Grenzgebiet zu einem gemeinsamen Erfahrungsraum zwischen Ost- und Westdeutschland wurden. Abschließend thematisiert Lutz Henke die Mauerkunst als eigene Form der Streetart sowie den Aufbau der East Side Gallery. Dabei betont er die Funktion, welche die Mauerkunst im Bedeutungswandel einnimmt, den die Berliner Mauer seit ihrem Fall im November 1989 durchlief, und von einem Symbol der Teilung zu einem Zeichen der Freiheit und Einheit wurde.

Durch den interdisziplinären Ansatz des Sammelbandes wird in den Beiträgen eindrucksvoll die Vielfältigkeit der Erinnerungsformen sowie die emotionale, symbolische und politische Aussagekraft der Berliner Mauer dargestellt und analysiert. Der Band verbindet daher in gewinnbringender Weise durch seine multiperspektivische und transnationale Sichtweise die Geschichte der Emotionen mit der Erinnerungsgeschichte. Denn er verdeutlicht, dass die Berliner Mauer und die Erinnerung daran nicht nur Teil der deutschen Geschichte und des deutschen kollektiven Gedächtnisses sind, sondern dass sie bereits seit ihrem Bau im Jahr 1961 über die deutschen und europäischen Grenzen hinaus in die verschiedenen Gesellschaften hineinwirkte.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
10.11588/frrec.2017.4.43158

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Corine Defrance, Anne Kwaschik (dir.), La guerre froide et l'internationalisation des sciences. Acteurs, réseaux et institutions, Paris (CNRS Éditions) 2016, 156 p., ISBN 978-2-271-08994-6, EUR 29,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Larissa Zakharova, Paris/Moscou

Dans quelle mesure assistons-nous au processus d'internationalisation des sciences dans la seconde moitié du XX^e siècle? Cet ouvrage collectif issu d'un colloque qui envisage les sciences (SHS et sciences dures) comme un ensemble de systèmes de savoir, pratiques et dispositifs institutionnels, propose des réponses à cette question à travers huit études regroupées dans quatre parties. Il s'emploie à concilier, d'un côté, les Cold War Studies qui s'intéressent peu à la science et, de l'autre côté, les STS qui font souvent abstraction de la guerre froide. La guerre froide n'est cependant pas traitée comme un facteur explicatif des dynamiques d'ouverture et de fermeture dans les échanges scientifiques internationaux, mais comme un contexte dans lequel ces échanges s'inscrivent et avec lequel ils composent. Dans l'introduction, les directrices de l'ouvrage soulignent l'importance du phénomène de la globalisation qui rime avec la prétention universaliste de la science. D'après elles, ce sont les organisations internationales – au cœur de plusieurs articles du volume – qui animent les mécanismes de la globalisation. La tension entre réseaux transnationaux mis en place et intérêts des États structure les logiques de la construction des savoirs.

Science et techniques sont considérées comme de nouvelles armes de *soft power* dans l'après-guerre. Elles rendent perméable le rideau de fer et vont à l'encontre de l'affrontement idéologique entre les deux blocs. Ainsi, à partir des archives du CNRS, Denis Guthleben montre l'importance des relations de cet organisme français avec l'Union soviétique et les pays d'Europe centrale. Jusqu'au printemps de Prague, bien plus de scientifiques du bloc socialiste que de chercheurs américains séjournent dans les laboratoires français, alors que des financements pour les échanges proviennent de la Fondation Rockefeller. Les documents de l'International Committee on Travel Grants et de l'International Research and Exchanges Board utilisées par Justine Faure traduisent, quant à eux, l'attitude proactive des États-Unis vis-à-vis du bloc de l'Est. Au milieu des années 1970, 350 chercheurs par an participent aux échanges bilatéraux réciproques entre les États-Unis d'un côté et l'URSS et les «pays frères» de l'autre. La fondation Ford qui finance ces structures apparaît comme un des principaux acteurs de ce *soft power* américain qui s'exerce non seulement en direction des pays socialistes, mais aussi en direction de l'Europe, notamment de la France.

À l'aide des archives de la Fondation Rockefeller, ainsi que des matériaux français, Anne Kwaschik reconstruit l'entreprise de transfert des Area Studies américaines vers la 6^e section de l'École pratique des hautes études. Ce n'est pas pour autant que les études des aires culturelles à la française initiées par Fernand Braudel et Clemens Heller imitent en tous points l'approche américaine. Ce «plan Marshall intellectuel» est suivi d'une adaptation locale qui s'exprime à travers l'attention soutenue à l'égard des civilisations anciennes, alors que pour les Américains les études aréales – une ressource pour expertiser – portent essentiellement sur le très contemporain. L'influence américaine



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

se retrace davantage dans la restructuration de la recherche française à travers des financements sur projet et le travail en équipes.

Ces échanges non-exempts de malentendus permettent d'interroger le degré d'internationalisation de la science à l'ère de la guerre froide. En effet, l'intensité des échanges entre les États-Unis et les pays du bloc de l'Est n'entraîne pas forcément la construction d'un savoir commun, car les pays socialistes envoient des spécialistes en sciences dures dans les laboratoires américains, alors qu'inversement ce sont des chercheurs en sciences humaines et sociales qui séjournent à l'Est. De la même manière, les commissions de révision des manuels scolaires en histoire analysées par Romain Faure arrivent bien mieux à s'entendre à l'échelle de l'Europe occidentale qu'avec les pays du bloc de l'Est.

L'ouvrage permet de conclure que l'internationalisation des sciences est un phénomène plutôt intra-européen qui peine à s'étendre au-delà du rideau de fer et de l'Atlantique. D'après Veera Mitzner, l'Europe de la science s'est construite pour contrer la puissance américaine. La rivalité économique et technologique, l'impératif de la croissance et de la compétitivité à l'échelle du marché international ont guidé la politique scientifique européenne. Même si, comme le montre John Krige et Corine Defrance, l'acceptation de l'Allemagne de l'Ouest dans des structures et projets transnationaux a été difficile en raison de l'expérience nazie, la construction de l'avenir de l'Europe et l'esprit universaliste de la science ont permis de faire le travail émotionnel nécessaire pour intégrer l'Allemagne notamment au CERN et à l'ESO, des organismes de recherche nucléaire et astronomique. »L'internationalisme scientifique« examiné par Ludovic Tournès à partir des matériaux du Conseil international des unions scientifiques et de l'Union académique internationale permet certes de relativiser la rupture de 1947, car des relations scientifiques transnationales d'avant la Seconde Guerre mondiale sont maintenues pendant la guerre froide. Mais cette étude n'évalue pas l'implication réelle de différents pays dans la production de la science au jour le jour et semble idéaliser l'équilibre et l'absence de domination américaine dans l'Observatoire international pour l'environnement¹.

Pour un ouvrage qui porte sur l'internationalisation des sciences pendant la guerre froide, on regrette l'absence d'au moins une étude sur l'Union soviétique et les pays socialistes qui permettrait d'analyser, à partir de leurs archives, leurs rôles dans les processus complexes d'internationalisation des sciences. Le regard de l'autre côté du rideau de fer permettrait d'atténuer la perspective européo-centrée et d'interroger à de nouveaux frais la pertinence de la vision bipolaire de la science. Le livre met néanmoins en lumière l'articulation entre science et politique et contribue ainsi à battre en brèche l'idéal de la science autonome sans pour autant présenter une vision de la science instrumentalisée.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43159

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand

1 Soraya Boudia montre bien la domination américaine dans ce programme des Nations unies pour l'environnement: Soraya Boudia, Techniques et géopolitique de la globalisation: les systèmes transnationaux de surveillance de l'environnement, dans: Liliane Hilaire-Pérez, Larissa Zakharova (dir.), Les Techniques et la globalisation au XX^e siècle, Rennes 2016, p. 333–348.



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

FJan Eckel, Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2014, 936 S., ISBN 978-3-525-30069-5, EUR 60,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Lia Börsch, Heidelberg

L'histoire des droits de l'homme fait partie du centre d'intérêt d'un certain nombre d'historiens depuis environ une dizaine d'années. Alors qu'ils ont été largement traités par les chercheurs en sciences politiques, en droit international, en sociologie et en philosophie, leur historiographie universelle en tant que telle n'a pas été abordée de façon extensive. Mais les recherches se multiplient et des projets interdisciplinaires se mettent en place¹. Jan Eckel propose une histoire des droits de l'homme dans la politique internationale qu'il comprend comme phénomène global. Il ajoute – ne se contentant pas ainsi d'écrire exclusivement une histoire politique traditionnelle – une réflexion sur la langage de la politique et prend en compte des acteurs non gouvernementaux, de même que les contextes sociaux. L'intérêt principal de l'ouvrage est la divergence établie entre une rhétorique basée sur la pensée des droits de l'homme universelle et son application dans la pratique politique locale.

Les analyses s'appuient en grande partie sur des sources d'archives, parmi lesquelles on compte celles des Nations unies à Genève et New York ou d'Amnesty International à Amsterdam. Une telle étude sur l'histoire des droits de l'homme au vingtième siècle, basée sur un fonds d'archives si riche, n'existait pas jusqu'à présent. Cependant, l'une des difficultés, également soulevée par Eckel, réside dans la sélection des sources car celles-ci sont en grande partie d'influence occidentale. Pour l'Afrique, la Russie et l'Asie, Eckel recourt à des sources publiées. Mais cette sélection montre qu'il a également laissé des pistes ouvertes pour de futures recherches.

Eckel critique les premières vagues de recherche dans l'historiographie des droits de l'homme, en particulier celle dans laquelle les historiens ont tout d'abord vu leur histoire comme un développement linéaire, ou celle qui s'est ensuite attachée à démasquer principalement les hypocrisies morales dans la politique des droits de l'homme occidentale. Une interprétation récente de l'histoire des droits de l'homme a été réalisée par Samuel Moyn, qui, en 2012², soutenait la thèse selon laquelle ils n'ont fait l'expérience d'une véritable percée qu'à partir des années 1970. Eckel partage cette position et est d'accord pour dire que la désillusion de la politique a été une raison majeure de l'énorme succès que connut la pensée de droits de l'homme pendant ces années. Mais il refuse de faire commencer leur histoire à ce moment et ainsi de les réduire à un concept de la pensée politique. Pour en affiner la compréhension historique, il analyse les pratiques politiques qui sont liées au discours sur les droits de l'homme en tenant compte aussi bien des acteurs non gouvernementaux et civils que des États.

Dans la première partie, Eckel montre l'évolution que les droits de l'homme ont connue des années 1940 aux années 1960, les objectifs et les espoirs de l'après-guerre ; ils faisaient partie du projet pour l'ordre imaginé

- 1 Par exemple, le groupe de l'Arbeitskreis für Menschenrecht de la Fritz-Thyssen-Stiftung für Wissenschaftsförderung en Allemagne.
- 2 Samuel Moyn, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge 2010.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

par les Alliés. La protection de ces droits semblait être pour eux le garant d'un puissant système de sécurité internationale. L'expérience des années de guerre avait fait de l'empêchement de l'avènement d'un régime totalitaire, qui prendrait le pouvoir sur la population civile, le but principal de la politique internationale. Cette volonté faisait que les droits de l'homme entraient dans la politique et dans les organisations internationales gouvernementales. Pour les organisations non gouvernementales de l'époque, cette pensée était devenue directrice dans la façon d'agir, mais les effets de l'engagement restaient limités. De plus, ni la Déclaration universelle des droits de l'homme de 1948 ni la Convention européenne des droits de l'homme ne découlaient d'un processus naturel. Aux Nations Unies durant les années de guerre froide, lors des débats entre les grandes puissances, la politique des droits de l'homme avait la plupart du temps pour fonction de discréditer l'adversaire. En Europe, les États membres voulaient montrer un renforcement de leur cohésion en se mettant d'accord sur des valeurs morales communes mais, en même temps, ils ne voulaient pas que les conventions internationales soient trop intervenantes dans la politique intérieure de chaque État. Selon Eckel, dans cette phase d'institutionnalisation des droits de l'homme, les acteurs et institutions ont échoué à installer les mécanismes pour leur mise en œuvre.

On constate que, dans son histoire des droits de l'homme dans la politique internationale, Eckel ne réserve que peu de place à la France, pourtant étroitement liée à leur développement et à leur histoire. La mention la plus détaillée de la politique française est faite au chapitre sur la décolonisation et la guerre en Algérie. Cette guerre montre, selon Eckel, la première crise de décolonisation qui concentra l'attention internationale et lança dans plusieurs pays des mouvements de solidarité. Bien qu'on trouvât dans les motifs rhétoriques des points de chevauchement des idées des droits de l'homme, dans les critiques, on avait plus souvent recours au terme d'*humanisme* et on constatait un acte contre l'humanité. Néanmoins, Eckel voit la solidarité pour l'Algérie comme une avant-forme de l'activisme sur les droits de l'homme et comme une conjoncture prenant la forme d'une solidarité internationale. Dans les négociations de l'ONU également, les normes sur les droits de l'homme avaient une signification secondaire et cela concernait aussi les stratégies de légitimation de la propagande du Front de libération nationale (FLN). Eckel tire la conclusion que le gouvernement français ne reconnaissait pas, dans cette propagande, une critique liée aux droits de l'homme, mais une critique qui accentuait plus les violences physiques en demandant la souveraineté nationale que des revendications de droits protecteurs. Le gouvernement n'y voyait pas non plus une campagne internationale au nom des droits de l'homme. Par conséquent, Eckel suppose que la décision du gouvernement français de rendre l'Algérie indépendante n'était pas mue par des reproches internationaux mais par le fait qu'il comprenait que la pacification de la colonie n'était pas possible et que le durcissement des positions politiques en France était persistant. Pour Eckel, le cas de la guerre en Algérie est un exemple parmi d'autres qui montre que la critique internationale n'a jamais été un moteur décisif pour la décolonisation. Les critiques et réactions mises sous l'argument des droits de l'homme n'étaient qu'un aspect d'une critique plus large tournée contre le colonialisme.

La deuxième partie concerne la période après 1970, qui se voit elle-même marquée par une révolutionnarisation de l'activisme civil et l'entrée des droits de l'homme dans la politique extérieure des États de l'Ouest et dans la politique internationale. Cette partie commence avec un chapitre sur l'histoire d'Amnesty International, une organisation qui incarne la montée des ONG dans le débat public autour des droits de l'homme. Cette organisation a réussi à rassembler des activistes déçus des années 1960 et a profité d'une culture de

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43160

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

l'empathie dans les années 1970. Eckel ne remet pas en question le pouvoir de ces acteurs civils émergents, mais met en évidence que pour l'entrée des droits de l'homme dans les stratégies politiques, l'intérêt politique des États a été décisif. Comme exemples, il cite la politique extérieure des États-Unis, des Pays-Bas et de la Grande-Bretagne. Leurs stratégies politiques proclamant la valeur universelle des droits de l'homme étaient le produit de plusieurs circonstances du moment. D'un côté, les acteurs civils posaient notamment de plus en plus d'exigences à la bonne direction de la politique extérieure. Parallèlement, les experts étaient convaincus que la montée de l'interdépendance globale engendrerait des conflits qu'on ne pourrait pas ignorer plus longtemps. C'est donc dans ce contexte que se sont fondées de nouvelles approches morales. On peut lire un cas important concernant le développement d'une forte critique à l'international au chapitre sur le régime du dictateur Pinochet, au Chili. Malgré la condamnation du régime par la communauté d'États, Eckel voit bien plus dans la chute de Pinochet les conséquences d'un mauvais concours de circonstances ainsi qu'un mauvais calcul du dictateur. Néanmoins, la critique internationale popularisa dans plusieurs pays les protestations pour les droits de l'Homme comme une forme d'engagement civil et eut des effets plus subtils et indirects que de tenter de convaincre les dirigeants d'effectuer un demi-tour. En ce qui concerne l'Europe de l'Est, le procès inattendu d'Hel-sinki a donné aux adversaires des régimes la possibilité de faire remarquer les conditions de vie répressives dans leur pays et d'établir des relations avec les activistes et personnalités politiques de l'Ouest. Après 1990, Eckel repère le développement des interventions humanitaires et de la justice pénale internationale. Néanmoins, ce développement était accompagné de nouveaux espoirs, les interventions pour la protection de personnes souffrantes produisaient des dilemmes moraux et politiques et des répercussions partagées.

Eckel décrit l'évolution du développement des droits de l'homme dans la politique internationale comme un processus d'origine polycentrique, fait de poussées discontinues, de phases de tracés contradictoires et d'ambivalences dans la forme de politique elle-même. Dans son histoire, il n'y a pas d'ascension permanente de la politique des droits de l'homme. Elle est le résultat de luttes, de débats et le produit des perceptions temporelles. Elle ne s'est construite ni comme un point de référence commun de la politique morale, ni comme un consensus sur des droits exacts et précis qui seraient à protéger. En effet, les droits de l'homme ne sont justement pas rigides et l'application de ces droits n'est pas encore garantie durablement ni partout. Avec son livre, Eckel donne une vue d'ensemble vaste et détaillée de l'histoire des droits de l'homme dans la politique internationale qui permet de montrer de nouvelles perspectives sur les motivations des divers acteurs. Grâce à une contextualisation approfondie et à une synthèse des travaux préalables, son œuvre sera certainement un travail de grande importance dans la prochaine historiographie des droits de l'homme.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43160

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Conan Fischer, A Vision of Europe. Franco-German Relations during the Great Depression, 1929–1932, Oxford (Oxford University Press) 2017, XIV–206 p., ISBN 978-0-19-967629-3, GBP 60,00.

Rezensiert von | compte rendu rédigé par

Jean-Michel Guieu, Paris

Selon une interprétation largement admise, le rapprochement franco-allemand amorcé dans les années 1920 trouverait son terme à l'automne 1929 avec la mort de son principal artisan outre-Rhin, le ministre des Affaires étrangères Gustav Stresemann, suivie quelques jours plus tard par le krach de Wall Street et le déclenchement de la crise économique mondiale. Les années 1929–1932 seraient ainsi marquées par une crise des relations franco-allemandes, prélude à une nouvelle marche à la guerre. À rebours de cette vision qu'il juge trop «pessimiste», Conan Fischer, professeur honoraire à l'université de Saint-Andrews (Écosse), propose ici de revisiter cette période cruciale afin de démontrer que celle-ci fut davantage marquée par la poursuite du rapprochement entre les deux pays que par leur confrontation, repoussant au printemps 1932 le moment où la volonté de conciliation et de coopération cessa de présider aux relations entre ces deux puissances. S'appuyant sur une documentation de première main – les archives du ministère allemand des Affaires étrangères comblant sur bien des points les lacunes des archives françaises en partie détruites au cours de la Seconde Guerre mondiale, l'ouvrage s'inscrit pleinement dans la continuité des travaux de Sylvain Schirmann et Patricia Clavin qui ont montré que la crise économique des années 1930 n'avait pas marqué un coup d'arrêt brutal aux efforts de coopération internationale et que les grandes puissances avaient initialement poursuivi leur collaboration afin de répondre collectivement aux difficultés économiques de l'heure.

Afin de mettre en perspective le tournant de 1929–1932, auquel l'ouvrage consacre par la suite de longs développements, l'auteur ouvre son récit par un rappel minutieux de l'histoire des relations franco-allemandes depuis le lendemain de la Première Guerre mondiale. Il met en lumière la contradiction fondamentale qui oppose alors une France obsédée par sa sécurité et redoutant une guerre de revanche déclenchée par sa voisine, à une Allemagne travaillant par tous les moyens à se libérer du carcan du traité de Versailles et à retrouver sa place de grande puissance. Pourtant, au milieu de la décennie, les deux pays comprennent que le rapprochement est finalement la politique la plus conforme à leurs intérêts nationaux. La détente franco-allemande est alors incarnée par les deux ministres des Affaires étrangères, Aristide Briand et Gustav Stresemann, premier couple franco-allemand de l'histoire et principaux signataires des accords de Locarno en 1925, par lesquels l'Allemagne reconnaissait volontairement ses nouvelles frontières avec la France (au contraire du «diktat» de Versailles).

Si ce chapitre de l'histoire franco-allemande est relativement bien connu, bien qu'ayant été largement passé sous silence au lendemain de la Seconde Guerre mondiale par les acteurs de la construction européenne et de la réconciliation franco-allemande, les années 1929–1932 ont, en revanche, sensiblement moins aiguës la curiosité des historiens. Pourtant, à y regarder de plus près, on s'aperçoit que la politique allemande de la France a été durant cette période plus «imaginative» et celle de l'Allemagne plus «constructive» qu'on ne le dit habituellement. Faute d'une possibilité réelle d'entente sur



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

le terrain politique, c'est dans la voie de la collaboration économique, sur fond de dépression mondiale, que les deux pays cherchèrent alors à poursuivre leurs efforts de rapprochement, afin de combiner avantageusement la supériorité industrielle de l'Allemagne et la meilleure santé financière de la France. Les décideurs des deux pays (hommes politiques, diplomates, milieux économiques, etc.) étaient, en effet, encore largement marqués par l'esprit de détente qui avait caractérisé la période précédente et le Quai d'Orsay accordait notamment toute sa confiance au nouveau chancelier Heinrich Brüning (1930–1932), le considérant comme un rempart face à la marée montante du nationalisme en Allemagne. Ce processus de rapprochement culmina avec le voyage officiel effectué à Berlin par Pierre Laval et Aristide Briand en septembre 1931 et déboucha sur la création d'une commission consultative mixte, destinée à promouvoir les relations économiques entre les deux pays, prélude à une plus large intégration économique du continent européen, redonnant ainsi vie au projet avorté d'Union fédérale européenne lancé par Briand à la tribune de la Société des Nations en septembre 1929.

Pourtant, l'atmosphère conciliatrice devait rapidement s'estomper à partir du printemps 1932, du fait des difficultés intérieures traversées par chacun des deux pays, mais aussi en raison des prémices d'une «guerre commerciale» que la France, inquiète de son important déficit commercial avec l'Allemagne, avait déclenchée, décidant d'imposer des quotas à l'importation de certains produits d'outre-Rhin. Pour finir, la publication des «papiers» de Stresemann, qui laissaient douter de la sincérité de l'ancien ministre des Affaires étrangères dans sa politique de rapprochement avec la France, créa une vive émotion dans le pays de Briand, qui s'étendit jusqu'aux partisans les plus convaincus de la confiance en Allemagne. En outre, cette dernière – qui avait été désarmée par le traité de Versailles – exigeait désormais, au grand dam de la France, une «égalité des droits» en matière d'armements ... Un réel bras de fer s'était donc engagé entre les deux pays avant même l'arrivée de Hitler au pouvoir début 1933.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43161

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Frédéric Fogacci (dir.), De Gaulle et la défense de la France, d'hier à aujourd'hui, Paris (Nouveau Monde éditions) 2017, 222 S., ISBN 978-2-36942-537-3, EUR 9,90.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Wilfried Loth, Essen

Im Winter 2016/17 versammelte die Fondation Charles de Gaulle einschlägig arbeitende Historikerinnen und Historiker (unter anderen Robert Frank, Jenny Rafluk-Grenouilleau, Georges-Henri Soutou und Maurice Vaïsse), ehemalige und aktive Militärs, Diplomaten, Politiker und führende Vertreter der Rüstungsindustrie zu drei Seminaren, in denen über das Erbe von Charles de Gaulle im Bereich der Verteidigung und seine Bedeutung für das gegenwärtige Verteidigungssystem Frankreichs diskutiert wurde. Eine Publikation der Akten dieser Seminare ist in Vorbereitung. Vorab hat Frédéric Fogacci, der Forschungsdirektor der Fondation, aber schon eine systematisierte Synthese der Beiträge publiziert, die dazu beitragen will, die Herausforderungen besser zu verstehen, vor denen die französische Verteidigung gegenwärtig steht.

Zur Militärdoktrin de Gaulles und ihrer Entwicklung bietet der Band dem Spezialisten nichts Neues. Es ehrt die Fondation aber, dass sie nicht der Versuchung erlegen ist, am Mythos de Gaulle weiter zu stricken. Zu Recht werden der fundamentale Pragmatismus des Militärexperten, Generals und späteren Staatspräsidenten und die beständige Evolution seines strategischen Denkens betont. Es sind nur wenige Prinzipien, die sich als Konstanten ausmachen lassen: der Primat der Politik und damit verbunden die Notwendigkeit einer möglichst direkten und dadurch flexiblen Kommandostruktur, die Indienstnahme der neuesten Technologien und die prospektive Förderung ihrer Entwicklung, das Beharren auf absoluter Entscheidungsfreiheit der demokratisch legitimierten Führung und damit der Unabhängigkeit der nationalen Verteidigung. Die *force de frappe* und eine effektive Koordinierung aller Akteure im Bereich der Verteidigung sollten es Frankreich ermöglichen, »oberhalb seiner Gewichtsklasse zu boxen«, wie es Philippe Errera, Generaldirektor im Verteidigungsministerium, formuliert (S. 168).

An diesen Grundsätzen haben die Nachfolger de Gaulles unabhängig von ihrer parteipolitischen und ideologischen Orientierung festgehalten. Der Band bietet knappe Überblicke über die Entwicklungen in den Bereichen der Struktur des Verteidigungssystems, des Verhältnisses zur NATO, der weltweiten Präsenz französischer Truppen, der Rüstungsindustrie und der militärischen Aufklärung. Dabei wird deutlich, dass die 2009 vollzogene Rückkehr Frankreichs in die Kommandostruktur der NATO nicht als ein Bruch mit der gaullistischen Doktrin gesehen werden muss. De Gaulle hatte den Austritt 1966 auch deswegen vollzogen, weil ihm eine stärkere Mitwirkung an den Entscheidungen des Bündnisses verwehrt worden war. Die Schaffung eines Transformationskommandos unter französischer Leitung und der Verzicht auf eine Integration der *force de frappe* als Bedingungen für die Rückkehr erlauben es den Autoren, die Kontinuität der Entscheidungen von 1966 und 2009 zu betonen.

Das Erbe de Gaulles hinsichtlich eines »Europas der Verteidigung« bezeichnen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Seminare als »komplex«: »Il s'agit de distinguer l'attachement à la souveraineté nationale et la volonté de bâtir une Europe-puissance qui œuvrerait au dépassement des rivalités, mais également de faire de la défense le vecteur d'une Europe véritablement



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

‚européenne‘, libérée autant que possible de la tutelle, voire de l’ingérence, américaine» (S. 96). Dass das Scheitern einer europäischen Verteidigung nicht zuletzt auf die innere Widersprüchlichkeit zwischen der Vision einer europäischen Macht und dem Beharren auf nationalstaatlicher Souveränität zurückzuführen ist, kommt ihnen nicht in den Sinn. Sie begnügen sich damit, die allzu enge NATO-Verbundenheit der Partner dafür verantwortlich zu machen. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft heißt es nur etwas nebulös, dass ein Teil des gaullistischen Erbes »vielleicht« in der Idee besteht, »que la question d’une Europe de la défense se posera quand se posera celle d’une Europe politique, la défense étant, par définition, l’instrument d’une souveraineté politique des États« (S. 99). Man darf gespannt sein, in welchem Maße der Appell von Präsident Macron zur Schaffung einer europäischen Verteidigung die Debatte unter Gaullisten und verteidigungspolitischem Establishment, die hier nur sehr verdeckt anklingt, intensivieren wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Fogacci in seiner Zusammenfassung das Zögern der 27 EU-Partner Frankreichs beklagt, Souveränität im Bereich der Verteidigung abzugeben (S. 107). Die Runde sieht aber gute Chancen für eine *relance* des Verteidigungsprojekts: Die Herausforderungen durch die aggressive Politik Russlands und die Infragestellung der bisherigen strategischen Linie der USA durch Präsident Trump haben dafür einen Rahmen geschaffen, der so günstig ist wie selten zuvor. Allerdings zwingt der Brexit dazu, das Europa der Verteidigung noch einmal neu zu denken: Man kann die Kooperation der beiden europäischen Atommächte nicht weiterhin einfach als seinen Kern betrachten; vielmehr wird es darauf ankommen, mit dem Vereinigten Königreich »ein neues Gleichgewicht« auszuhandeln (S. 108).

Insgesamt werden die Vorschläge für die zukünftige Entwicklung des französischen Verteidigungssystems, die der Band bietet, nicht allzu konkret. Das gilt auch im Hinblick auf die Notwendigkeit besserer Abstimmung zwischen den Ministerien und stärkerer internationaler Kooperation angesichts der Herausforderungen durch die technologische Entwicklung. Die Zusammenfassung der Debatten der drei Seminare bietet aber Denkanstöße für alle, die in der einen oder anderen Weise mit der französischen Verteidigung befasst sind. Das ist in der gegenwärtigen Zeit allgemeiner Verunsicherung kein geringes Verdienst.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43162

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l’Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Saul Friedländer, *Wohin die Erinnerung führt. Mein Leben.* Aus dem Englischen übersetzt von Ruth Keen und Erhard Stölting, München (C. H. Beck) 2016, 329 S., 26 Abb., ISBN 978-3-406-69770-8, EUR 26,95

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Heidi Knörzer, Paris

En 1985, peu de temps avant qu'éclate, en Allemagne fédérale, la fameuse querelle des historiens, Saul Friedländer est invité à dîner chez l'historien allemand Ernst Nolte. La soirée, qui »démarra agréablement«, se termine en désastre. Non seulement Nolte, connu pour ses thèses minimisant la responsabilité allemande dans l'extermination des juifs, demanda à Friedländer si être juif était »une question de religion ou de biologie« (p. 265)¹. Mais il insinua également, en utilisant de surcroît une citation tronquée de Kurt Tucholsky qui aurait souhaité »que la bourgeoisie allemande meure par le gaz«, que Hitler avait pu considérer les juifs comme des ennemis et les interner dans des camps de concentration parce que »la juiverie mondiale« avait alors combattu contre l'Allemagne nazie. Face à ces propos »insupportable[s]« (p. 267), Friedländer quitte la soirée, tremblant.

Riche en de tels épisodes intimement liés à des moments déterminants de l'histoire du XX^e siècle, la nouvelle autobiographie de Saul Friedländer constitue une contribution importante à l'historiographie de la Shoah. Car l'auteur y revient également sur son long parcours d'historien. »Où mène le souvenir. Ma vie« reprend le récit là où »Quand vient le souvenir« l'avait laissé. Si dans ces premiers Mémoires, rédigés en 1977, Friedländer raconte essentiellement son enfance »cachée« dans un pensionnat catholique en France et son départ pour Israël en 1948, opérant de constants va et vient entre ce passé et sa vie d'alors en Israël, Friedländer retrace maintenant, dans une narration plus chronologique, l'évolution de sa vie d'adulte, de sa première carrière au sein de la diplomatie du jeune État d'Israël à son existence d'historien renommé de la Shoah. Pour cet homme âgé de plus de 80 ans, il s'agit avant tout de décrire une vie passée »sous la menace constante de perdre la mémoire« (p. 12). Dans les deux ouvrages, le récit commence à Nira, »un petit village de la plaine de Sharon« (p. 17) où l'adolescent Friedländer arrive en 1948 après avoir traversé la Méditerranée à bord de l'Altalena, un navire de l'Irgoun, une organisation armée sioniste proche de la droite nationaliste. L'État d'Israël forme le lien entre les deux livres: dans la description de sa vie de citoyen du monde, qui l'a conduit de Prague en France, d'Israël en Suisse en passant par les États-Unis, la Suède et l'Allemagne et qui l'a amené à rencontrer un nombre considérable d'hommes et de femmes politiques et intellectuels ayant marqué la seconde moitié du XX^e siècle, Friedländer revient en effet régulièrement sur la politique et les évolutions de la société israélienne en évoquant également la capitale Jérusalem, un lieu chargé pour lui d'émotions.

Après son service militaire, il décide en 1953 de rentrer à Paris pour faire des études à Sciences Po. Il ne coupe pas pour autant les ponts avec Israël puisque, en parallèle à ses études, il devient attaché de presse de son ambassade parisienne. Après un passage comme éducateur spécialisé dans une institution anthroposophique en Suède et un séjour à Harvard, il est engagé



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

1 Les pages citées font référence à la traduction française de Jacques Dalarun. Voir Saul Friedländer, *Où mène le souvenir. Ma vie*, Paris 2016.

comme «secrétaire politique» (p. 72) de Nahum Goldmann (1895–1982), alors président du Congrès juif mondial et de l'organisation sioniste mondiale avant de travailler, dans les années 1960, pour le ministère de la Défense aux côtés de Shimon Peres (1923–2016). En 1961, pressentant «que c'était l'univers des livres et de la recherche qui était le plus proche de ce qu'on pouvait appeler [s]a vocation» et qu'il était davantage «attiré par l'histoire de l'Europe dans l'entre-deux-guerres et pendant la Seconde Guerre mondiale» (p. 93) que par les sujets relatifs au Moyen-Orient, il décide de quitter ce poste pour rédiger une thèse de doctorat sur «le rôle du facteur américain dans la politique étrangère et militaire de l'Allemagne, septembre 1939 – décembre 1941» (p. 99) à l'Institut des hautes études internationales à Genève.

Mais ce n'est qu'avec son deuxième livre, «Pie XII et le III^e Reich. Documents», publié en 1964, qu'il se penche plus précisément sur l'histoire de la Shoah. C'est un document mal rangé dans un dossier sur les États-Unis qu'il avait découvert lors de ses recherches doctorales aux archives de Bonn qui l'incite à creuser davantage la question de l'attitude de l'Église catholique à l'égard de l'extermination des juifs. Si, au moment de la rédaction de son livre sur Pie XII, Friedländer prend conscience du lien étroit entre «ces centres d'intérêts» et «[s]a propre histoire» (p. 93), il mettra cependant encore quelques années avant de trouver l'approche juste de ce qu'il décrit comme «le travail essentiel de sa vie» (p. 11). Ses Mémoires évoquent ainsi «les voies qu'[il] n'aurait pas dû prendre» (p. 163) en s'intéressant à la psycho-histoire, approche qui caractérise ses ouvrages «L'antisémitisme nazi. Histoire d'une psychose collective» (1971), suivi d'«Histoire et psychanalyse. Essai sur les possibilités et les limites de la psycho-histoire» (1975).

Ce seront les évolutions de la société et de l'historiographie sur le nazisme des années 1970–1980 qui feront apparaître plus clairement «les questions qu'[il] voulait affronter» (p. 277). L'émergence d'une certaine fascination pour la période nazie au début des années 1970, comme elle s'exprime par exemple dans le film «Hitler. Un film d'Allemagne» de Hans-Jürgen Soderberg ou encore dans «Le roi des Aulnes» de Michel Tournier, fascination qui favorisait «un total relativisme moral et qui faisait appel à une sorte d'esthétisme désinvolte, postmoderne» (p. 236), le conduit en effet à écrire son essai «Réflexions sur le nazisme» où il se penche sur la question des représentations du nazisme. Un colloque sur l'histoire de la Shoah, organisé en 1984 à Stuttgart, lui fait prendre conscience du «malaise sous-jacent [...] entre les historiens allemands [...] et [...] les historiens juifs» (p. 245). Il s'aperçoit en effet des préjugés nourris par les historiens allemands à l'égard de ce que pouvaient apporter leurs collègues juifs à l'histoire de la Shoah. Dans sa communication, Friedländer avait en effet critiqué l'approche dite «fonctionnaliste», selon laquelle l'extermination des juifs aurait été «la conséquence imprévue d'une dynamique aveugle» (p. 245), pour argumenter en faveur de l'approche dite «intentionnaliste», interprétant la Shoah comme le résultat d'un antisémitisme radical et de l'intervention active d'Hitler. Lors de la discussion qui s'ensuivit, son collègue allemand Martin Broszat avait défini l'approche intentionnaliste comme une perception «israélienne» de cette histoire par opposition à une perception «allemande» davantage «fonctionnaliste» (p. 245). Le débat entre les deux historiens amorcé lors du colloque se poursuit en 1987 dans une correspondance privée au cours de laquelle Broszat oppose «la mémoire mythique» des victimes risquant des créer des représentations fictives du nazisme à la «mémoire rationnelle» des Allemands (p. 276). Ces expériences, ainsi que le film «Shoah» de Claude Lanzmann, qui accorde une primauté absolue au témoin, convainquent Friedländer de l'importance d'une «histoire intégrée» qui restitue «l'évolution imbriquée de la politique nazie, des réactions des gouvernements et des sociétés de toute l'Europe [...] et [...] les attitudes et les

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43163

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

réactions des Juifs« (p. 300), projet qu'il réalise avec »L'Allemagne nazie et les Juifs«, son *opus magnum* rédigé entre 1990 et 2006.

Si les Mémoires de Friedländer donnent des informations importantes sur le cheminement et les interrogations de l'historien, elles font aussi apparaître un homme profondément traumatisé et blessé par l'histoire. Friedländer, qui a perdu ses parents dans les camps de la mort, nous fait ainsi également part de ses »accès de claustrophobie« et d'»agoraphobie«, de ses »vertiges«, ses »attaques de tachycardie«, de sa psychanalyse et de sa dépendance aux »tranquillisants« (112—116). Au fil des pages, nous assistons également à l'évolution politique d'un homme qui, longtemps inconscient des humiliations infligées aux Palestiniens (p. 81), partagea d'abord »l'exaltation nationale« (p. 152) de la société israélienne des années 1960 avant de s'engager publiquement pour la paix entre Israéliens et Palestiniens. Ce récit d'une vie marquée par la Shoah, dans laquelle la recherche n'a jamais été dissociée de l'engagement politique, constitue une lecture indispensable pour tout lecteur s'intéressant à l'histoire et à l'historiographie de la Shoah.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43163

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Ulrich Herbert, Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur, München (C. H. Beck) 2016, 133 S. (C. H. Beck Wissen, 2859), ISBN 978-3-406-69778-4, EUR 8,95.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Michel Fabréguet, Strasbourg

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43164

Seite | page 1

Historien allemand du nazisme de réputation internationale, reconnu pour ses recherches pionnières dans les années 1980 sur le travail forcé des étrangers, puis par la codirection des actes du colloque de Weimar sur les camps de concentration nationaux-socialistes et par sa biographie de Werner Best, Ulrich Herbert a relevé le défi de présenter sous la forme d'un petit livre une synthèse de l'histoire du Troisième Reich inscrite dans la perspective du développement à long terme de l'histoire allemande depuis le *Kaiserreich*. Nourri des apports essentiels de l'historiographie allemande mais également de certaines contributions récentes et de premier plan des historiographies britanniques et israéliennes, ce petit ouvrage offre donc, dans une présentation succincte, une matière extrêmement riche et condensée. L'auteur a été contraint de faire des choix et a dû renoncer à la présentation des controverses historiographiques qui ont jalonné le développement de la recherche sur le nazisme plus que sur n'importe quelle autre période de l'histoire allemande. Mais son exposé solidement structuré et argumenté, en apparence simplement factuel, témoigne en fait implicitement de ses propres positions, qui apparaîtront évidentes aux yeux des spécialistes. Délaissant le terrain des multiples débats historiographiques, l'historien de Fribourg s'est donc concentré sur l'exposé de quelques lignes directrices principales et de quelques thèses problématiques.

Le traitement des origines du nazisme et des années 1933–1939, qui constituent les deux premières parties de l'ouvrage, couvrent les deux premiers cinquièmes du récit. La première partie aborde la question des antécédents à long terme du Troisième Reich et la problématique classique des continuités de l'histoire allemande du *Kaiserreich* à la «prise du pouvoir». Si Herbert discute et, finalement, rejette comme inopérante la thèse du *Sonderweg*, il met par contre l'accent sur l'accélération extraordinaire, et spécifiquement allemande, des mutations économiques, sociales et culturelles au cours du quart de siècle qui précéda la Première Guerre mondiale. Dans un État encore jeune et dans une société à la recherche de repères dans un environnement en pleine transformation, le nationalisme ethnique devint un moteur d'intégration que la guerre contribua à radicaliser. La guerre suscita la confrontation de deux camps, celui de la droite nationaliste et de la direction de l'armée dont les options impérialistes s'affirmèrent et s'aiguisèrent en 1917/1918 avec l'avancée dans l'espace russe et celui des partis d'orientation démocratique majoritaires au Reichstag. La défaite renforça en Allemagne, comme chez tous les vaincus, l'effervescence nationaliste, doublée d'un essor de l'antisémitisme, alors que les conditions de la paix vinrent miner la stabilité de la république. La floraison du régime de Weimar entre 1924 et 1929 n'empêcha pas les forces antirépublicaines de droite de prendre le dessus dans d'importants secteurs de la société avec la «révolution conservatrice». Dans ces conditions, la crise économique de 1929 provoqua une véritable explosion et un rejet de la république. Au sein du «camp national», pluraliste et hétérogène jusqu'en 1930, émergea alors la figure de Hitler, orateur populaire le plus doué et dénué de scrupules, qui disposait aussi d'un appareil bureaucratique de



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

parti et d'une milice paramilitaire, la SA. Mais le facteur essentiel de l'essor du NSDAP demeura lié aux conséquences économiques de la crise de 1929.

La seconde partie de l'ouvrage traite, en six chapitres, de l'avant-guerre de la domination nazie (1933–1939). C'est la partie la plus spécifiquement liée à la seule histoire allemande, avec des événements connus du plus grand nombre de lecteurs, d'où le traitement assez rapide et très classique que lui réserve l'auteur. Dans le deuxième chapitre consacré au développement de la persécution, on retrouvera les analyses personnelles qu'il avait présentées lors du colloque de Weimar en 1995. L'unification de la police politique et de la police criminelle en 1936 marqua une nouvelle étape du développement de la persécution: la répression proprement politique fit place aux raisons sociales et aux doctrines eugéniques. Les problèmes sociaux devenaient solubles par l'élimination de ceux que l'on considérait comme la cause de ces problèmes. Trois ans après la prise du pouvoir, la persécution des adversaires politiques faisait place au retrait des étrangers à la communauté. La seconde partie se conclut par une comparaison bienvenue des causes des deux guerres mondiales. En 1914 en Europe de nombreux acteurs ne firent rien pour empêcher la guerre. En 1939, l'Allemagne et Hitler voulurent la guerre pour réviser par la force les résultats de la Première Guerre mondiale, imposer l'hégémonie allemande sur l'Europe continentale, transformer l'Europe de l'est et du sud-est en un hinterland colonial établissant le Reich au rang de puissance mondiale.

La troisième partie est consacrée aux événements de la guerre, traités en neuf chapitres qui couvrent plus de la moitié de l'ouvrage. Avec la guerre contre l'Union soviétique, la domination allemande en Europe et les pratiques criminelles du régime, le propos aborde désormais des questions concernant l'histoire européenne et mondiale. C'est bien évidemment la partie la plus riche, la plus complexe et le plus tragique de cette histoire, celle qui a suscité aussi le plus de controverses dans l'historiographie. Rendre compte dans le détail d'un récit aussi dense et remarquable par son sens de la synthèse est ici chose impossible. On se contentera donc seulement ici de relever quelques idées forces développées par l'auteur. La guerre a représenté la coupure la plus profonde dans l'histoire du régime. Jusqu'au 1^{er} septembre 1939, le Troisième Reich était resté une dictature autoritaire et fasciste mais qui pouvait encore être considérée, en dépit de ses premiers excès et des premiers camps de concentration, comme un État «civilisé». Mais dès le début de la guerre, le régime bascula au contraire dans une domination de la terreur sans précédent historique, manifestant une disposition précoce au génocide d'État. Sans attendre «Barbarossa», la mise en œuvre de l'Action T4 provoqua la mort de 70 000 handicapés allemands jusqu'au mois d'août 1941 et constitua une transition entre les assassinats individuels de l'avant-guerre et le génocide des juifs. La politique d'occupation allemande en Pologne marqua aussi l'explosion de la violence et préfigura la guerre d'extermination en URSS.

Cet accent mis sur la rupture immédiate de 1939 relativise, notons-le, les discussions sur 1941 comme date de la deuxième révolution nazie, sur le modèle stalinien, après la première rupture révolutionnaire de 1933. Avec la campagne de Russie s'enclencha le processus génocidaire systématique des juifs, la phase des décisions décisives sur le sort des juifs se situant entre la fin octobre et la fin novembre 1941: Herbert, on le voit, se rallie à la chronologie haute des intentionnalistes, contre la chronologie basse des structuralistes qui envisagent pour leur part une «décision finale pour la solution finale» au printemps 1942. Mais le génocide des juifs s'inscrit dans une politique d'extermination beaucoup plus large, dès lors que les inhibitions furent levées, englobant également le massacre de masse des prisonniers de guerre soviétiques, le deuxième crime de masse des nazis par l'importance du nombre des victimes,

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

12.12345/xxxxxxxx.45563

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

des populations civiles soviétiques, polonaises et européennes, y compris allemandes, sans oublier celui des Sinti et Roma: au total douze à quatorze millions de civils furent assassinés en dehors des actions militaires.

Mais la domination allemande en Europe se traduisit aussi par le pillage généralisé des ressources du continent, la guerre de conquête se situant dans la continuité logique de l'exploitation des ressources et de la politique de réarmement en temps de paix. La déportation en Allemagne de millions de travailleurs forcés, l'expérience réussie de cette mobilisation, rendit possible l'édification d'une société hiérarchisée selon des critères raciaux. Après les Polonais et les prisonniers de guerre français, le recrutement massif de la main-d'œuvre civile soviétique vint pallier à la forte mortalité des prisonniers de guerre soviétiques. En septembre 1944, 7,6 millions de travailleurs étrangers, dont 5,7 millions de civils, étaient mobilisés au profit de l'effort de guerre du Reich. Internés dans 30 000 camps, ils étaient soumis à des réglementations discriminantes en fonction d'une stricte hiérarchie raciale. On retrouve là un écho des premières recherches de Ulrich Herbert sur le décret des Polonais en 1940 et l'*Arbeitseinsatz*.

Le Troisième Reich a laissé derrière lui un continent dévasté avec des destructions d'une dimension inconcevable. La guerre totale a conduit l'Allemagne à une défaite militaire, politique et morale comme il n'y en avait auparavant jamais eu dans l'histoire des temps modernes. C'est la conclusion impitoyable et implacable de ce remarquable petit livre.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
12.12345/xxxxxxxx.45563

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Dominique Herbet, Hélène Miard-Delacroix, Hans Stark (dir.), L'Allemagne entre rayonnement et retenue. Préface Alfred Grosser, postface Jérôme Vaillant, Villeneuve-d'Ascq (Presses universitaires du Septentrion) 2016, 292 p. (Histoire et civilisations), ISBN 978-2-7574-1359-3, EUR 25,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Ulrich Lappenküper, Friedrichsrh/Hamburg

»Deutschland zwischen Ausstrahlung und Zurückhaltung«, so lässt sich der Titel einer Festschrift übersetzen, die Kolleginnen und Kollegen, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Freunde dem Liller Germanisten Jérôme Vaillant 2015 zu seinem 70. Geburtstag dargereicht haben. Im Kern geht es den 22 Autorinnen und Autoren aus Deutschland und Frankreich um eine Analyse der zwischen »rayonnement« und »retenue« oszillierenden westdeutschen Außenpolitik im internationalen System seit 1945. In insgesamt fünf Kapiteln schlägt der Band den Bogen von den auswärtigen Angelegenheiten der Bonner bzw. Berliner Republik im Zeichen von »contraintes, précaution, émancipation« (S. 21) über das »modèle de la Zivilmacht« (S. 59) zu zentralen außenpolitischen Teilbereichen wie der Europa-, Außenwirtschafts- und Kulturpolitik bis hin zur »politique mémorielle« der »Deux Allemagnes« (S. 231). Nicht ganz zu überzeugen vermag der von der Herausgeberin und den Herausgebern gewählte systematische, statt eines chronologischen Zugangs. Die Kontinuitäten und Diskontinuitäten in Bezug auf Ausstrahlung und Zurückhaltung der deutschen Außenpolitik erschließen sich der Leserschaft so nur schwer.

Als Urheber der Politik der Zurückhaltung würdigt Gilbert Merlio in einem historischen Rückblick auf das Deutsche Kaiserreich Reichskanzler Otto von Bismarck, der mit diplomatischen Mitteln »contraire à l'esprit du temps« eine kontinentale Stabilisierung angestrebt habe (S. 64). Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs knüpfte die Bundesrepublik seit 1949 an den Kurs des Eisernen Kanzlers wieder an. Dass der aktuelle Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, nicht zögert, Bismarcks »patronage« für die Außenpolitik der Bundesregierung Angela Merkels anzurufen, empfindet Merlio als »plaisant« (S. 72).

Maßgeblich bestimmt wurde das Bild von der außenpolitischen Zurückhaltung Westdeutschlands durch die vom Grundgesetz und der geographischen Lage als »État placé à la ligne de front de la liberté« (Vaillant, S. 278) vorgegebene Reserviertheit gegenüber militärischen Konfliktlösungen. Wie Hélène Miard-Delacroix in ihrem Beitrag über die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1961–1990 nachweist, äußerte sich diese Zurückhaltung überdies in der engen Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern und einem »ancrage systématique dans le multilatéralisme« (S. 43). Dass diese Marschroute durchaus mit dem Anspruch auf Leadership vereinbar sein konnte, verdeutlicht Anne-Lise Barrières Untersuchung über die Entscheidung Helmut Schmidts zum Europäischen Währungssystem (S. 118). Die sich darin widerspiegelnde »véritable dialectique entre rayonnement et retenue« (Élise Lanoë, S. 210) lässt sich auch in der auswärtigen Kultur- und in der Außenwirtschaftspolitik der Bonner Republik erkennen, die von der Tendenz zu einer »affirmation de soi« (ibid.) einerseits und dem Aufstieg Deutschlands zu einer der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt andererseits geprägt waren.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Entgegen einer von etlichen in- wie ausländischen Beobachtern gehegten Furcht hat das wiedervereinigte Deutschland den Kurs der Zurückhaltung nach 1990 nicht verlassen. Sämtliche Regierungen ließen sich seither von der Überzeugung leiten, dass die Bundesrepublik wie einst das Bismarckreich trotz ihrer Größe zu klein sei, »pour jouer un rôle autonome sur la scène mondiale« (Stephan Martens, S. 56). Weder hat sie die Mittel noch den Willen, sich zu einer »puissance militaire européenne«, geschweige zu einer »puissance mondiale« zu erheben (S. 57). Ganz in der Kontinuität der alten Bonner Republik stehend, legt auch das souverän gewordene Deutschland gemäß dem überzeugenden Befund von Reiner Marcowitz größten Wert darauf, »d'éviter en toutes circonstances de faire cavalier seul« (S. 103). Wünschenswert erscheint Marcowitz aber, dass Deutschland sich außenpolitisch stärker engagiert und keine »abstention militaire à tout prix« betreibt (S. 104). Da er sich der Gefahr allzusehr wieder auftauchender »ressentiments germanophobes« voll bewusst ist, rät Marcowitz der Bundesrepublik, »de garder un équilibre sain entre l'ancienne politique de retenu et un nouvel engagement internationale de l'Allemagne afin de maintenir son rayonnement au sein de l'UE, de l'OTAN et des Nations unies« (S. 105).

Die Reden von Bundespräsident Joachim Gauck, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 zur Debatte über die Legitimierung von Auslandsinterventionen können laut Marcel Tambarin durchaus so gelesen werden, dass bei der politischen Führung des Landes die Empfehlung von Marcowitz bereits wirkt, »qu'on ne peut rester sans rien faire quand on a les moyens d'intervenir« (S. 94). An der Richtschnur der »retenue« und des »esprit de responsabilité« ändert sich nach Meinung von Jérôme Vaillant indes nichts (S. 281) – im Gegenteil. Mit der Migrationspolitik trachtet die Bundesrepublik seines Erachtens sogar danach, der Zurückhaltung »une nouvelle dimension« zu geben (S. 282). Denn Berlin wisse nur zu gut, so meint der Jubilar mit gutem Grund, »qu'à trop s'affirmer sur le devant de la scène ses voisins seront les premiers à lui rappeler son passé pour abaisser sa superbe« (S. 283).

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43165

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Holger H. Herwig, *The Demon of Geopolitics. How Karl Haushofer »Educated« Hitler and Hess, Lanham, MD (Rowman & Littlefield) 2016, XXVIII–273 p., ISBN 978-1-4422-6113-3, GBP 54,95.*

rezensiert von | compte rendu rédigé par

David Gallo, Paris

Karl Haushofer (1869–1946), le plus célèbre des théoriciens de la géopolitique allemande dans l'entre-deux-guerres, a-t-il été, comme l'affirmèrent en septembre 1945 les services du procureur américain Robert H. Jackson au cours de la préparation du procès de Nuremberg, «le parrain intellectuel de Hitler»? La question n'a cessé depuis lors d'être reprise et remise sur le métier par les historiens du national-socialisme et de sa politique étrangère. Certains, tels Bruno Hipler – auteur d'une biographie de Haushofer parue en 1996 –, continuent de voir en Haushofer le «tuteur» du führer¹, s'appuyant notamment sur les visites qu'il rendit à son étudiant et ami Rudolf Hess à la prison de Landsberg en 1924, au moment où Hitler y rédigeait «Mein Kampf», pour lui assigner un rôle décisif dans la maturation des conceptions qui devaient plus tard conduire l'Allemagne nazie à déclencher une guerre sans précédent pour la domination de l'Europe et la conquête d'un «espace vital» à l'Est. D'autres, comme Hans-Adolf Jacobsen, à qui l'on doit la publication en 1979 de deux volumes sur la vie et l'œuvre de Haushofer ainsi que d'une partie de ses écrits et de sa correspondance², estiment que la géopolitique naissante constitua l'une des multiples sources idéologiques du Troisième Reich, mais que l'influence directe de Haushofer fut, en définitive, des plus minimes. C'est à ce débat que contribue aujourd'hui Holger H. Herwig, professeur émérite à l'université de Calgary, à travers une nouvelle biographie qui se propose dans son introduction de résoudre enfin «l'énigme» (p. XVII) que constitue encore selon lui le rôle de Haushofer dans l'histoire du national-socialisme.

Herwig retrace l'itinéraire de son personnage tout au long d'un récit structuré en huit chapitres chronologiques, qui permettent de distinguer quatre grandes étapes de la trajectoire de Haushofer. Enfant d'une bourgeoisie bavaroise aisée et cultivée, militaire professionnel entré sous les drapeaux à 18 ans avant de poursuivre une brillante carrière d'enseignant à l'Académie de guerre de Munich puis d'attaché militaire au Japon, Haushofer apparaît d'abord comme un représentant typique d'une partie de la société wilhelminienne, pétri dès avant 1914 des idées illibérales, militaristes et impérialistes de son milieu (p. 1–37). La guerre de 1914–1918, au cours de laquelle Haushofer sert au front, puis l'effondrement de la monarchie, la révolution et l'affaiblissement de la puissance allemande suite au traité de Versailles constituent une seconde étape, décisive, matrice d'une radicalisation de la pensée de Haushofer et d'un engagement à droite (p. 37–83).

C'est cet engagement qui marque la troisième phase de la vie de Haushofer, qui correspond à la décennie 1920 (p. 83–137). Il motive les liens de Haushofer avec les milieux droitiers – et notamment le mouvement national-socialiste –, mais surtout son activité intellectuelle comme chargé de cours



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand

- 1 Bruno Hipler, *Hitlers Lehrmeister. Karl Haushofer als Vater der NS-Ideologie*, St. Ottilien 1996.
- 2 Hans-Adolf Jacobsen, *Karl Haushofer. Leben und Werk* (2 vol.), Boppard am Rhein 1979.



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

à l'université de Munich, auteur prolifique et animateur de revue, activiste et conférencier au sein des réseaux associatifs nationalistes. Car si Haushofer préfère le rôle de théoricien à celui d'acteur direct dans l'arène partisane, la géopolitique qu'il s'efforce d'élever au rang de science et de populariser n'en est pas moins éminemment engagée, en ce qu'elle tend toute entière à légitimer le révisionnisme territorial. Apôtre du redressement national, Haushofer voit logiquement l'arrivée de Hitler au pouvoir comme un aboutissement, et c'est en compagnon de route du Troisième Reich qu'il achève son parcours (p. 137–197).

Haushofer n'occupe certes pas la fonction de conseiller du prince qu'il assignait à la géopolitique – âgé de presque 65 ans en 1933, il n'appartient pas à la génération des plus hauts dirigeants nazis, ses cadets, ni à celle des responsables de terrain du régime, plus jeunes encore; n'ayant de surcroît jamais adhéré au parti nazi, il échoue à obtenir après 1933 une position institutionnelle influente, et se trouve définitivement marginalisé après 1941 et l'envol rocambolesque pour la Grande-Bretagne de Rudolf Hess, son ancien étudiant et protecteur au sein du régime. Il soutient cependant publiquement le pouvoir hitlérien et ne prend, jusqu'au bout, aucune distance à l'égard des entreprises conquérantes, guerrières et meurtrières menées par celui-ci – et ce alors même que sa propre épouse, »demi-juive« selon les critères nazis, aurait pu en être victime, et que son fils Albrecht, diplomate et proche de la résistance conservatrice, finit par être exécuté par la SS en avril 1945. Témoin à 77 ans de l'effondrement du national-socialisme qui est aussi celui de l'hégémonie allemande en Europe qu'il appelé de ses vœux toute sa vie, Haushofer n'y survit pas: il se suicide en mars 1946.

Le récit que tisse Herwig est fluide, le portrait qu'il brosse de Haushofer est vivant et la synthèse qu'il livre de ses idées et écrits est claire et maîtrisée. L'ouvrage est cependant moins convaincant pour ce qui est de son cœur même – à savoir la promesse faite en introduction d'apporter un éclairage nouveau, si ce n'est définitif, sur les relations entre Haushofer et le national-socialisme.

Herwig prend à de nombreuses reprises ses distances vis-à-vis de l'interprétation qui ferait de Haushofer un véritable *deus ex machina* de la politique étrangère du Troisième Reich, soulignant les limites de son influence politique, qui fut somme toute fort réduite. Il attribue néanmoins au théoricien de la géopolitique une influence intellectuelle directe et décisive dans la gestation de la pensée hitlérienne ainsi que dans la propagation des idées expansionnistes en Allemagne, affirmant au moment de conclure son analyse que »les graines que Haushofer planta à Landsberg poussèrent, produisant la logique ampoulée et tordue de »Mein Kampf« (p. 217) et se ralliant à un jugement de Stefan Zweig selon lequel »ce sont indubitablement les théories [de Haushofer] qui guidèrent, consciemment ou inconsciemment, la politique agressive du national-socialisme, la faisant passer d'un cadre étroitement national à une échelle universelle« (p. 208).

La thèse est loin d'emporter pleinement l'adhésion tant les preuves sont limitées. Faute de sources précises et inédites, celles-ci se résument pour l'essentiel à deux ensembles d'éléments. D'abord, les huit visites que Haushofer rend à Rudolf Hess à la prison de Landsberg, événement un peu trop isolé pour en faire le point d'orgue de la maturation politique de Hitler et sur la nature duquel Herwig reconnaît lui-même que l'on ne peut que se livrer à des spéculations. Othmar Plöckinger, auteur d'une étude qui fait autorité sur la genèse de »Mein Kampf«, a montré que l'on peut défendre de façon non moins

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
10.11588/frrec.2017.4.43166

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

convaincante une interprétation opposée et soutenir l'idée que l'influence de Haushofer fut alors restreinte³.

La comparaison des écrits de Hitler et de ceux de Haushofer, seconde pièce à conviction avancée par Herwig, n'est guère plus probante, en raison de l'absence d'originalité des éléments qui s'y trouvent. De fait, la géopolitique telle que Haushofer la conçoit – reposant sur la transposition du darwinisme social à la géographie, se représentant les États et les peuples comme autant d'organismes vivants engagés dans une lutte naturelle pour s'approprier l'espace nécessaire afin de survivre et de croître, et défendant l'idée que cette lutte passe dans le cas de l'Allemagne par l'établissement d'une hégémonie continentale en Eurasie – n'est pour une large part qu'une formulation érudite d'éléments idéologiques très répandus au sein de la droite allemande depuis la fin du XIX^e siècle, et dont le national-socialisme hérite par d'innombrables canaux⁴. Elle n'est plus largement que la version allemande de «lieux communs de la culture européenne à l'époque de l'impérialisme⁵». Dès lors, que Hitler ait lu ou non Haushofer, et ait pu lui emprunter certains termes comme celui d'«espace vital» n'a d'importance que secondaire: le dictateur n'a guère eu besoin des écrits du savant pour donner forme à son idéologie ou la légitimer, tant la pensée national-socialiste était, au fond, banale, de même que la géopolitique de Haushofer, et la trajectoire de ce dernier – tout à fait comparable à celle de nombre de théoriciens et activistes nationalistes de sa génération tels les pangermanistes Theodor Reismann-Grone ou Heinrich Claß, qui participèrent au même titre du terreau intellectuel et politique qui nourrit le national-socialisme avant de se trouver eux aussi relégués à la marge du mouvement puis du régime hitlérien, au profit de nouvelles générations de dirigeants et de militants⁶.

Cette banalité de Haushofer, de sa pensée et de son parcours, affleure du récit de Herwig, sans être vraiment mise en lumière – il eut fallu pour cela approfondir et mener à son terme le travail de comparaison et de contextualisation est esquissé en de nombreux endroits de l'ouvrage. Car en définitive, c'est sans doute dans cette banalité – bien plus que dans des spéculations sur ce que Haushofer dit ou non à Hess et Hitler à Landsberg – que réside la véritable clef de l'«énigme» que Holger H. Herwig pose en introduction de son étude. Faute d'avoir suffisamment exploré cette piste, son ouvrage, malgré ses qualités de synthèse et son accessibilité, échoue à résoudre complètement cette énigme et à éclaircir pleinement les liens entre le théoricien de la géopolitique et le nazisme.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43166

Seite | page 3

3 Othmar Plöckinger, *Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers »Mein Kampf« 1922–1945*, Munich 2006, p. 143–146.

4 Pour ne citer que la synthèse la plus récente sur ces multiples continuités, intellectuelles comme politiques, dans lesquelles s'inscrit l'impérialisme, cf. Shelley Baranowski, *Nazi Empire. German Colonialism and Imperialism from Bismarck to Hitler*, New York 2011. Pour un point sur les multiples travaux qui ont porté plus spécifiquement sur les liens étroits que la discipline géographique et l'impérialisme ont entretenus en Allemagne de la fin du XIX^e siècle à 1945, et dont les travaux et la trajectoire de Haushofer ne sont qu'un exemple, cf. Nicolas Ginsburger, *La géographie universitaire allemande revisitée. Quarante ans de regard critique (1969–2010)*, dans: *L'Espace géographique* 40 (2011/3), p. 193–214.

5 *On doit l'expression à Enzo Traverso, La violence nazie. Une généalogie européenne*, Paris 2002, p. 60.

6 Cf. les biographies de Stefan Frech, *Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863–1949)*, Paderborn 2009; Johannes Leicht, *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Mark Hewitson, *Absolute War. Violone an Maß Warwara in Theo German Lands, 1792–1820*, Oxford (Oxford University Press) 2017, 297 p., ISBN 978-0-19-878745-7, GBP 65,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Stig Förster, Bern

Seit einiger Zeit wird in der Wissenschaft wieder intensiv über die Kriege der Französischen Revolution und Napoleons – im britischen Sprachgebrauch kurz als die »Französischen Kriege« bezeichnet – diskutiert. Es geht dabei vor allem um den Charakter dieser Kriege. Handelte es sich um Massenkriege, Volkskriege oder gar um nationalistisch aufgeladene Kriege, die in vielerlei Hinsicht den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts ähnelten? Oder sind das alles Übertreibungen, denn eigentlich standen diese Kriege doch immer noch in der Tradition des 18. Jahrhunderts? Dabei wird dann auch schon mal munter über das Ziel hinausgeschossen, wenn etwa der amerikanische Historiker David Bell vom ersten totalen Krieg der Geschichte spricht, ohne diesen Begriff genauer zu definieren. Das mag auch mit den Interessen des jeweiligen Verlages zu tun haben, der durch einen schmissigen Titel die Verkaufszahlen des Buches erhöhen möchte. Mark Hewitson geht noch einen Schritt weiter als David Bell, wenn er den von Carl von Clausewitz formulierten Begriff des »Absoluten Krieges« zum Titel seines neuen Buches wählt. Dabei verstand Clausewitz unter diesem Begriff den »reinen« Krieg, den Idealtypus, der in der Realität niemals umgesetzt werden kann. Hewitson weiß das natürlich und daher sind seine einleitenden Ausführungen zur Begriffsbestimmung ziemlich gewunden und schon gar nicht überzeugend. Man fragt sich, ob der Autor das nötig hat.

Aber abgesehen von dieser Peinlichkeit, die nur Spezialisten auffallen wird, handelt es sich bei dem hier anzuzeigenden Buch um einen wichtigen Beitrag zu der oben erwähnten Debatte. Das demonstriert schon die sehr ausführliche Einleitung, in der Hewitson gekonnt und auf hohem Reflexionsniveau den Verlauf und den Stand der Diskussion nachzeichnet und daraus seine eigene Fragestellung entwickelt. Er will einen anderen Weg einschlagen als die bisherigen Kontrahenten. Statt dem Pro und Contra der Ausbildung eines Nationalbewusstseins in den deutschen Landen der damaligen Zeit einen weiteren Beitrag hinzufügen, konzentriert er sich vielmehr auf die konkreten Auswirkungen der extrem brutalen und verlustreichen Kriegführung, auf die Erfahrungen und Mentalitäten der deutschen Zivilbevölkerung und die der deutschen Kombattanten. Denn dieser Massenkrieg, die fremde Besatzung und die Umbrüche in Staaten und Gesellschaften betrafen alle Menschen im deutschen Bereich direkt oder zumindest indirekt. Hewitson begibt sich hier auf die richtige Fährte. Krieg und Gewalterfahrung stehen also im Mittelpunkt dieses Buches, das als der Beginn einer ganzen Serie zu diesem Thema gedacht ist. Dabei geht es langfristig um die Auswirkungen und Folgewirkungen dieses Komplexes in der neueren deutschen Geschichte. Das ist ein spannendes Projekt.

In seiner Darstellung weist Hewitson wiederholt mithilfe des neuesten Forschungsstandes auf das ganze Ausmaß der Französischen Kriege hin. Was als bei Valmy jämmerlich gescheiterter militärischer Spaziergang Österreichs und Preußens gegen die französischen Revolutionäre begann, artete zu gewaltigen Kriegen mit Massenarmeen aus, die bis 1815 weite Teile Europas verwüsteten und mehrere Millionen Opfer forderten. Dabei geht Hewitson



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

noch nicht einmal darauf ein, dass es sich um einen veritablen Weltkrieg handelte, der auf mehreren Kontinenten wütete. Aber schließlich ist das damals vielschichtige und kaum definierbare Deutschland, auf dessen Differenziertheit er immer wieder Bezug nimmt, sein Thema. Da gab es die französischen Vasallenstaaten, zu denen der Rheinbund gehörte, die zwischen Widerstand und Anpassung schwankende Habsburger Monarchie und das lange Zeit neutrale, dann furchtbar geschlagene und letztlich nach fast revolutionären Reformen von oben zum Gegenschlag ausholende Preußen.

Bei all dem diagnostiziert Hewitson einen deutlichen Wandel in der Kriegführung und ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung. Allein schon die mehr oder weniger vollständige Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in vielen deutschen Staaten veränderte die Einstellung der Menschen zum Krieg. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor nicht unmittelbar Zeuge von Kämpfen und Schlachten wurde, so trafen die Auswirkungen der Kriegszüge doch sämtliche Einwohner der deutschen Gebiete. Das galt auch wirtschaftlich und finanziell. Insbesondere in Preußen wurde schließlich sogar das Bürgertum zum Kriegsdienst herangezogen. Und obendrein erlitten viele Städte und ganze Landstriche schwere Zerstörungen. Plünderungen, Vergewaltigungen und Morde kamen hinzu. All dies fand seinen Niederschlag im zeitgenössischen Schriftgut, denn ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung war des Lesens und Schreibens mächtig. Zeitungen, Briefe, Pamphlete, Gedichte, Lieder und Memoiren liefern denn auch das Material für Hewitsons Darstellung. Das liest sich allerdings nicht immer besonders spannend, weil die Aneinanderreihung von immer neuen und immer zahlreicheren Meinungsäußerungen zu Aspekten des Krieges auf die Dauer ermüdend wirkt. Zudem stellt sich die methodische Frage, die Hewitson selbst anspricht, wie repräsentativ derartige Quellen und Egodokumente ganz unterschiedlicher aber immer auch subjektiver Couleur eigentlich sind.

Gleichwohl kommt Hewitson zu interessanten Resultaten. So konstatiert er, dass alle zeitgenössischen Kommentatoren sich über den Wandel des Krieges einig waren und sich nach 1815 vor der Wiederholung einer derartigen Katastrophe fürchteten. Es kann also keine Rede davon sein, dass sich gegenüber dem 18. Jahrhundert wenig verändert habe. Allerdings spielte ein aufkommender Nationalismus in Deutschland bei der Auseinandersetzung mit den Französischen Kriegen kaum eine Rolle. Vielmehr war es die Erfahrung des Krieges selbst, die im Mittelpunkt der damaligen Betrachtungen stand. Über diesen Befund dürfte allerdings auch in Zukunft weiter gestritten werden. Hewitson hat somit nur einen Beitrag zur laufenden Debatte über die Französischen Kriege liefern können. Mehr als das kann man aber kaum verlangen.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
12.12345/xxxxxxxx.45563

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Veronika Heyde, Frankreich im KSZE-Prozess. Diplomatie im Namen der europäischen Sicherheit 1969-1983, Berlin, Boston, MA (De Gruyter) 2016, VIII-473 S. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 113), ISBN 978-3-11-051470-4, EUR 59,95.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Wilfried Loth, Essen

Nach entsprechenden Bänden zur DDR, zu Österreich, der Schweiz, der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland liegt nun auch die Frankreich-Studie vor, die aus dem Forschungsprojekt »Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und die Folgen« hervorgegangen ist. Veronika Heyde beschreibt in einer quellengesättigten Darstellung die Haltung Frankreichs zum Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz seit der Budapester Erklärung vom 17. März 1969, seine Rolle beim Zustandekommen der KSZE und ihrer Schlussakte sowie bei den Folgekonferenzen von Belgrad 1977 und Madrid 1980 bis 1983. »Frankreich« meint hier in erster Linie den Staatspräsidenten, der die operative Leitung der französischen Außenpolitik für sich in Anspruch nahm. Die verschiedenen Abteilungen des Außenministeriums leisteten, wie die Verfasserin zeigt, nur konzeptionelle Zuarbeit. Im Élysée-Palast entschied eine *cellule diplomatique*, was der Präsident davon zu Gesicht bekam, und dieser entschied gelegentlich auch gegen den Rat seiner Mitarbeiter. Dabei nahm er auch auf die öffentliche Meinung und die innenpolitische Konstellation Rücksicht; das gilt für alle hier behandelten Nachfolger de Gaulles, in besonderem Maße für Valéry Giscard d'Estaing.

Bemerkenswert ist dabei das hohe Maß an außenpolitischer Kontinuität über die Zeiten und unterschiedlichen ideologischen Prägungen von de Gaulle bis Mitterrand hinweg. Die französischen Präsidenten waren kontinuierlich an Entspannung im Ost-West-Konflikt interessiert und sie begrüßten auch die Europäische Sicherheitskonferenz als eine Gelegenheit, den Zugriff der Sowjetunion auf die Staaten des Ostblocks zu lockern und so dem Ziel einer Überwindung der Blöcke in Europa ein Stück näher zu kommen. In dem Europa unabhängiger und gleichberechtigter Staaten, das sich damit am fernen Horizont abzeichnete, sollte Frankreich die Rolle eines *primus inter pares* spielen. Allerdings drohten mit der Überwindung der Blöcke auch die Wiedervereinigung Deutschlands und damit eine Infragestellung des französischen Führungsanspruchs. Die Nachfolger de Gaulles hatten es darum mit der Überwindung der Blöcke auch nicht so eilig; sie betrachteten die KSZE auch als ein Instrument, um die »neue Ostpolitik« des deutschen Nachbarn unter Kontrolle zu halten. Giscard d'Estaing ging sogar so weit, den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew bei einem Staatsbesuch im April 1979 explizit zu sagen, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht im französischen Interesse lag.

Wieweit diese Äußerung taktisch bedingt war, muss offen bleiben. Die Klügeren unter Giscard d'Estaings Beratern wussten jedenfalls, dass Frankreich nicht offen gegen die Wiedervereinigung arbeiten durfte: »Si tu crains la réunification il faut que tu sois pour car si tu es contre, elle se réalisera contre toi«, so François-Pierre Barbe in einem Meinungsartikel in »Le Monde« vom 16. August 1978 (S. 182). Außerdem sind Meinungsunterschiede über das Tempo zu beobachten, das bei der Verfolgung der Entspannungspolitik zu



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

veranschlagen war. So äußerte sich Pompidous Außenminister Michel Jobert bei der Eröffnung der KSZE-Konferenz am 4. Juli 1973 entgegen den Vorlagen seines Ministeriums äußerst kritisch über die Erfolgsaussichten des Unternehmens, sichtlich besorgt über die Gefahr eines deutsch-sowjetischen Arrangements. Auch sein Nachfolger Jean Sauvagnargues hielt die Gefahren, die das KSZE-Projekt barg, für größer als den Nutzen, den es versprach. Nach dem Wahlsieg François Mitterrands 1981 beeilten sich Beamte des Quai d'Orsay, dem neuen Präsidenten eine äußerst kritische Bilanz der Entspannungspolitik Giscard d'Estaings vorzulegen: Sie habe dem Kreml nur dazu gedient, »in der öffentlichen Meinung des Westens den Anschein [zu] erwecken, ›hoffähig‹ zu sein« (S. 397).

Mit ihrer Auswertung interner Dokumente macht Heyde auch deutlich, dass davon nicht die Rede sein kann. Tatsächlich fungierte Giscard d'Estaing bei seinem Treffen mit Breschnew am 19. Mai 1980 in Warschau nicht als der »kleine Stenograf«, als den ihn Mitterrand im Wahlkampf beschimpfte. Vielmehr warnte er den Kremlchef in unmissverständlichen Worten vor einer weiteren Offensive in Afghanistan und noch mehr vor einer militärischen Intervention in Polen: Dann würde nicht nur das KSZE-Folgetreffen in Mailand scheitern; die Sowjetunion würde dann auch keinen einzigen Partner im Westen mehr finden, mit dem es die Entspannungspolitik fortsetzen könnte. Angesichts der internen Diskussionen in Moskau, die unterdessen bekannt geworden sind, wird man nicht bestreiten können, dass diese ernste Warnung ihre Wirkung gezeigt hat.

Ein besonderes Verdienst der Untersuchung besteht darin, erstmals die zentrale Rolle Frankreichs beim Zustandekommen der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) herausgearbeitet zu haben. Sie geht auf eine französische Initiative für konventionelle Abrüstung in Europa vom Atlantik bis zum Ural zurück (das heißt unter Einschluss der sowjetischen Streitkräfte, die im europäischen Teil der Sowjetunion stationiert waren), mit dem Giscard d'Estaing Anfang 1978 dem zunehmenden Druck auf Einbeziehung der französischen Atomwaffen in die Rüstungskontrollverhandlungen begegnen wollte. Zunächst von der sowjetischen Führung abgelehnt und von der amerikanischen Führung als störend empfunden erwies sich das Projekt aber nach dem Scheitern der Belgrader Folgekonferenz als geeignet, den Spannungsdiallog über die Konfrontation in der Frage der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinweg zu retten. Am 17. März 1981 akzeptierten die Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten auf der Madrider Folgekonferenz, dass die zukünftige Konferenz über konventionelle Abrüstung »substanzieller und integrierter Bestandteil des KSZE-Prozesses« sein sollte (S. 386). Damit war entschieden, dass sich vertrauensbildende Maßnahmen auch auf das Territorium der Sowjetunion erstrecken würden, auch wenn die Frage einer tatsächlichen Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte noch offen geblieben war.

Hinsichtlich der europapolitischen Dimension der französischen Entspannungspolitik bleibt Heyde etwas widersprüchlich: Einerseits konstatiert sie einen fortdauernden »fundamentalen Widerspruch« zwischen dem Konzept »eines starken, selbstbewussten und autonomen Europas« und dem Zögern bei der »Ausstattung Europas mit den erforderlichen Machtbefugnissen und Zuständigkeiten« (S. 440). Andererseits bestreitet sie aber jeglichen »Wille[n] zur Ablösung nationaler Außenpolitik durch die Vertiefung der europäischen Politik« (S. 441). Dass die europäische Einigung und die Entwicklung einer europäischen Dimension der *force de frappe* auch dazu dienen sollten, der langfristig als unvermeidlich angesehenen deutschen Wiedervereinigung ihre Gefährlichkeit zu nehmen, wird in der Analyse nicht weiter berücksich-

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
12.12345/xxxxxxxx.45563

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

tigt. Hinweise darauf sind in der materialreichen Darstellung aber durchaus zu finden. Sie trägt damit nicht nur zur Erweiterung unserer Kenntnisse der diplomatischen Entwicklung des KSZE-Prozesses bei, sondern auch zu einem besseren Verständnis der Ambivalenzen französischer Entspannungspolitik, die von den Akteuren zu unterschiedlichen Zeiten durchaus unterschiedlich akzentuiert wurden.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
12.12345/xxxxxxx.45563

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Valentin Katzer, »L'Algérie, c'est la France«. Die französische Nordafrikapolitik zwischen Anspruch und Realität (1946–1962), Stuttgart (Franz Steiner Verlag) 2016, 429 p., 2 b/w ill. (Studien zur modernen Geschichte, 61), ISBN 978-3-515-11353-3, EUR 66,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Jean-Paul Cahn, Paris

Pour des raisons évidentes l'historiographie allemande de l'après-guerre a tardé à s'intéresser aux questions coloniales. Lorsqu'elle s'y est consacrée elle les a surtout étudiées dans une perspective allemande¹ ou internationale². À ce jour, si l'on excepte les thèses de Hartmut Elsenhans³, déjà ancienne, et de Sabah Bouhsini⁴ ou encore celle, comparative et articulée autour du problème violence *versus* droits de l'homme de Fabian Klose⁵, elle a privilégié l'appréhension contextuelle de la question de l'Afrique française du Nord en tant que donnée des relations franco-allemandes, voire des rapports entre États européens (traités de Rome par ex.). On salue donc volontiers la publication de la thèse de Valentin Katzer.

Son *terminus a quo* est le statut de 1947 qui réglementait les rapports institutionnels franco-algériens. Les accords d'Évian constituent son *terminus ad quem*. Le titre place l'Algérie au cœur de ce travail mais, comme l'induit le sous-titre, l'auteur prend en considération l'ensemble du problème nord-africain. L'approche privilégie l'angle économique et montre combien Paris a peiné à trouver un dénominateur commun aux intérêts et finalités économiques et politiques, en grande partie parce que la métropole ne se conçut tout au long du conflit que comme *major partner* et qu'elle s'en tint à une conception gallo-centrée de la question algérienne: en dépit des déclarations officielles et des intentions affichées le développement de l'Algérie ne fut engagé que dans la mesure où il n'obérait pas les intérêts hexagonaux ni n'y menaçait ses pendants. Si bien que, estime Valentin Katzer qui cite les mesures qui ponctuèrent les débuts de la Cinquième République (p. 280–281), »d'une certaine manière l'intégration ne commence qu'en 1958« (p. 360 sq.), encore cette phase fut-elle éphémère.

- 1 Citons après le classique Horst Gründer, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Stuttgart 1985; Winfried Speitkamp, *Deutsche Kolonialgeschichte*, Ditzingen 2005; Sebastian Conrad, *Deutsche Kolonialgeschichte*, Munich 2008, etc.
- 2 Jürgen Osterhammel, *Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen*, Munich 1995, édition complétée en collaboration avec Jan C. Jansen publiée à Munich 2012; id., *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*, Munich 2013; Wolfgang Reinhard, *Kleine Geschichte des Kolonialismus*, Stuttgart 1996, ou encore, id., *Die Unterwerfung der Welt. Globalgeschichte der europäischen Expansion 1415–2015*, Munich 2016; Ludolf Pelizaeus, *Der Kolonialismus. Geschichte der europäischen Expansion*, Wiesbaden 2008; etc.
- 3 Hartmut Elsenhans, *Frankreichs Algerienkrieg 1954–1962. Entkolonisierungsversuch einer kapitalistischen Metropole. Zum Zusammenbruch der Kolonialreiche*, Munich 1974.
- 4 Sabah Bouhsini, *Die Rolle Nordafrikas (Marokko, Algerien, Tunesien) in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950 bis 1962*, Aix-la-Chapelle 2000.
- 5 Fabian Klose, *Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien 1945–1962*, Munich 2009.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

La mise en évidence du peu de volonté des milieux décisionnels d'œuvrer à un rattrapage du retard accumulé par les départements français d'Afrique du Nord est l'un des points forts de cette étude. L'exemple de la viticulture illustre la préférence accordée aux producteurs de métropole là où la logique économique aurait imposé de favoriser la production au sud de la Méditerranée (p. 129 sq.). Les pages consacrées au pétrole saharien soulignent la surévaluation des réserves au point que certains purent rêver d'autarcie, les limites de ses effets possibles sur l'emploi et le niveau de vie autochtones, ainsi que la prise de conscience par le FLN de l'intérêt qu'offrait cette richesse (p. 158 sq.). Le poids financier de la guerre est évidemment évoqué, l'auteur montre notamment que jusqu'en 1956 l'information des parlementaires fut très partielle et il rappelle qu'au moins au début de la guerre la classe politique française pariait sur une solution rapide.

Dans son résumé français Katzer affirme son intention d'étudier les conceptions et l'attitude de Paris à l'aune des «ambitions officielles et [de] ce qu'il aurait été possible de faire» (p. 359). Le décalage entre le discours et l'action de celle que les Allemands appelaient alors ironiquement la «Grande Nation» est une ligne de force de son livre. Cette approche méthodologique tend à privilégier les déclarations, ce que l'on appelle désormais la «communication», mais elle n'accorde que partiellement aux difficultés contextuelles de la métropole et de l'Algérie la place qui leur revient. Le critère du «possible» conduit e. a. à mesurer les effets de l'action de la France en se référant aux attentes de la population autochtone. Pour indispensable qu'il soit ce critère – d'évaluation difficile – est aléatoire. Il permet en théorie de tenir compte du poids du passé et de faire droit aux espoirs de la population, mais il fait peu de cas des réalités du terrain, j'y reviendrai. Car dans le cadre de la «guerre de libération» que menait le FLN selon des principes révolutionnaires (Mao, etc.) la population fut soumise tout au long des années 1954–1962, et par les deux parties, à des pressions qui obéraient grandement ses «attentes».

Il s'ensuit que l'auteur succombe à un certain manichéisme quand il oppose, idée importante de son travail, l'appréhension «idéologique» de la Quatrième République que constitua la politique dite d'«intégration» («quoi qu'il en coûte» précise-t-il à diverses reprises, avant de noter «La volonté d'intégrer l'Algérie à tout prix n'existe pas» (p. 359) à la décision jugée «comptable» de de Gaulle de mettre un terme à la guerre.

La démarche a pu être «idéologique» par moments – surtout dans son affichage. Force est cependant de noter qu'au fil des mois et des années la part de l'idéologie s'amenuisa à mesure que croissait l'impuissance de l'exécutif à imposer une solution autre que la poursuite de la guerre. On avait transmis en dernière minute le mistigri indochinois à Pierre Mendès France. L'autonomie de la Tunisie et du Maroc lui avaient (e. a. décisions) valu une image de «soldeur de la puissance française» sans pour autant apporter dans un premier temps le calme aux anciens protectorats. Au moment de la guerre d'Algérie il faisait face à des députés qui avaient pour nombre d'entre eux hâte de le renverser et à une opinion certes plutôt favorable à sa gouvernance, mais majoritairement convaincue des bienfaits de la «mission civilisatrice» de la France et peu disposée à faire son deuil des départements algériens. Si lui puis Edgar Faure pouvaient encore estimer qu'une solution militaire accompagnée de réformes serait prometteuse, cette voie s'éroda bientôt. Peut-être aurait-il fallu creuser plus en profondeur la faiblesse structurelle des gouvernements de l'avant-1958 et se demander lequel d'entre eux aurait été en capacité de réaliser ce que de Gaulle, malgré son aura de «sauveur», ne fit qu'au prix d'importants efforts et dangers alors qu'il avait à sa disposition des institutions bien mieux adaptées, un parlement beaucoup plus docile notamment, et qu'à

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43169

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

travers une presse bien plus encadrée il contrôlait une opinion de plus en plus lasse de la guerre.

Pour intéressantes qu'elles puissent être les remarques concernant les interférences entre questions algérienne et européenne, l'essor économique financé par la dette ou encore le coût de la guerre (p. 180 sq.), etc., elles estompent un problème politique d'importance au moins égale auquel il est fait allusion trop superficiellement dans le cadre de l'impuissance à laquelle les mœurs parlementaires condamnaient la Quatrième République (p. 303). Lorsqu'après avoir poursuivi et accentué l'effort de modernisation (p. 279 sq.) de Gaulle dit que la France renonçait à l'Algérie parce que c'était son intérêt il ne faisait pas référence uniquement au rapport coût-bénéfice auquel Katzer semble largement assimiler (réduire?) sa décision. Bien que cela fit débat, on savait que les colonies n'étaient pas «une bonne affaire», et la fragile Quatrième République ne l'ignorait pas, surtout dès lors que l'on engageait une politique de modernisation de ce territoire largement archaïque – Katzer le met d'ailleurs lui-même en évidence au chapitre V (p. 247 sq.), il montre les effets sur la dette française (p. 281 sq.), les faiblesses du plan de Constantine (p. 281 sq.), notamment en raison des réticences du secteur privé à s'engager en Afrique du Nord, y compris lorsque l'exécutif l'y incitait. Rappelons que dans les premières années de la guerre ni l'opinion en métropole ni les «Européens» d'Algérie n'étaient prêts à accepter l'idée d'une indépendance, pas même ceux qui ne trouvaient guère d'avantages financiers à leur présence en terre subméditerranéenne – Guy Mollet en fit l'expérience le 6 février 1956 quand il voulut installer le général Catroux à Alger.

L'armée française est un autre facteur trop peu présent dans »L'Algérie, c'est la France«. Chez de nombreux cadres, les officiers jusqu'au-boutistes en particulier, les frustrations de 1940, de 1954 ou encore de novembre 1956 se doublaient de considérations de pouvoir et de puissance: contrairement au Reich avant 1918 la France du vingtième siècle engageait ses effectifs militaires coloniaux ailleurs que sur leur continent d'origine – et pour une bonne part en tant que troupes d'élite, dans des situations exposées; cet aspect, l'amputation que craignait la »grande muette« de ses moyens, eut sa place dans les tensions entre armée et exécutif autour de la »politique d'abandon«. Katzer ne fait pas suffisamment cas de l'abandon par le pouvoir civil de l'initiative aux militaires à partir de l'arrivée à Matignon de Guy Mollet, que Jean-Charles Jauffret qualifie d'»archétype de la fausse ingénue«⁶, dans un climat général d'escalade d'une violence réciproque depuis qu'au printemps 1955 l'armée française était tombée dans »le piège de la guerre subversive«⁷ en cherchant à abattre l'autonomisme algérien par le recours à ses propres armes. Il n'accorde pas l'importance qui lui revient au succès que connurent à l'époque de la guerre d'Algérie les thèses des »colonels« sur la »guerre révolutionnaire« ou sur »l'action psychologique«, que certains inclinèrent à considérer comme la panacée. Conçue comme réponse aux violences institutionnalisées qu'exerçait le FLN sur ses »coreligionnaires« (au sens de l'époque, c'est-à-dire sans connotation religieuse) cette violence institutionnelle soumit les Algériens des villes comme des campagnes à une pression qui ne permet que difficilement de considérer que les autochtones aient pu avoir tellement d'»attentes« autres que de survivre à un conflit dont ils espéraient la fin prochaine. Un paramètre essentiel de l'étude de Katzer, l'aune à laquelle il se promet de mesurer la politique française, s'en trouve grandement fragilisé.

6 Jean-Charles Jauffret, *Ces officiers qui ont dit non à la torture. Algérie 1954–1962*, Paris 2005, p. 25.

7 *Ibid.*, p. 26.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43169

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Le sud de la Méditerranée présentait au demeurant un intérêt géostratégique bien au-delà de l'Hexagone – que l'on se souvienne des craintes de certaines capitales occidentales, la République fédérale notamment, de voir des communistes s'y installer. Or les tensions entre l'exécutif et ses soldats ne cessèrent de croître – en particulier à la suite des désillusions de l'après-1958. Les milieux décisionnels savaient depuis belle lurette que des officiers insatisfaits, souvent livrés à eux-mêmes pour des missions ambiguës par des politiques jouant du flou de leurs ordres, chargés de ce qu'ils appelaient pudiquement le «sale boulot»⁸ sans appui ni retour, qu'ils rechignaient, qu'ils voyaient dans la défaite du FLN la seule issue acceptable au conflit et arguaient de l'affaiblissement de la position internationale de la France. Mai 1958 puis, plus encore, le putsch des généraux, montrèrent que l'opinion était peu disposée à soutenir le pouvoir et la république contre les menaces auxquelles l'évolution algérienne les exposait. Lorsque de Gaulle déclarait le 11 avril 1961 «L'Algérie [...] nous coûte plus cher qu'elle ne nous rapporte» (p. 14), il énonçait un constat, mais il s'adressait aussi, par souci d'efficacité, à la raison ... du contribuable.

Pour faire la guerre comme pour négocier et faire la paix, il faut être deux, et l'on regrette que le Front de libération nationale ne soit pas davantage pris en considération. Certes François Mitterrand avait déclaré le 5 novembre 1954 devant la commission de l'Intérieur de l'Assemblée nationale: «L'action des fellagha ne permet pas de concevoir, en quelque forme que ce soit, une négociation [...] Elle ne peut trouver qu'une forme terminale, la guerre»⁹. Certes «L'Algérie, c'est la France» a le mérite de montrer que les réflexions et projets français avaient la faiblesse de se faire en vase clos, dans une tradition peu encline à faire cas des territoires qu'ils concernaient, mais l'explication du décalage entre les ambitions affirmées de Paris et les réalisations, tout comme la décision de négocier (ou non), sont largement imputables à la partie algérienne. L'étude fait aussi fi de l'internationalisation du conflit qu'avait décidée le FLN lors de la conférence de la Vallée de la Soummam et dont les effets sur l'opinion et sur la diplomatie mondiales (ONU e. a.) s'avèrent très préjudiciables à la France.

Peut-être aurait-il fallu évoquer au nombre des explications la situation diplomatique de la France, sans oublier le projet d'accès au nucléaire militaire déjà en cours, projet politique que la fin de la coopération franco-germano-italienne voulue par de Gaulle n'alourdissait pas qu'au seul plan budgétaire. En un mot: la décision «comptable» que prit Paris était quand même diablement politique!

Ponctuellement, il pouvait être utile de préciser certains aspects. Un exemple parmi d'autres: la citation du général Aumeran (p. 43), «le droit de vote a été donné en Algérie, sans préparation, à une masse absolument inculte civiquement et qui est incapable de discerner quel est le programme des candidats qui se présentent» aurait gagné en clarté s'il avait été précisé que son auteur, pied-noir et député Républicain indépendant d'Alger, était très nationaliste (il avait introduit la question préalable qui avait entraîné l'échec de la CED) et partisan de l'Algérie française. De même l'affirmation selon laquelle une négociation avec les indépendantistes algériens modérés dans les premiers temps du conflit sur un cheminement progressif vers l'indépendance aurait eu des chances d'aboutir aurait-elle mérité d'être étayée (p. 305). Cette piste étant restée embryonnaire dans le livre, une telle affirmation sans démonstration ne dépasse guère le stade de la conjecture.

8 Cf. e. a. les déclarations de Hélié Denoix de Saint Marc à l'issue de son procès, le 5 juin 1961.

9 Jauffret (voir n. 6), p. 142.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43169

Seite | page 4



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/)

Bref, on aurait aimé davantage d'argumentation et de mise en perspective. La légitimité d'une étude de la politique de la France en Algérie entre 1946 et 1962 centrée sur la dimension économique ne fait pas débat. Que Paris ait, à divers moments, »poété plus haut que son luth« (pour reprendre une expression d'Alexandre Dumas fils) est indubitable. Mais les interférences entre les multiples causes qui ont conduit Paris de la préservation par les armes d'une »Algérie française« aux accords d'Évian ne trouvent que partiellement leur compte dans »L'Algérie, c'est la France«.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43169

Seite | page 5



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Svea Koischwitz, Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1976. Ein Interessenverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform, Köln, Weimar, Wien (Böhlau) 2017, 541 S., 2 s/w Abb. (Kölner Historische Abhandlungen, 52), ISBN 978-3-412-50554-7, EUR 70,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Ansbert Baumann, Saarbrücken

Das hier zu besprechende Buch entstand unter besonderen Rahmenbedingungen: Svea Koischwitz hat bereits 2004 an der Universität Köln eine Magisterarbeit zum Thema »Konservativer Professorenverband oder bildungspolitischer Interessenverband? Der »Bund Freiheit in der Wissenschaft« 1970–1976« verfasst, die sie in den folgenden Jahren zu einer im November 2012 abgeschlossenen Dissertation ausbaute. In der Zwischenzeit hatte allerdings Nikolai Wehrs seine Dissertation zur nahezu gleichen Thematik an der Berliner Humboldt-Universität schon eingereicht, welche dann 2014 als Buch erschien¹. Koischwitz war somit gezwungen, ihre Arbeit vor der Drucklegung nochmals grundlegend zu überarbeiten und dabei die Ergebnisse aus Wehrs exzellenter Studie zu berücksichtigen.

Wie Wehrs legt Koischwitz den Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf die Jahre von der Gründung des BFW im November 1970 bis zur Verabschiedung des ersten Hochschulrahmengesetzes im Deutschen Bundestag im Januar 1976 und damit auf einen Zeitraum, in welchem der Interessenverband aktiv in die hochschulpolitischen Reformdebatten eingriff. In Abgrenzung zu Wehrs betrachtet sie neben dem Zentralverband exemplarisch auch dessen Ortsverbände in Berlin und Bonn, weshalb auch deren, von Wehrs nicht berücksichtigte Quellenbestände in die Arbeit einfließen.

Zunächst beschreibt die Autorin allerdings die Entstehungsgeschichte des Verbandes im Kontext der Erfahrungen mit der Studentenbewegung und schildert die Vorbehalte einzelner Hochschullehrer gegen die damals propagierte »Demokratisierung der Hochschule«, welche 1968 unter anderem im »Münchener Manifest« und im »Marburger Manifest« zum Ausdruck kamen und dann schließlich zur für die Öffentlichkeit überraschenden Verbandsgründung am 18. November 1970 führten. Anschließend folgt eine Analyse der organisatorischen Struktur des Verbandes und seiner Mitglieder, die anhand von zwanzig näher untersuchten Exponenten in vier Generationengruppen kategorisiert werden. Konkret unterscheidet Koischwitz dabei zwischen Vertretern der Geburtsjahrgänge von 1900 bis 1910 (»Kriegsjugendgeneration«), 1916–1924 (»Zwischenkriegsgeneration«), 1925–1935 (»45er-Generation«) und der in den 1940er Jahren geborenen »Alternativen 68er-Generation« und verdeutlicht deren jeweilige Eintrittsgründe und Werthaltungen. Schließlich wird die Entwicklung des BFW und seiner Sektionen in Bonn und Berlin in den Jahren 1970 bis 1976 betrachtet und in einem knapp gefassten Ausblick auf Veränderungen bis zum Ende der 1970er Jahre verwiesen.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

¹ Nikolai Wehrs, Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren, Göttingen 2014.

Wie schon Wehrs und Daniela Münkel², so interpretiert auch Koischwitz den BFW nicht als eine Art gegenreformerisches Bündnis aufgeschreckter Konservativer, sondern als eine »heterogene Sammlungsbewegung«, in der »alle politisch aktiven Altersgruppen, die drei großen bundesrepublikanischen Parteien und viele verschiedene Berufssparten vertreten« waren (S. 198). Auch wenn es sich bei den Mitgliedern vorrangig um eine männliche, von bürgerlichen Werten geprägte Bildungselite handelte, waren jene jünger und in ihren Einstellungen wesentlich »moderner« und »progressiver« als ihnen von ihren Gegnern unterstellt wurde, für welche der Interessenverband ein regelrechtes »Feindbild« darstellte (S. 461). In den Augen der Autorin können die Mitglieder des BFW sogar als »Vorreiter des Konzeptes der »managerial revolution« und der »unternehmerischen Universität« des 21. Jahrhunderts gelten« (ibid.).

Ob die ehemaligen Mitglieder des 2015 aufgelösten BFW mit einer solchen Vereinnahmung tatsächlich einverstanden wären, darüber lässt sich mit Sicherheit streiten. Positiv zu bewerten bleibt aber zweifellos Koischwitz' Ansatz, den BFW in die hochschulpolitische und gesellschaftliche Gesamtentwicklung der Bundesrepublik einzubetten, womit nicht zuletzt verdeutlicht wird, dass der Widerstand gegen die 68er-Bewegung eben nicht nur im rechten und konservativen Spektrum zu verorten ist. Indem sie den Bund differenziert ausleuchtet und zeitgeschichtlich kontextualisiert, bekräftigt sie zugleich die zentralen Thesen von Wehrs' Arbeit. Etwas weniger überzeugend wirkt dagegen ihr Versuch, den BFW mit Hilfe der Feld- und Kapitaltheorie von Pierre Bourdieu als einen »Zusammenschluss einflussreicher Akteure des Feldes »Universität« zu deuten (S. 458), da die vielfältigen Interessensverflechtungen der Akteure innerhalb der hochschulpolitischen Diskussionen jener Jahre tatsächlich höchst inhomogen waren, so dass auch das Feld »Universität« von vielen Partikularinteressen und Meinungsverschiedenheiten ihrer Akteure geprägt war – eine Schwierigkeit auf die übrigens auch schon Wehrs hingewiesen hat³. Ähnlich problematisch erscheint in diesem Kontext der Rückgriff auf Karl Mannheims Generationentheorie als Kriterium für die Auswahl der zwanzig von Koischwitz näher untersuchten Verbandsmitglieder (S. 201f.), weil damit ja genau jenes generationenübergreifende Werteschema in Frage gestellt wird, welches die Autorin dem BFW zuschreibt⁴. Außerdem waren, wie Koischwitz selbst feststellt (S. 460), innerhalb des Verbandes, entgegen den Unterstellungen seiner Gegner, kaum Vertreter der »Kriegsjugendgeneration« vertreten, so dass zumindest die gleichgewichtige Berücksichtigung dieser Gruppe nicht überzeugend wirkt.

Trotz dieser Einwände hat Svea Koischwitz eine insgesamt gut zu lesende Studie über einen lange Zeit vernachlässigten Aspekt jener Umbruchjahre in der deutschen Hochschullandschaft verfasst, mit welcher sie die Ergebnisse von Wehrs Arbeit bestätigt und zugleich weitere Argumente dafür liefert, die damaligen Debatten differenzierter zu betrachten. Aus heutiger Sicht wirkt schon allein die Tatsache, dass der BFW mit dafür sorgte, dass die hochschulpolitischen Diskussionen weit in die deutsche Öffentlichkeit getragen wurden, respekt einflößend – die fundamentalen Umwandlungen, welche die deutsche Hochschullandschaft in den letzten Jahren in hektischer Betriebsamkeit vollziehen musste, gingen demgegenüber eher stillschweigend über die Bühne.

2 Daniela Münkel, Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«. Die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung der Hochschule, in: Dominik Geppert, Jens Hacke (Hg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960 bis 1980. Göttingen 2008, S. 169–187.

3 Vgl.: Wehrs, Protest der Professoren (wie Anm. 1), S. 26, Anm. 36.

4 Vgl.: ibid., S. 27f.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Stéphanie Krapoth, Claire Aslangul-Rallo (dir.), Les relations franco-allemandes en perspective. Sources, méthodes et temporalités pour une approche des représentations depuis 1870, Besançon (Presses universitaires de Franche-Comté) 2017, 458 p. (Annales littéraires de l'université de Franche-Comté. Série »Historiques«, 41), ISBN 978-2-84867-562-6, EUR 26,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Ute Lemke, Chambéry

Die hier zu besprechende Publikation ist ein Sammelband mit Beiträgen eines Workshops, der im Rahmen der Erinnerungs-Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags 2013 an der Université de Franche-Comté organisiert wurde. Ziel dieses interdisziplinären Austauschs zwischen französischen Germanisten mit dem Forschungsschwerpunkt »civilisation allemande«, deutschen Romanisten sowie Historikern beider Länder war es, neue Überlegungen und Forschungsansätze zum Thema deutsch-französische Beziehungen zu diskutieren. Der untersuchte Zeitraum reicht von 1870–2013. Dieses weite zeitliche Feld mit sehr verschiedenen Themenangeboten vermittelt den Eindruck eines Patchwork-Bandes, trotz der Bemühungen der beiden Herausgeberinnen, in ausführlicher Einleitung und Konklusion den roten Faden ihrer Publikation zu erklären. Offenbar gab es keine Vorgaben an die Autorinnen und Autoren bezüglich des Umfangs, so dass hier ein erhebliches Missverhältnis entstanden ist. Die kürzeren Texte, die im Übrigen nicht die schlechtesten sind, kommen vom Umfang her nur auf die Hälfte der anderen, einige basieren auf bereits publizierten Arbeiten und andere sind offenbar speziell für den Workshop ausgearbeitet. Mit 3 Beiträgen bestreiten die beiden Herausgeberinnen ein gutes Drittel des Bandes.

Was den Textkorpus und den Anspruch der einzelnen Forschungsprojekte betrifft, sind hier also erhebliche Unterschiede festzustellen. Antoine Mandret-Degeilh verfolgt zunächst die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen von zwei nationalen Symboliken zur binationalen Symbolik in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, ausgehend von dem Élysée-Vertrag. Einer der Schwerpunkte des Bandes liegt dann jedoch auf dem Thema Schulbücher, womit ein politisch brisantes Thema aufgenommen wird, das nach dem Ersten Weltkrieg Pädagogen, Historiker und auch Diplomaten beschäftigte.

Nach den traumatischen Erfahrungen des Kriegs, forderten viele die Entwaffnung der Geister, wobei die Revision der Schulbücher und insbesondere die der Geschichtsbücher eine zentrale Rolle spielte. Stéphanie Krapoth gibt zunächst einen chronologischen Überblick über die Forschungsschwerpunkte zu deutsch-französischen Themen. Sie beginnt mit den Arbeiten über Schulbücher aus den 1920er Jahren und geht dann ausführlich auf den französischen Historiker und Schulbuchautor Jules Isaac ein. Man vermisst hier jedoch den Hinweis auf die sehr kontrovers geführten Debatten deutscher Historiker und Pädagogen zum Thema aus dieser Zeit. Insgesamt hat Krapoth 204 Geschichts- und Erdkundebücher ausgewertet, die zwischen 1900 und 2011 erschienen sind und schließt mit der Vorstellung des deutsch-französischen Schulbuchs. Wie sie selbst einräumt, konnte sie vieles nur kurz ansprechen. Die Materialfülle ist verwirrend und ihrer Schlussbemerkung, dass mit diesem



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Geschichtsbuch noch nicht das letzte Kapitel der deutsch-französischen Beziehungen geschrieben ist, ist kaum zu widersprechen. Ausführlich beschäftigt sich Rainer Bendick mit dem »Deutsch-französischen Geschichtsbuch«, das 2013 als »Schulbuch des Jahres« ausgezeichnet wurde. Er ist einer der Herausgeber dieses einzigartigen Lehrwerks, das gemeinsam von deutschen und französischen Geschichtslehrerinnen und -lehrern geschrieben wurde. Die Schwierigkeit der Verfasserinnen und Verfasser lag nicht darin, sich auf die richtigen Inhalte zu einigen, sondern vielmehr in der sehr unterschiedlichen didaktischen Herangehensweise in beiden Ländern. Dies führte zwischen den Autorinnen und Autoren zu kontrovers geführten Debatten mit Blick auf die Prüfungsanforderungen. Für Bendick besteht die Herausforderung heute darin, eine gemeinsame Antwort auf die Frage zu geben: Was ist ein guter Geschichtsunterricht? Er plädiert für eine deutsch-französische Zusammenarbeit, um neue didaktische und methodologische Ansätze zu entwickeln.

Einen weiteren Schwerpunkt des Bandes bilden diverse Presseerzeugnisse. Claire Aslangul-Rallo untersucht die Zeitschrift »Signal«, die vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegeben wurde. Dieses Sprachrohr der NS-Propaganda erschien von 1940–1944 auch in den von Deutschland besetzten Ländern und hatte insbesondere in Frankreich eine beachtlich hohe Auflage (800 000). Wenngleich diese Quelle sehr wohl bekannt ist, so war sie bisher kaum Gegenstand von Forschungsarbeiten. Die Verfasserin erklärt dies damit, dass es erst einer gewissen Reife des deutsch-französischen Paares bedurfte, um sich mit dieser für die beiden Länder heiklen Periode zu beschäftigen. Auch Bénédicte Abrahams Interesse gilt einer Zeitschrift, diesmal jedoch der Gegenwart. Nachdem der 1952 gegründete »Pariser Kurier. Deutsche Zeitschrift in Frankreich – Périodique allemand bilingue« 1991 sein Erscheinen eingestellt hatte, kam im Februar 2004 das hier präsentierte Magazin »Paris-Berlin« heraus. Es ist also nicht das erste *News magazine*, das sich ausschließlich mit deutsch-französischen Fragen beschäftigt, wie es einleitend heißt. Zudem ist es laut Untertitel ein »Magazine pour l'Europe/Magazin für Europa«, worauf die Verfasserin erst später hinweist. Die Redaktion ist zunehmend von der deutsch-französischen Exklusivität abgekommen, um der Bedeutung der beiden Länder für Europa einen festen Platz bei der Berichterstattung zu geben. Warum allerdings für das Thema »50 Jahre deutsch-französische Beziehungen im Spiegel des Magazins ParisBerlin«, so der Titel, nur Artikel von Juli 2011 bis November 2012 ausgewertet wurden – zumindest stammen die Zitate aus diesem Zeitraum – hätte einer Erklärung bedurft.

Ein dritter Schwerpunkt des Bandes liegt auf der Ikonografie der deutsch-französischen Beziehungen. Gabriele Padberg beschäftigt sich mit der Darstellung des Paares Merkozy in der deutschen und französischen Pressekarikatur zwischen 2007 und 2012. Bis dahin war die Ikonografie der beiden Länder nie so üppig und von so viel Einfallsreichtum geprägt. Originell ist der von Olivier Berger gewählte Textkorpus, nämlich Briefmarken und Postkarten. Am Beispiel des »Konflikts von 1870« untersucht er, wie sich das Bild der Deutschen und Deutschlands im Laufe der Zeit verändert hat. Wenn zunächst noch ein klares Feindbild existierte – Deutschland war der Erbfeind –, so wird diese Darstellung durch die Annäherung der beiden Völker nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer heiklen Frage. Nicht zuletzt sei die zunehmende Tabuisierung des preußisch-französischen Krieges auch darauf zurückzuführen, dass Frankreich diesen Krieg verloren hat. Marie-Alexandra Schneider zeigt, wie das Saarproblem von westdeutschen Karikaturisten gesehen wurde, wofür sie fünfzig Karikaturen aus den Jahren 1949–1956 ausgewertet hat. Wenn in diesem Konflikt kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nationalistische Töne zu beobachten sind, so sei aber die Tatsache, dass es in der Darstellung

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43171

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

meist um ein Paar ging – Vater Deutschland und Mutter Frankreich mit dem Saar-Kind –, ein Zeichen für den Willen der Annäherung zwischen den beiden Ländern.

Auch wenn die angekündigten Zielsetzungen nicht immer klar und deutlich erkennbar sind, so bietet der Band doch einige lesenswerte und anregende Beiträge.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43171

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Julie Maeck, Matthias Steinle (dir.), L'image d'archives. Une image en devenir, Rennes (Presses universitaires de Rennes) 2016, 340 p., nomb. ill., diagr. et pl. en n/b (Histoire. Série»Archives, histoire et société«), ISBN 978-2-7535-5169-5, EUR 24,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Alan Forrest, York

Archives are the documentary bedrock without which historians could not work, but it is important to remember that even they have their limitations. Every archive has been assembled for a purpose, whether it is to support the work of the state, to provide a historical record for an institution or a business, or to assemble materials that were seen to be of critical interest at some moment in the past. They can seldom claim to provide an unbroken record; for archives have fallen victim to fires, war, and periodic culls by archivists themselves. And we may read them today very differently from readers in earlier epochs, asking different questions of their holdings and less ready to recognise their intrinsic authority. For Jacques Derrida, the archive is best understood as a concept with which to interrogate the power of institutions. It, too, has entered the postmodern age.

But, as this very timely volume of essays shows, the archive has now extended far beyond paper records or their digitized equivalents. Images, like other forms of material culture, have become indispensable resources for the study of history, not least in the expanding field of cultural studies. Caricatures, drawings, photographs, pottery and painting are primary sources like any other, often offering a visual clarity and conveying emotions and sensibilities that the written word finds it hard to express. The invention of photography added an immediacy and pathos to the depiction of war, for instance, that means that the battlefields of 1914 etch themselves on the popular imaginary to a degree unrivalled by previous campaigns. The photographs are part of the archive of war; they are, without question, *images d'archives* (or stock-shots, in English). But on what does their status rest? They have no special claim to objectivity: they are, like other eye-witness impressions, subjective, authorial, and often highly personal. Their popularity, indeed, is often explained by the powerful emotions and sensibilities they convey.

Visual evidence has an immediacy that written sources seldom equal. Unlike the memoir, which was often written up years after the event when the writer's memory might be affected by old age, forgetfulness, or knowledge picked up from elsewhere – war memories are particularly prone to distortions of this kind – the photograph has what Léon Vidal, the nineteenth-century inventor of photochemistry, called an »undeniable authenticity«. The person taking the photograph was there at the very moment when the picture was taken, without the intermediary of time or memory, and it is this immediacy, the knowledge that the scene was recorded in the flicker of a camera shutter, that gives it what he believed was »testimonial value« and convinced him that such images should be collected and kept for posterity. This was Vidal's aim when he went on to propose, in the 1890s, that France should establish what he called a »service of documentary photographic archives« to complement the paper records in the Archives nationales. Photographic evidence had, he believed, something unique to offer. With his initiative the concept of the



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

image d'archives was born: an image that would be a reference for others, and which could be borrowed, cited and reproduced by historians and journalists in the future.

But when does a photograph attain this status? How does it become an *image d'archives*? Is it only when it records the great events of history? Or can such images record moments of intimacy, of grief and loss, of happiness, work and play, or the routines of everyday life? For so many aspects of modern history-writing – one only has to think of the history of work, of leisure and entertainment, of domesticity and the family, *Tagesgeschichte*, history from below – there are no great events to provide a context. Images of the most ordinary things can become useful, sources of nostalgia, even symbolic of their times. And while great photographers – like any other artists – can contrive to take striking and memorable images that become instant classics, less artistic photographs, snapshots taken without any thought for posterity, memories of city streets or of family holidays, have gone on to symbolise the pleasures or struggles of everyday life. They, too, can become stock-shots. Indeed, among the contributors to this volume there is general agreement that images are never born as *images d'archives*; it is a status they achieve with time.

What is true of still photography is just as true of moving images, of the world of cinema, television, and network news, and it is these that are most intensively examined in this book. The immediacy of these media and the innumerable images that can be captured from them at once pose a problem, as it is often the choice of the journalist or film editor that determines what pictures are preserved for posterity, and the picture editor who selects images to illustrate a future report. In other words, though the pictures themselves may reflect the moment, it is only later, and sometimes much later, that they can assume their place as *images d'archives*. And the subjective element in their selection is impossible to erase. In a fascinating series of articles the contributors to this volume – historians, art historians, anthropologists, archivists, and curators – examine various ways in which images from the archives have been used to throw light on present-day political events, different techniques that are used to give the images added gravity and wider credence, and the challenge of integrating the past with the present on television or in the cinema.

Their value as propaganda, to governments and to social movements, is well-known and is richly documented in these essays. It was important to have a record, even if there were circumstances where that record had to be concealed from the public, like the photographs from the Great War which the French government classified for fear of spreading panic and despair amongst the civilian population. Or governments wanted a pictorial record of how things were in order to impress on the public the extent of modernisation or social improvement. Newsreels of life in the slums helped to glamorise the new council estates of post-war Britain. Joseph Goebbels even demanded that a film be made of life in the ghettos so that future generations could understand how Jews had lived in Germany and learn about a way of life that would soon be swept away.

New media, of course, risk making the problem of authority even greater. In an age of mobile telephones and social networks, when the number of images captured and circulated has risen exponentially and a picture can go viral on the internet without any professional intervention or qualitative judgement, the very notion of the *image d'archives* may seem under threat. But it may be a mistake to concentrate too narrowly on the medium. The more important element is surely the image itself and the place it occupies in cultural memory. Some will go further and suggest that the very fact that it has been preserved – however it has been preserved – justifies its place in the archive.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43172

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

Klaus Schwabe, Jean Monnet. Frankreich, die Deutschen und die Einigung Europas, Baden-Baden (Nomos) 2016, 480 S. (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Europäischen Kommission, 17/Publications of the European Union Liaison Committee of Historians), ISBN 978-3-8487-3385-9, EUR 49,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Michael Gehler, Hildesheim

Der Autor dieses Werks ist nicht nur Doyen der Geschichtsschreibung des Schuman-Plans, eigentlich Monnet-Plan, sondern neben Wilfried Loth einer der deutschen Pioniere der europäischen Integrationshistoriographie. Mit dieser Monografie legt Klaus Schwabe die erste deutschsprachige Biografie über Monnet vor. So sehr dieser für alle Integrationshistoriker ein Begriff ist, so wenig ist er im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands verankert, wofür es drei Gründe gibt: Er war ein Mann, der hinter den Kulissen der internationalen Bühne agierte, das grelle Licht der Medien scheute und daher auch in seinem Namen keine Schlagzeilen produzierte. Ein zweiter Umstand besteht darin, dass Monnets gesamtes politisches Leben im Schatten von Charles de Gaulle stand, der für sich die deutsch-französische Verständigung und Versöhnung als Monopol beanspruchte. Ein banaler dritter Grund für Monnet als vergessenen Akteur besteht für Schwabe in der nunmehr erkennbar wachsenden Sprachbarriere zwischen den Nachbarn am Rhein.

Schwabes Werk ist mehr als eine politische Biografie, nämlich eine umfassende Lebensgeschichte Monnets. Das erste Kapitel steht ganz im Zeichen des Cognac-Unternehmens seines Vaters, des Ersten Weltkriegs zur Koordinierung der kriegswirtschaftlichen Logistik der Entente-Mächte, der Pariser Vorort-Friedensverträge »mit Fehlern«, Monnets kurzer Amtszeit als stellvertretendem Generalsekretär des Völkerbundes (der Rückzug folgte aus privaten Gründen wegen finanzieller Schwierigkeiten des Familienunternehmens) sowie seines anschließenden internationalen Finanzmanagements als Geschäftsmann und Spekulant. Im zweiten Kapitel widmet sich Schwabe der Rolle Monnets während des Zweiten Weltkriegs, beginnend mit der französischen Katastrophe im Mai/Juni 1940 und seinem gescheiterten Plan einer anglo-französischen Union, dem anschließenden Gang in die USA zur Beförderung der Kriegsrüstung gegen Hitler-Deutschland, gefolgt vom Engagement im nationalen Befreiungs-Komitee in Algier unter de Gaulle, wo erste konkrete Pläne für die zukünftigen deutsch-französischen Beziehungen geschmiedet wurden.

Im dritten Kapitel geht es Schwabe um das Hauptziel Monnets nach Kriegsende, nämlich den französischen Wiederaufbau in der Funktion als Chef des Planungskommissariats in Angriff zu nehmen, wobei der Marshall-Plan eine wichtige rekonstruktionsspezifische Flankierung bildete. Ein zweites nicht minder wichtiges Anliegen war die Frage nach der Rolle Deutschlands, die durch Einbindung und Kontrolle beantwortet werden sollte. Das vierte Kapitel behandelt den »Sprung ins Ungewisse« mit der Ankündigung des sogenannten Schuman-Plans am 9. Mai 1950, das internationale Echo und die Verhandlungen im Kontext des Koreakriegs. Das fünfte Kapitel geht auf die Bemühungen um Schaffung einer genuin europäischen Sicherheitsarchitektur ein, wobei Monnet die Ausarbeitung des Vertrages über die



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mitgestaltete. Das sechste Kapitel befasst sich mit seiner Funktion als Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Damit war erstmals in der europäischen Ideen- und Einigungsgeschichte der Inspirator einer Institution gleichzeitig ihr höchster Repräsentant. Die Montanunion erfreute sich – im Unterschied zu den Römischen Verträgen – noch starker Begleitung und Einflussnahme durch die USA – auch dank Monnet.

Im siebten Kapitel geht es nach der gescheiterten Europaarmee um die »relance européenne«, wobei Monnet mit EURATOM auf das falsche Pferd setzte und die EWG trotz seiner Vorbehalte zustande kam. Nach seinem Rücktritt als EGKS-Präsident hatte er sich dem von ihm angeführten »Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa« gewidmet. Das achte Kapitel wendet sich dem Beziehungsfeld zwischen Europa und dem atlantischen Westen »im Schatten de Gaulles« zu, im Zeichen der intergouvernemental angelegten Fouchet-Pläne sowie Großbritannien als Teil des neuen Europas, was Schwabes Protagonist nun befürwortete. Ferner geht es um die für Monnet essentielle Partnerschaft mit den USA und den durch eine spezifische Präambel relativierten Élysée-Vertrag. Das neunte Kapitel handelt von der zweiten *relance européenne*, als es um den Auf- und Umbau der EG im Zeichen der »gaullistischen Herausforderung«, des Neustarts mit dem Vereinigten Königreich und der Etablierung des Europäischen Rates geht. Behandelt wird hierbei auch Monnet und die bundesdeutsche sozialliberale Ostpolitik. Das letzte Kapitel leistet einen Ausklang mit einer sehr überzeugenden Bilanz.

Schwabe bewegten folgende Fragen: Was für ein Mensch war Monnet? Was hat er beabsichtigt? Was hat er erreicht? Wie hat er es erreicht? Was ist misslungen? Was bleibt der Nachwelt von ihm? Die Antworten lauten: Monnet war Autodidakt und dabei ein durchsetzungsfähiger und höchst politisch selbstbewusster Mensch der Tat. Für Kunst und Kultur hatte er nur wenig Verständnis. Bibliophiles Interesse war nicht gegeben, Zeitungslektüre hingegen schon. Seine spätere Ehefrau und langjährige Lebensgefährtin Silvia, geborene Bondini, zuerst verheiratete Giannini, war ihm laut Schwabe »erste und engste Beraterin« (S. 41). Inwiefern dies auch auf seine Haltung und Politik Auswirkungen zeitigte, bleibt jedoch völlig offen.

Geschichte war laut Schwabe für Monnet kein Antrieb, sondern mehr Ballast. Ihre Wiederholung wünschte er sich keinesfalls. Von beiden Weltkriegen war sein Weltbild beeinflusst. Wie weit dieses auch vom Kalten Krieg als einer Form des dritten Weltkriegs geprägt und Monnet ein *cold warrior* war, wird nicht klar genug, dürfte aber durch dessen enge Freundschaft zu den Dulles-Brüdern auf der Hand liegen. Monnets Vorstellungen über ein (zukünftiges) vereintes (West-)Europa und sein Verhältnis zu Russland bleiben ebenso unklar. Westeuropas Integration als ein Projekt des Westens war offenbar sein Horizont. Dafür sollten seine weitverzweigten Netzwerke und neue Institutionen sorgen, die kollektive Erfahrungen aus zwei Weltkriegen sammeln und den Umgang zwischen Menschen bestimmen konnten. Unter den Nationen wünschte sich Monnet Gleichberechtigung. Sein politisches Streben richtete sich insbesondere gegen die Verhinderung der Wiedererrichtung einer deutschen Hegemonialstellung in Europa. Erst in Algier ab 1943 wurden seine Überlegungen zur politischen Zukunft Europas konkreter. Zuvor war Monnet mehr Internationalist und Weltbürger als Europäer.

Seine größte historische Leistung erblickt Schwabe im Schuman-Plan neben der Verpflichtung der USA gegenüber dem westeuropäischen Integrationsprojekt, in dem der anglophile Mann US-Präsident Eisenhower 1953/54 für das EVG-Vorhaben vereinnahmte und dem deutsch-französischen Vertrag von 1963 die anti-amerikanische Stoßrichtung nehmen konnte. Die Überwin-

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43173

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

derung der Erzfeindschaft zwischen Deutschen und Franzosen war für Monnet – laut Schwabe – der Hauptzweck der europäischen Einigungspolitik (S. 453f.) – demnach war diese offenbar nur Mittel zum Zweck für ihn! Schon die Vereinbarung zur Kohle- und Stahlgemeinschaft hätte nach Monnets Auffassung zwischen Bundesrepublik und Frankreich alleine ausgereicht. Den Gedanken an eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität im Unterschied zu den USA hatte er strikt verworfen, was seinen Gegensatz zu de Gaulle begründete. Die zunächst westintegrationskritische deutsche Sozialdemokratie über die engen Kontakte mit Willy Brandt und Helmut Schmidt für den europäischen Einigungsgedanken gewonnen zu haben, ist laut Schwabe Monnet als ein weiteres Verdienst zuzuschreiben. Weniger von der vielzitierten aber starken Variationen unterworfenen »Methode Monnet«, will Schwabe sprechen, sondern vielmehr von Ansätzen oder Konzepten, was einleuchtet. Das nationalstaatliche Souveränitätsprinzip hatte Monnet unterschätzt, da es sich als zäh und langlebiger erwies. Finanziell-ökonomische Mittel zur politischen Einigung überschätzte er hingegen, während er den eigenständigen und relativ unabhängigen Faktor Militär unterbewertet ließ. Aus Europa einen Raum des technischen Fortschritts und wirtschaftlichen Wohlstands zu machen, habe sich jedoch als seine Hoffnung erfüllt, vor allem den Kontinent als globalen Konfliktherd zu entschärfen.

Schwabe hat die Memoiren Monnets quellenkritisch ausgewertet sowie auch die gesamte greifbare Forschungsliteratur so gründlich wie systematisch herangezogen. Dabei hat er feinfühlig ein Charakterbild und Persönlichkeitsprofil von Monnet gezeichnet sowie seine politischen Windungen und Wendungen in sich schlüssig rekonstruiert. An Klaus Schwabes Alterswerk kann daher die weitere Integrations- und Monnet-Forschung nicht vorbei.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43173

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

**Rudolf Seiders, Vertrauensverhältnisse. Autobiografie,
Freiburg i. Br. (Herder) 2016, 265 S., ISBN 978-3-451-34968-3,
EUR 24,99.**

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Michael Gehler, Hildesheim

Immer mehr Diplomaten und Politiker greifen im höheren Alter zur Feder, um ihre Erinnerungen festzuhalten, was für die Forschung ein Gewinn sein kann. Bei dieser Autobiografie ist das der Fall. Es handelt sich um einen engsten Vertrauten von Bundeskanzler Helmut Kohl (1982–1998), der bis zuletzt als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) auch eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der »Flüchtlingskrise« 2015–2016 im Zeichen der weltweiten Migrationsbewegung spielte.

Seiders wurde 1937 in dem vom alliierten Bombenkrieg schwer zerstörten Osnabrück als Sohn eines Postamtsleiters und einer Textilverkäuferin geboren. Kriegsende und Neubeginn erlebte er bewusst mit. Die Jugend war glücklich, zumal er in Bohmte »abseits der schlimmsten Zerstörungen in den deutschen Großstädten« (S. 21) aufwuchs. Am katholischen Gymnasium Carolinum in Osnabrück ging er zur Schule, wo sich schon früh Interesse an historischen und politischen Zusammenhängen zeigte. Nach dem Abitur folgte das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (1959–1963). In dieser Zeit schloss er sich einer katholisch-wissenschaftlichen Studentenverbindung im Unitas-Verband an. Nachdem bereits ein Jahr zuvor der Beitritt zur CDU erfolgte, war der Weg zur Mitgliedschaft im Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) vorgezeichnet. Frühe Erlebnisse mit katholischer Engstirnigkeit und Unduldsamkeit bewegten Seiders tief. Christliche Intoleranz und erzkatholischen Fundamentalismus in eigenen Parteireihen musste Seiders erleben, als es um seine Heirat mit einer geschiedenen Frau ging (S. 50–52).

In der Jungen Union in Niedersachsen erfuhr Seiders die »Lehrjahre eines jungen Politikers« (S. 31–34). Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen (1967) und einer Tätigkeit als Regierungsassessor in Osnabrück (1968–1969) erfolgte mit dem Einzug in den Bundestag der »Sprung in die Bundespolitik«. Bodenständigkeit, Heimat und Familie blieben jedoch für ihn weiter bedeutsam. Eine starke Frau im Hintergrund, die ihm die politische Karriere in Bonn ermöglichte, und ein gutes familiäres Rückzugsfeld im Emsland bildeten ein stabiles Fundament. 1971 wurde Seiders Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und bis 1976 agierte er als jüngster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In der harten Oppositionszeit wirkte Seiders zudem als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen (1972–1998). Das Ringen mit der sozial-liberalen Koalition um die Ostverträge und die dagegen aufgebaute Fundamentalopposition der CDU/CSU sieht Seiders rückblickend nicht mehr so kritisch (S. 71). Das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums des christdemokratischen Oppositionsführers Rainer Barzel am 27. April 1972 aufgrund zweier gekaufter CDU-Stimmen durch die DDR-Stasi ist auch Thema (S. 69f.).

Als Helmut Kohl nach dem Abgang Barzels die politische Bühne betrat, begann ein neues politisches Kapitel für Seiders, der zum parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (1982–1989) avancierte. Von 1989 bis 1991 war er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts und von 1991 bis 1993 Bundesminister des Inneren,



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

bis ihn ein umstrittener Vorfall um den Tod des RAF-Terroristen Wolfgang Grams auf dem mecklenburgischen Bahnhof Bad Kleinen zum Rücktritt zwang (S. 198–206).

Eindrücklich schildert Seiters die historische Begegnung zwischen Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand am 22. September 1984 vor dem Beinhaus von Douaumont, in dem die Knochenreste von rund 130 000 deutschen und französischen Kriegstoten aufgetürmt sind. Minutenlang drückten sich die beiden Staatsmänner die Hand und verharrten in dieser Haltung. Seiters misst dem historischen Handschlag das gleiche Gewicht wie dem Kniefall von Willy Brandt vor dem Mahnmal des Aufstandes der Warschauer Ghetto-Juden bei (S. 82). Zum spannendsten Teil der Publikation gehört die Schilderung der Ereignisse der deutsch-deutschen Einigung, wobei Seiters die Empfindlichkeiten des Auswärtigen Amtes gegenüber dem BKA nicht verschweigt. Im Kontext der Einheit war Seiters auch eine »junge Politikerin« nicht verborgen geblieben: die spätere Kanzlerin Angela Merkel als »Kohls Mädchen« (S. 98–100).

Seiters schildert Begegnungen mit Politikern der noch bestehenden und dann zerbrechenden DDR, unter anderem ein Treffen mit SED-Chef Erich Honecker am 4. Juli 1987, das noch »keinen Hinweis auf die tiefen Erschütterungen [enthielt], die im Laufe der folgenden Wochen in der DDR sichtbar werden sollten« (S. 104). In diesem Gespräch hatte Honecker bei der Erörterung von Fragen der innerdeutschen Grenze eingeräumt, dass es dort tatsächlich einen Schießbefehl gegeben habe, was für Seiters »mehr als überraschend« war, zumal Verteidigungsminister Heinz Keßler »diese Tatsache noch wenige Tage vorher öffentlich geleugnet hatte« (S. 106). Nun gelte aber, so Honecker, ein anderes Grenzregime. Trotz dieser Wendung wirkte sein Gegenüber auf ihn »starrköpfig und realitätsfremd« und als »ein Reformgegner, wie er im Buche stand«. Seine Flucht mit einem sowjetischen Militärflugzeug nach Moskau am 13. März 1991 wollte Kohl nicht mehr verhindern, zumal ihm ein aufwühlendes großes Verfahren in Deutschland gegen den Ex-DDR-Chef nicht gelegen kam, wie Seiters verrät.

Der 30. September 1989 mit der Mitteilung der Ausreisemöglichkeit an die jubelnden DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag gehörte zum absoluten Höhepunkt der Erlebnisse von Seiters. Diesen Tag empfand er als »den endgültigen Beginn des Untergangs der DDR« (S. 120). Genscher stand zwar bei der Verkündung dieser Frohbotschaft im Rampenlicht, die Vorarbeit hatte jedoch Seiters ganz wesentlich geleistet.

Der 9. November 1989 mit der Öffnung der Grenzübergänge in Berlin-Bornholmer-Straße war, wie Seiters freimütig einräumt, für Bonn überraschend, wo man »ziemlich unvorbereitet« war (S. 126). Das unter Egon Krenz verabschiedete neue Reisegesetz empörte viele DDR-Bürger wegen seiner Halbherzigkeit. Für Seiters war dieser SED-Politiker »ein Apparatschik« und »vollkommen unglaubwürdig« (S. 137–138). Mit dem neuen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow war das Verhältnis hingegen ein anderes: Er war zwar ein Kommunist, aber man konnte sich »auf sein Wort verlassen« (S. 138), gleichwohl auch er nur noch »Verwalter eines untergehenden Staatsgebildes« (S. 147) war.

Aufschlussreich ist es, was Seiters über Frankreich im deutschen Einigungsprozess berichtet. Mitterrand habe noch gegen Jahresende 1989 eine »totale Verkennung der Realität« an den Tag gelegt, als er am 20. Dezember die DDR bereiste – ein »recht peinlicher Besuch«, so Seiters. Mitterrand sei »enttäuscht und nachdenklich« nach Paris zurückgekehrt und habe begriffen, »warum ihn die Bundesrepublik vor diesem Besuch ausdrücklich gewarnt hatte«. Diese Erkenntnis habe zur Einsicht geführt, am 4. Januar 1990 in Latché,

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43174

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

dem Urlaubsort des Staatspräsidenten, Kohl gegenüber einzulenken, als man »den Grundstein für den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung« zu legen begann. Mitterrand wollte nun nur mehr noch keinen »überstürzten Wiedervereinigungsprozess« (S. 144–145).

Es gäbe noch viel aus Rudolf Seiders' Erinnerungen zu berichten. Mehr muss nicht verraten werden als dass es sich um ein aufschlussreiches, ehrliches, lesenswertes, offenes und spannendes zeithistorisches Dokument eines Mannes handelt, der trotz seines jahrzehntelangen Lebens im politischen Machtgetriebe aufrichtig und bescheiden geblieben ist. Davon legt seine Publikation ein glaubwürdiges Zeugnis ab.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43174

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Barbara Stelzl-Marx, Silke Satjukow (Hg.), Besatzungskinder. Die Nachkommen alliierter Soldaten in Österreich und Deutschland, Wien, Köln, Weimar (Böhlau) 2015, 538 S., 3 tab. und 94 s/w Abb. (Kriegsfolgen-Forschung, 7), ISBN 978-3-205-79657-2, EUR 35,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Markus Raasch, Mainz

Das Themenfeld »Kinder des Zweiten Weltkrieges« ist in den letzten Jahren viel und durchaus mannigfaltig beackert worden, wobei das große Interesse der nunmehr am Ende ihres Lebens stehenden Betroffenen und nicht zuletzt ihrer Familien einen wichtigen Motor darstellte. Das Augenmerk der deutschsprachigen Forschung galt insbesondere den »langen Schatten des Krieges« (Elisabeth Domansky, Jutta de Jong), mithin der Dimension der psychohistorischen Erbschaften. Entsprechend groß war das Bemühen, zum einen um internationale Sichtweisen, zum anderen um eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft, Soziologie, Pädagogik und Psychologie. In diesen Kontext ist auch der anzuzeigende Band einzuordnen, der auf eine vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung und dem Institut für Geschichte der Universität Magdeburg veranstaltete Konferenz vom September 2012 zurückgeht.

Sein Erkenntnisinteresse richtet sich auf die Sozialpsychologie der sogenannten Besatzungskinder, also jene hunderttausende von Kindern, die durch alliierte Soldaten mit deutschen und österreichischen Frauen im ersten Nachkriegsjahrzehnt gezeugt worden waren und deren Schicksale von der Wissenschaft jahrzehntelang kaum beachtet worden sind. Er fragt nach ihrem Ort in den drei deutschen Nachkriegsgesellschaften (Österreich, DDR, BRD), bündelt dazu in 15 längeren, nach Besatzungszonen gegliederten Beiträgen die vorhandenen Ansätze und schafft sodann mit einer Zusammenstellung von 13 autobiografischen Texten eine zusätzliche Grundlage für weitere Forschungen. Der knapp 40-seitige Anhang enthält unter anderem ein gesonder-tes Literatur- und Archivverzeichnis, zudem ein Orts- und Personenregister.

Der ansprechend aufgemachte Band liefert tiefgehende Einsichten in die Lebenswelten der »Besatzungskinder«: Sie entstammten Vergewaltigungen, Prostitution, Kurzzeitauffären und Liebesbeziehungen, der gemeinsame Weg der Eltern endete für gewöhnlich spätestens mit der Abberufung des Vaters aus Österreich oder Deutschland. Sie wuchsen zumeist ohne Väter in materiell unzureichenden Verhältnissen auf und die Gesetze machten oftmals eine Vaterschaftsfeststellung und entsprechende Unterhaltszahlungen selbst bei gutwilligen Vätern unmöglich. Wie ihre Mütter litten die »Besatzungskinder« zum Teil unter posttraumatischen Belastungsstörungen, sie waren zumal in dörflich-kleinstädtischen Räumen Opfer von Rassismus und sozialer Stigmatisierung. Da viele nicht oder erst im fortgeschrittenen Alter über ihren Vater aufgeklärt wurden, gestaltete sich ihre Identitätsbildung schwierig und häufig schmerzvoll. Allerdings verbieten sich Schwarz-Weiß-Zeichnungen: Es gab durchaus sogenannte »war brides«, die in das Heimatland des Ehemannes emigrierten und deren Kinder in relativ unbelasteten Verhältnissen aufwuchsen. In Rechnung zu stellen ist eine signifikante Zahl von Adoptionen – auch ins (westliche) Ausland. Während außerdem die sowjetische Politik ihr Möglichstes tat, die Kinder des ehemaligen Feindes nicht ins eigene Land



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

zu lassen, verfolgten die Franzosen in der ersten Hälfte der 1950er Jahre unter dem Motto »Retour en France« ein Repatriierungsprogramm. Auch in Deutschland und Österreich erfuhren »Besatzungskinder« Anteilnahme und Fürsorge, insbesondere in den 1950er Jahren waren sie Teil eines durchaus breiten öffentlich-medialen Diskurses, der bei allen Ressentiments durch ein ostentatives Wohlwollen gekennzeichnet war. Nicht wenige »Besatzungskinder« zogen aus ihrer Herkunft Selbstbewusstsein und Stolz, das Gros wuchs allmählich in die Mehrheitsgesellschaft hinein.

Die Aufsätze sind fast durchgehend solide gearbeitet und überzeugen durch ihre Quellennähe, die Anbindung an Forschungskontexte und das Bemühen, sich der quantitativen Dimension des Themas »Besatzungskinder« zumindest anzunähern (die Schätzungen gehen von 400 000 Kindern für die beiden deutschen Staaten und 30 000 Kindern für Österreich aus; die mit Abstand meisten hatten einen sowjetischen oder amerikanischen Vater; es ist von etwa 5000 afroamerikanischen Kindern auszugehen). Mit besonderem Gewinn kann der Aufsatz von Miriam Gebhardt zu den Vergewaltigungen deutscher Frauen am Kriegsende gelesen werden, der die gängigen Thesen von kollektiver weiblicher Resilienz, rassistisch motivierten Massenabtreibungen und dem prinzipiellen Schweigen der Opfer fundiert aufspießt. Aus der Reihe springt auch der Beitrag von Annette Brauerhoch, der mittels einer eingehenden Analyse des erfolgreichen Films »Toxi« aus dem Jahr 1952 das Oszillieren der bundesrepublikanischen Gesellschaft zwischen ehrlicher Anteilnahme am Schicksal afroamerikanischer »Besatzungskinder« und einem markanten Exklusionsbestreben vor Augen geführt. Dass sie dem Aspekt der Sexualisierung des »schwarzen Kinderkörpers« eine allzu große Bedeutung schenkt, tut diesem eindrucksvollen Befund nur wenig Abbruch. Durchweg spannend nehmen sich die 13 Lebensberichte an, wobei genauere Informationen über ihre Entstehung sowie die Kriterien ihrer Auswahl fehlen und auffälliger Weise lediglich ein Lebensbericht eines amerikanischen »Besatzungskindes« abgedruckt ist. Des Weiteren hätte eine themenorientierte Straffung dem Band gutgetan. Die Aufteilung nach Besatzungszonen bringt wenig Erkenntnisfortschritt, aber zahlreiche Wiederholungen mit sich.

Der wichtige Aufsatz von Sabine Lee und Ingvill C. Mochmann, der sich vergleichend mit Wehrmachtskindern, den »Amerasians« im Vietnamkrieg und den Kindern des Bosnienkrieges beschäftigt, steht weitgehend isoliert und hätte auch im Sinne der angestrebten »Europäisierung der Fragestellung« (S. 13) besser mit den anderen Beiträgen verbunden werden können. Bisweilen verfallen manche Autorinnen in eine pars-pro-toto-Argumentation, hätten die Prinzipien der Exemplarität und Kontroversität stärker reflektiert werden müssen. Obschon die Herausgeberinnen für sich in Anspruch nehmen, nicht nur »bei der Beobachtung ihrer Kindheit und Jugend zu verharren, sondern ihre gesamte Biografie in den Blick zu bekommen« (S. 13), erhalten die »Besatzungskinder« als Erwachsene kaum Kontur. Die Jahrzehnte nach 1960 bleiben blass, markante Thesen des Bandes, etwa von den »Besatzungskindern« als »Vermittlern zwischen dem Eigenen und Fremden« bzw. »frühen »Probanden« der Toleranz« (S. 293), mangelt es daher vielleicht nicht an narrativer, aber in jedem Fall an empirischer Triftigkeit. Der starke politisch-moralische Anspruch des Bandes, der keinen Zweifel darüber lässt, dass Wissenschaft zum *empowerment* der »Besatzungskinder« beitragen kann und soll, hat vermutlich eine zwiespältige Wirkung: Einen Teil der Leserschaft wird er irritieren, so manchem aber auch die Lektüre erleichtern.

In der Gesamtschau legen Barbara Stelzl-Marx und Silke Satjukow ein wichtiges Buch vor, das mit seinen Stärken und Schwächen der künftigen Forschung hoffentlich den Weg bereiten wird.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43175

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Frédéric Stroh, Peter M. Quadflieg (dir.), L'incorporation de force dans les territoires annexés par le IIIe Reich 1939–1945 – Die Zwangsrekrutierung in den vom Dritten Reich annektierten Gebieten, Strasbourg (Presses universitaires de Strasbourg) 2016, 228 p. (Les mondes germaniques), ISBN 978-2-86820-536-0, EUR 24,00.

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Lars Hellwinkel, Stade

Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Sammelbandes haben sich einem lange Zeit unbeachteten Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkriegs gewidmet. Steht die Beteiligung der Deutschen Wehrmacht an einem Angriffskrieg Nazideutschlands gegen seine europäischen Nachbarn, die Beteiligung an Kriegsverbrechen an der europäischen Zivilbevölkerung sowie die Durchführung eines ideologisch geprägten Vernichtungskrieges auf dem Gebiet der Sowjetunion außer Frage, so bringt der Blick auf das innere Gefüge dieser Armee immer noch neue Erkenntnisse. Dazu gehört auch das Schicksal der etwa 500 000 sogenannten »Volksdeutschen«, Einwohner der im Zweiten Weltkrieg vom Deutschen Reich besetzten Gebiete Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens, Polens und Sloweniens, die nach der Besetzung ihrer Heimat von den Deutschen zum Wehrdienst herangezogen wurden. In der Öffentlichkeit ist vor allem das Schicksal der größten Gruppe dieser »Zwangsrekrutierten«, der im deutsch besetzten Elsass und in Teilen Lothringens gegen ihren Willen zum Dienst in der Wehrmacht und der Waffen-SS eingezogenen französischen Einwohner, der »malgré-nous«, bekannt. Es ist daher ein großes Verdienst der beiden Herausgeber, die Schicksale der westeuropäischen »Zwangssoldaten« aus Luxemburg, den grenznahen Gebieten Belgiens um Eupen und Malmédy sowie den eingezogenen Elsässern und Lothringern den ähnlichen Schicksalen der polnisch stämmigen Einwohner der im Oktober 1939 vom Deutschen Reich annektierten Gebiete Westpolens und der Bewohner des nach der Besetzung des Königreiches Jugoslawien im April 1941 zwischen dem Deutschen Reich, Ungarn und Italien aufgeteilten Sloweniens gegenüberzustellen. Die Beiträge gehen auf eine zweitägige Tagung im Oktober 2012 an der Maison interuniversitaire des sciences de l'homme in Strasbourg und im Mémorial de l'Alsace-Moselle in Schirmeck zurück, auf der ausgewählte Wissenschaftler der betroffenen Länder, die zu diesem Thema forschen, ihre bisherigen Arbeitsergebnisse vorstellten.

Der Band ist in zwei große Kapitel gegliedert. Das erste ist der Durchsetzung der Wehrpflicht in den jeweiligen vom Dritten Reich annektierten Gebieten gewidmet, das zweite lenkt den Blick auf die Erinnerung an die »Zwangsrekrutierung« in den verschiedenen Gebieten seit 1945. Vor allem das zweite Kapitel gibt einen umfassenden Überblick über den zum Teil über Jahrzehnte geführten Kampf der »Zwangssoldaten« um Anerkennung als Opfer der deutschen Besatzungspolitik und die ihnen vielfach verweigerte Anerkennung in den jeweiligen Zivilgesellschaften. Erfolgte diese Anerkennung schon in den westeuropäischen Ländern wie Frankreich, Belgien und Luxemburg erst relativ spät im Zuge der deutsch-französischen Aussöhnung in den 1960er Jahren, blieb die Zwangsrekrutierung in Polen und Slowenien bis zum politischen Wandel in Osteuropa in den 1990er Jahren ein gesellschaftliches Tabu, die Betroffenen waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit vielfach



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

juristischen Verfolgungen ausgesetzt und schwiegen später aus Scham und Furcht vor weiteren Strafen. Noch 2005 zeigte im Rahmen des polnischen Präsidentschaftswahlkampfes die Anprangerung des Dienstes des Großvaters des heutigen Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, als Soldat in der Deutschen Wehrmacht, dass eine Anerkennung der Zwangsrekrutierungen durch das Deutsche Reich noch nicht in allen Gesellschaften der betroffenen Länder Europas erfolgt war und auch noch weiterhin politischen Zündstoff bieten konnte.

Der auf Französisch und Deutsch herausgebrachte Sammelband wird durch einen informativen einleitenden Überblick über den derzeitigen Forschungs- und Quellenstand zum Thema ergänzt. Karten zu den betroffenen Grenzgebieten geben dem Leser eine gute Orientierung. Der Band stellt damit eine neue Grundlage für die Erforschung dieses auf europäischer Ebene noch weitgehend unbekanntes Kapitels der deutschen Militärgeschichte und seiner Folgen für die Betroffenen und die verschiedenen europäischen Nachkriegsgesellschaften dar. Es bleibt zu hoffen, dass ihm weitere, vor allem ausgewählte Einzelschicksale aus den betroffenen Ländern in den Fokus nehmende Arbeiten folgen werden.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43176

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

**Sarah Willner, Georg Koch, Stefanie Samida (Hg.),
Doing History. Performative Praktiken in der Geschichtskul-
tur, Münster, New York (Waxmann Verlag) 2016, X–258 S.
(Edition Historische Kulturwissenschaften [EHK], 1),
ISBN 978-3-8309-3269-7, EUR 29,90.**

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Elsa Duval, Mainz

Historical performance and reenactment have become increasingly popular in the last decades, but both their study and their practice are often shunned by academic historians. To redress this problem, the Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Centre for Research into Contemporary History/ZZF) undertook the Research Project »Living History: Reenacted Prehistory between Research and Popular Performance« in 2012. They held an international conference at the ZZF in June 2014, which resulted in this volume. Its fourteen contributions represent a variety of fields and interdisciplinary approaches, such as media studies, cultural studies, and contemporary history. Through different methodologies, ranging from participation in and observation of reenactments, interviews with actors, and the reading of historical sources such as newspapers and films, the authors study »historical-cultural discourses, actions and imaginations« (p. 4) of times ranging from prehistory to the present. In order to look at »history in its practical application« (p. 5), the book focuses on actors of historical performance and reenactment to underscore their sensorial-emotional dimensions. It is organized around three pairs of concepts, chosen for their central place in historical and cultural studies in the last decades (p. 7): »Körper_Emotion« (Body/Emotion), »Erlebnis_Raum« (Experience/Space), »Ding_Bedeutung« (Thing/Meaning).

The first part, »Körper_Emotion«, focuses on the participants of historical performance. Arguing that body and emotions are intimately linked, the editors want to investigate the »role of the sensorial in historical-cultural practices« (p. 8). Stefanie Samida follows a group reenacting the journey of Roman soldiers along the Limes to examine how the bodies of the reenactors influenced their experience. Juliane Brauer analyzes the effects of historical performance on the museum experience to show that, while performance and heightened emotional participation leave lasting impressions on visitors, they nevertheless have their educational limitations. Sarah Willner uses interviews of visitors to an archeological trail to study how ambiance, landscape, knowledge and personal preferences influence the emotions involved in their experience of the historical site.

In the second part of the book, »Erlebnis_Raum«, the editors want to show how historical experience is tightly linked to space as a central dimension of society and human action (p. 12). In the first contribution, Frank Bösch distances himself from the present past of reenactment to offer an illuminating conceptual discussion of the construction of future historical moments in the present. Wolfgang Hochbruck's article studies the reenactment of the battle of Gettysburg in the *longue durée*. He shows how his site of reenactment leads to a »spatialization of history to a point where time disappears« (p. 113). Georg Koch looks at the relationship between media, archeologists and reenactment of prehistoric history in film documentaries in Germany and Great Britain. Returning to the conceptual plane, Bernhard Tschofen interrogates the inter-



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

relation of emotions, objects, and space in historical experience of heritage tourism through guidebooks and written accounts. Introducing the role of »tacit knowledge« (p. 144) in the historical experience of place, he reconstructs the cultural and intellectual traditions associated with visits to historic places. Tschofen argues against the strict separation of »doing history« and academic historical knowledge and wishes for the creation of a »trading zone« for the different groups of actors of historical knowledge.

The third and last part of the book, »Ding_Bedeutung«, studies material culture in living history, especially reenactments and the meaning and knowledge attached to it. The editors are interested in the objects of doing history as *actant* (or non-human actor) following Latour's actor-network theory. The first contribution by Mads Daugbjerg stays close to the objects and attempts to show »the power of things« in the Gettysburg reenactment scene. The two following articles, by Anja Dreschke and René Gründer, interrogate the relationship between rituals and reenactment by focusing on the determining role of the material on the atmosphere of the ritual. Dreschke's study focuses on the rituals of the Cologne Tribes, and in particular a marriage ceremony. Gründer's study introduces the question of the place of religion, especially non-Christian religion, in reenactment groups. He studies historic reenactment through reconstructed objects in neopagan Asatru-groups, concluding that objects are used to authenticate both religious and secular reenactment.

Knowledge is central to reenactment. Sven Kommer interrogates the role and the nature of knowledge in his study of the Medieval Market scene. This knowledge is linked to objects but also to practices. Through interviews, the author shows the coexistence of several levels of knowledge on the medieval scene and its importance for the relationships of the field. Finally, Miriam Sénécheau offers a historical study of a historical reenactment, the »Germanic procession« planned by the Nazi Party in 1933 in Berlin. She shows the importance given to the reconstitution of objects by the organizers in the preparations of the parade and how reconstructed artefacts, costumes, and rituals were authenticated through the participation of archaeologists and their academic discourse.

In the introduction to their book the editors claim that »history is created in the interplay between person, body, space and object« (p. 1). They convincingly show why these concepts and the questions they raise are central to the study of the performance of history. The editors apply what they call a »practical-theoretical approach« to the question of »doing history«, but orient their theoretical discussions around the themes arising from the case studies included in the book. However, by separating these aspects in three dichotomous categories, the book loses some coherence. Indeed, the individual contributions do not fit these categories convincingly as most focus on more than two concepts. It would have been more interesting to study these six concepts in relation to one another, which is what the editors originally wanted to do.

The book would have also profited from a final discussion, which would have permitted more in-depth exploration of common questions arising in the articles, but which were not part of the six concepts organizing the book. Authenticity, for example, is central to the performance of history not only for its material culture but also for the imagination of the historical space. Omnipresent in the book is the tension between knowledge produced in the academy and knowledge acquired through »doing history«. It would have been interesting to further discuss this issue through Tschofen's idea of a trading zone between the realms of academic history and of »doing history«. This book, by putting forward academic actors navigating both realms, provides us with a concrete first step towards negotiating this trading zone.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:
10.11588/frrec.2017.4.43177

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/)

Claire Zalc, *Dénaturalisés. Les retraits de nationalité sous Vichy, Paris (Éditions du Seuil) 2016, 402 p. (L'univers historique), ISBN 978-2-02-132642-0, EUR 24,00.*

rezensiert von | compte rendu rédigé par

Axel Dröber, Paris

Am Anfang war das Gesetz: Am 22. Juli 1940 beschloss das Regime von Marschall Pétain die Revision sämtlicher seit 1927 in Frankreich erfolgten Einbürgerungen. Die Dritte Republik hatte das Zuwanderungs- und Naturalisierungsrecht bedeutend liberalisiert. Vichy beabsichtigte, dieser vermeintlich laxen Politik ein Ende zu bereiten und die Umriss der französischen Staatsbürgerschaft neu zu konturieren. Lange hat die Historiografie das komplexe und vielschichtige Kapitel über den Entzug der Staatsangehörigkeit ignoriert. Dabei bietet diese Geschichte einen faszinierenden Einblick in die Funktionsweise und die Verwaltung des französischen Staates zwischen 1940 und 1944.

Jüngst hat Claire Zalc, Spezialistin für Migrationsgeschichte im Frankreich der Zwischenkriegszeit, eine Studie zu diesem Thema vorgelegt. Auf der Basis von knapp 1000 Einbürgerungsdossiers untersucht sie, wie die staatliche Gesetzgebung in der Praxis umgesetzt wurde und welche Auswirkungen sie für die Betroffenen hatte. Im ersten Kapitel zeichnet Zalc die Geschichte der Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft seit dem Ersten Weltkrieg nach und zeigt, wie der Ausbruch des Krieges 1939 zur Ergreifung verschärfter Maßnahmen führte. Mit der Machtübernahme durch Pétain geriet das liberale Einbürgerungsgesetz vom 10. August 1927 ins Visier des Regimes. Mit dem eingangs erwähnten Gesetz vom Juli 1940 wurde eine Kommission eingerichtet, die alle seither erfolgten Naturalisierungen überprüfen und wo notwendig rückgängig machen sollte. Im zweiten Kapitel zeigt Zalc, dass es mit der Dritten Republik in personeller Hinsicht jedoch zu einer erstaunlichen Kontinuität kam: Die Vorsitzenden und Mitarbeiter der Kommission hatten in der staatlichen Justiz eine beachtliche Karriere gemacht. Der erste Vorsitzende, Jean-Marie Roussel, war Requetenmeister und Kommissionspräsident im Staatsrat. An seiner Seite stand Raymond Bacquart, Staatssekretär, und André Mornet, Staatsanwalt und Berater am Kassationshof. Für die Untersuchung der Naturalisierungsdossiers wurden Beamte des Justizministeriums berufen, die zuvor für die Anträge auf Einbürgerung zuständig gewesen waren.

Die Studie zeigt im weiteren Verlauf, wie groß der Ermessensspielraum der Kommission war. Die Kriterien, die bei der Revision zur Anwendung kamen, fußten auf Informationen, die aus den Einbürgerungsanträgen hervorgingen: Name- und Vorname des Antragstellers oder der Antragstellerin, Nationalität, Geburtsdatum, Datum der Einreise nach Frankreich, Familienstand, Staatsangehörigkeit der Kinder, Beruf und Einkommen. Auf dieser Grundlage wurde das Dossier entweder wieder abgelegt oder aber eine weitere Untersuchung angeordnet. Wie willkürlich dieses Vorgehen war, zeigt Zalc an der Behandlung von Naturalisierten jüdischer Abstammung. Folgte das Vichy-Regime in großen Zügen der antisemitischen Politik des Dritten Reiches und verabschiedete seinerseits im Oktober 1940 ein Rassegesetz, so nahm die Kommission besonders Personen ins Visier, deren Vor- und Nachname auf einen jüdischen Ursprung schließen ließen. Darin gehorchte die Behörde nicht nur dem Druck der deutschen Besatzungsmacht, sondern setzte eine ganz eigene Stigmatisierung durch, die im Übrigen zu zahlreichen Fehlentscheidungen führte.



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

Die Autorin untersucht weiter, welche Rolle die französischen Präfekten, Unterpräfekten, Bürgermeister und Polizeikommissare in der Durchführung der Revisionsverfahren spielten. Dabei konzentriert sich Zalc besonders auf das Departement Isère und das Departement Vaucluse. Die lokalen Körperschaften wurden angewiesen, die auf ihrem Gebiet lebenden eingebürgerten Personen zu überprüfen. Dieser Teil der Analyse ist besonders interessant, da er ganz unerwartete Erkenntnisse zu Tage fördert: Zalc zeigt auf, welche Fälle die Behörden meldeten und wie gerade in kleinen Gemeinden die soziale Nähe der Magistraten zu den Einwohnern eine umfangreiche Revision eher behinderte. Auch wurde die von der Kommission angestrebte Identifizierung der Juden kaum befolgt.

Diese hatte rund 250 000 Dossiers und 800 000 individuelle Fälle abzuarbeiten. Um diese Masse zu bewältigen, ging die Kommission rasch dazu über, die Arbeit auf mehrere Unterkommissionen zu verteilen. Die Studie hebt hervor, wie die Rationalisierung der Behörde und die Aufteilung des Begutachtungsprozesses auf mehrere Etappen eine unmittelbare Auswirkung auf die Entscheidungsfindung hatte. So war es von den Mitgliedern der jeweiligen Unterkommission abhängig, ob die betroffene Person ihre Staatsangehörigkeit behielt oder ob ihr diese aberkannt wurde. Als Kriterium diente besonders die Herkunft, Einwanderer aus dem Osten Europas galten im Unterschied etwa zu Italienern als nicht assimilierbar. Die in den Präfekturen eingesetzten Ermittler hatten außerdem den Auftrag, Individuen ausfindig zu machen, die es an Moralität und Loyalität gegenüber Frankreich mangeln ließen. Sie nahmen daraufhin politisch aktive Personen ins Visier, denen eine Nähe zu linken Milieus nachgesagt wurde. Auch hatten sie sich die Familienideologie der Nationalen Revolution zu Eigen gemacht, sammelten sie doch besonders Fälle von Männern oder Frauen, die ihre Familie verlassen hatten oder in einem vermeintlich freiwillig gewählten Zölibat lebten.

Deutlich erkennbar war, dass die Kommission die meisten Aberkennungen vornahm, noch bevor das Vichy-Regime in die eigentliche Kollaboration eintrat (Ernennung von Darlan zum Vizepräsidenten im Februar 1941). Darin ließ sich ihr autonomer Charakter ablesen. Die Beamten widmeten sich intensiv der Revision, wobei die Arbeitsteilung zu einer erheblichen Verlängerung der Begutachtungsprozesse führte, mit durchaus ambivalenten Folgen. Zalc verweist auf den Zusammenhang zwischen der Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Deportationen, die mit Beschluss der »Endlösung« zunahmen und von denen besonders ausländische Juden betroffen waren. Die Kommission teilte ihre Informationen mit den zuständigen Polizeieinheiten. Verfahren, in denen erst nach mehreren Jahren ein Urteil gefällt wurde, sorgten einerseits dafür, dass der/die Betroffene spät oder gar nicht ins Visier der Polizei geriet. Oder aber die bei der Präfektur in Auftrag gegebenen Nachforschungen rückten bislang unerkannt gebliebene Personen in das Fadenkreuz der Ermittler. Rund 15 000 Menschen wurde in Frankreich zwischen 1940 und 1944 die Staatsangehörigkeit entzogen, davon waren circa 40% Juden. Einspruch hatte nur selten Aussicht auf Erfolg, wie Zalc zeigt. Zum Ende ihrer Studie lenkt sie den Blick auf die Betroffenen und weist deren Argumentationsmuster auf, mit dem sie ihre Verbundenheit zur französischen Nation unter Beweis zu stellen suchten.

Das große Verdienst von Claire Zalc besteht nicht nur darin, ein bisher völlig vergessenes Kapitel aus dem Vichy-Frankreich in den Vordergrund zu rücken. Er gelingt ihr, durch die Anwendung quantitativer Methoden einen repräsentativen Querschnitt von der Arbeit der Kommission zu geben und darin zugleich das komplexe Wechselspiel zwischen den Behörden auf lokaler und nationaler Ebene, zwischen den Vertretern des Pétain-Regimes und der deutschen Besatzer aufzuzeigen. Die Studie rückt das Dossier in den Mittelpunkt,

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43178

Seite | page 2



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)

erkennt die behördliche Akte als einen Ort komplexer Kommunikations- und Entscheidungsprozesse, die eine Vielzahl von Akteuren einbezog und an deren Ende die betroffenen Bürgerinnen und Bürger standen. Diese wurden von heute auf morgen zu Ausländern und vielfach zu Opfern der von Deutschland aus in Gang gesetzten und in Frankreich weitergeführten Tötungsmaschinerie.

19.–21. Jahrhundert –
Époque contemporaine

DOI:

10.11588/frrec.2017.4.43178

Seite | page 3



Herausgegeben vom Deutschen
Historischen Institut Paris | publiée
par l'Institut historique allemand



Publiziert unter | publiée sous
[CC BY 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/)